



BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



Schwerpunkt:

Nachhaltige Mobilität

Themen:

Rhein-Neckar-Kreis –
Mit Verantwortung
in die Zukunft

34. Landesseniorentag
in Heilbronn

Nachhaltigkeitsmanagement
im Enzkreis

Nachrichten:

Beitritt zum Pakt zur
Beendigung der sexuellen
Gewalt gegen Kinder

Bildungsplattform
der Landkreise in
Baden-Württemberg
„Qualifiziert.Engagiert.“

Fünf Landkreise starten
gemeinsam in die
digitale Zukunft

Personalien:

Verleihung der
Justinus-Kerner-Medaille 2019
an Dr. Alexis von Komorowski



Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

HERAUSGEBER:

Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart
Telefon 0711 / 22 46 20
Telefax 0711 / 2 24 62-23
www.landkreistag-bw.de
posteingang@landkreistag-bw.de

REDAKTION:

Hauptgeschäftsführer
Dr. Alexis v. Komorowski,
Beate Zabukovec

STÄNDIGE MITARBEIT:

Pressestellen der Landratsämter
in Baden-Württemberg

EMPFÄNGER:

Die Mitglieder der Kreistage,
des Landtags und des Bundestags,
Landes- und Kommunalbehörden,
Verbände und kommunalpolitisch
interessierte Persönlichkeiten.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers
gekennzeichnet sind, geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Zustimmung der Redaktion.

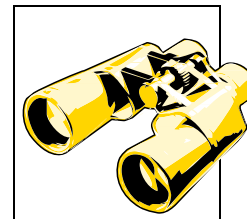
SATZ UND DRUCK:

Offizin Scheufele Druck und Medien
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

BILDNACHWEIS:

Titel: Landratsämter, Grafische Werke Stuttgart; S. 99: Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg; S. 101, 103, 104: LRA Göppingen; S. 102: kreisform GmbH; S. 106, 107, 108: TRISAN; S. 109, 111, 113: LRA Neckar-Odenwald-Kreis; S. 110: BRN; S. 115, 116 u., 117: LRA Rems-Murr-Kreis; S. 116 o.: Dirk Michael Deckbar; S. 118: LRA Ravensburg; S. 119, 120, 121: KreisVerkehr Schwäbisch Hall GmbH; S. 122, 123: LRA Sigmaringen; S. 124, 125, 126: LRA Waldshut; S. 127, 155: LRA Karlsruhe; S. 128, 175 o.: LRA Rhein-Neckar-Kreis; S. 132: Reinhard Kopp; S. 133, 134, 135: Richard Mall; S. 136: Vereinte Nationen; S. 137, 138: LRA Enzkreis; S. 140, 141: Jürgen Emmenlauer; S. 142: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg; S. 143: Landtag von Baden-Württemberg; S. 144, 148, 150, 153, 177: Landkreistag; S. 145 li.: privat; S. 145 re.: Joachim Datko; S. 147 o.: UKBW/Carlos Valdivieso; S. 147 u.: Unfallkasse; S. 154: LRA Göppingen; S. 157, 166: LRA Waldshut; S. 158, 160, 165, 178: LRA Ortenaukreis; S. 159: Handwerkskammer Konstanz; S. 162, 163: Klinikum Heidenheim; S. 164: hochgehberge; S. 167: Authentic Studios, Lukas Breusch; S. 168: Peter Schlipf; S. 169, 170: LRA Böblingen; S. 171: Landratsamt Bodenseekreis; S. 172: LRA Esslingen; S. 173: Hochrheinkommission; S. 174: LRA Rastatt; S. 175 u.: Staatsanzeiger; S. 176: BMVI; S. 179 o.: LRA Ostalbkreis; S. 179 u.: LRA Schwarzwald-Baar-Kreis; Rückseite: LRA Breisgau-Hochschwarzwald

Gedruckt auf umweltfreundlich,
chlorfrei hergestelltem Papier.



INHALT

THEMEN

- Editorial
Von Hauptgeschäftsführer Dr. Alexis v. Komorowski Seite 97
- Klimaschutz verändert Mobilität
Von Christoph Erdmenger, Stuttgart Seite 99
- Zukunftsweisender Ausbau des Nahverkehrs im Landkreis Göppingen
Von Sebastian Hettwer und Laura Friedrichs, Göppingen Seite 101
- Walkability im Quartier: Erkenntnisse einer landkreisübergreifenden und grenzüberschreitenden Fachtagung in Basel
Von Ellen Hipp, Lörrach Seite 105
- Das Ziel heißt mehr Lebensqualität
Von Dirk Schäfer und Jan Egenberger, Mosbach Seite 109
- „Gemeinsam vorausschauen, Neues ausprobieren und auch mal querdenken“
Von Leonie Ries, Waiblingen Seite 114
- Landkreis Ravensburg wird elektrisch mobil Seite 117
- „So geht Bewegung heute“
Nachhaltige Mobilität bewegt Neubürgerinnen und Neubürger
Von Ingrid Kühnel, Schwäbisch Hall Seite 119
- Drei Jahre RegioBus DonauBodensee – ein Erfolgsmodell
Von Julia Ott, Sigmaringen Seite 122
- Landkreis Waldshut:
Innovative und nachhaltige Mobilität im ländlichen Raum Seite 124
- Attraktive Bedienformen des ÖPNVs im Landkreis Karlsruhe im Reallabor Seite 126
- Rhein-Neckar-Kreis: Mit Verantwortung in die Zukunft –
aktiv für Europa und im Kreis
Von Meike Ahrens, Barbara Schäuble und Silke Hartmann, Heidelberg Seite 128
- Umwelt-, Windenergie- und Gutachterverbände legen Kriterien
für gute Artenschutzgutachten vor
Von Dr. Gerhard Bronner, Stuttgart Seite 130
- Alter hat Zukunft – Es liegt an uns:
34. Landesseniorentag 2019 in Heilbronn
Von Marianne Kopp, Stuttgart Seite 131
- Nachhaltigkeitsmanagement im Enzkreis // Agenda 2030
Von Wolfgang Herz und Dr. Jannis Hoek, Pforzheim Seite 135

NACHRICHTEN

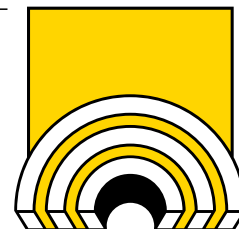
- Digitalisierungszentrum Ulm | Alb-Donau | Biberach geht an den Start Seite 140
- Kooperationsvereinbarung „Lokale Sicherheitskonferenzen – für einen sicheren Alltag“ unterzeichnet Seite 141
- Beitritt des Landkreistages Baden-Württemberg zum Pakt zur Beendigung der sexuellen Gewalt gegen Kinder Seite 142
- Bildungsplattform der Landkreise in Baden-Württemberg www.qualifiziert-engagiert-bw.de Seite 144
- Unfallkasse Baden-Württemberg verleiht zum ersten Mal Preis für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz – Zwei Landkreise aus Baden-Württemberg erhalten Auszeichnung Seite 146
- Zumeldung zur Landespressekonferenz des Berufsschullehrerverbandes Baden-Württemberg (BLV) zur forsa-Umfrage: Arbeitssituation an Beruflichen Schulen Seite 148
- Fünf Landkreise starten gemeinsam in die digitale Zukunft Seite 148
- Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 51/2019 des Staatsministeriums: „Landesregierung stellt Online-Portal zu Musterprojekten der EU in Baden-Württemberg vor“ Seite 150
- Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 040/2019 des Ministeriums für Soziales und Integration: Land fördert Digitalisierung der Krankenhäuser mit zusätzlichen 10 Millionen Euro Seite 150
- Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 042/2019 des Ministeriums für Soziales und Integration: „Runder Tisch Geburtshilfe“ beschließt Maßnahmen zur gesicherten Versorgung von Schwangeren, Gebärenden und Wöchnerinnen Seite 151
- Zumeldung zur Pressemitteilung der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft e. V.: Krankenhaus-Rating-Report mit Höchstwert bei den Krankenhausdefiziten im Südwesten Seite 151
- Zumeldung zur dpa-Meldung „Bundesweit erster Docmorris-Apothekenautomat bleibt verboten“ Seite 151
- Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 052/2019 des Ministeriums für Soziales und Integration: „Land stellt Gesundheitsversorgung für die Zukunft auf / Fördergelder und Handlungsempfehlungen für Kommunen bereitgestellt“ Seite 151

PERSONALIEN

Seite 152

SPEKTRUM

Seite 154



EDITORIAL

Nachhaltige Mobilität – mit und ohne „Greta-Effekt“

Liebe Leserinnen und Leser!

In der letzten Ausgabe der Landkreisnachrichten hatten wir die Europa- und Kommunalwahlen in den Mittelpunkt gerückt. Inzwischen sind die Wahlplakate abgehängt, die Gremien konstituieren sich, vorübergehend aufgetauchte Rechtsfragen wie etwa die der Zulässigkeit von Zählgemeinschaften konnten geklärt werden. Auch die Wahlanalysen sind mittlerweile abgeschlossen.

Wer hat wen warum gewählt? Hierzu gab es – je nachdem, wer gefragt wurde – durchaus unterschiedliche Antworten. Eines wird man freilich kaum in Abrede stellen können. Das Thema Klimaschutz hatte diesmal wahlentscheidende Bedeutung. Bundesweit betrachtet war der Klima- und Umweltschutz für 48 % der Wähler der entscheidende Faktor bei der Stimmabgabe – vor fünf Jahren lag dieser Wert noch bei 20 %. Damit wird eines deutlich: In Zeiten von „Fridays for Future“ auf den Straßen und Greta Thunberg in den Parlamenten wandert – oder besser gesagt: springt – der Klimaschutz an die Spitze der politischen Agenda. Die Proteste und Forderungen scheinen wie ein Ruck durch die Republik zu gehen – mit der klaren Zielsetzung, jetzt beherzt zu handeln.

Nun kann keiner mit Sicherheit prognostizieren, wie nachhaltig der „Greta-Effekt“ sein wird. Wählerinnen und Wähler entscheiden zunehmend situativ – und Situationen verändern sich in unserer schnelllebigen Zeit unvorherge-



sehen und jäh. An der harten Realität des Klimawandels ändert dies freilich nichts. Eine ambitionierte Klimapolitik auf allen staatlichen und transnationalen Ebenen bleibt daher unabhängig von politischen Konjunkturen von buchstäblich existenzieller Bedeutung. Insofern ist es sicherlich ein weiteres bedenkliches Signal, dass Deutschland seine Klimaschutzziele für 2020 nicht einhalten können. Auch Baden-Württemberg wird das selbst gesteckte Ziel für 2020, den CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um mindestens 25 Prozent zu senken, klar verfehlen. Insbesondere der Verkehrssektor bleibt weit hinter den Zielen in puncto CO₂-Einsparung zurück. Dies ist umso problematischer, als gerade der Verkehr mit 30 % Hauptverursacher der Treibhausgas-Emissionen ist.

Sehr bewusst haben wir daher auch die „Nachhaltige Mobilität“ zum Schwerpunktthema dieser Ausgabe der Landkreisnachrichten gemacht. Mobilität stellt ein Grundbedürfnis moderner Gesellschaften dar und ist nicht zuletzt ein entscheidender Faktor für erfolgreiches Wirtschaften in einer globalisierten Welt. Daher ist es auch so wichtig, den Wandel der heutigen, vielfach klimaschädlichen Mobilitätsformen so zu gestalten, dass der Spagat zwischen Emissionseinsparung und flexibler, weitreichender Mobilität gelingt.

Als Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nehmen die Landkreise eine Schlüsselstellung ein, wenn es darum geht, die Losung der nachhaltigen Mobilität in der Praxis durchzudeklinieren. Es ist auch zweifellos so, dass die Landrätinnen und Landräte, Kreisrätinnen und Kreisräte in der – wie es im einschlägigen Gesetz heißt – „Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr“ eine ganz wesentliche Daseinsvorsorgeaufgabe der Landkreise sehen. Allerdings darf bei alledem nicht vernachlässigt werden, dass die ÖPNV-Förderung die Kreishaushalte erheblich belastet – und dies, finanzverfassungsrechtlich betrachtet, im Freiwilligkeitsbereich. Die Zielsetzung der Landesregierung, 2030 doppelt so viele Kilometer im ÖPNV wie noch 1990 zu erbringen, wird daher nur zu erreichen sein, wenn ausreichend Finanzmittel

hierfür bereitstehen. Die ÖPNV-Finanzierungsreform, die ab dem Jahr 2021 zu einem Mittelaufwuchs von 50 Millionen Euro führt, davon 25 Millionen Euro aus kommunalen Kassen, ist ein erster zielführender Schritt hin zur notwendigen Ausweitung des Budgets.

Ärgerlich ist übrigens, dass bei den Diskussionen um die Mobilität der Zukunft auf Landesebene bisweilen noch eine tendenziell großstadtlastige Perspektive vorherrscht. Dabei ist es doch unerlässlich, jeweils auch die spezifischen Anforderungen der Ballungsräume – insbesondere im Hinblick auf Pendlerverkehre – sowie der ländlichen Räume – etwa bezüglich flexibler Bedienformen – mit in den Blick zu nehmen, um ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept entwickeln und ausrollen zu können. Im Instrumentenkasten der nachhaltigen Mobilität finden sich unterschiedlichste Tools. Sie reichen von A wie autonomes Fahren über D wie digitale Mobilitätsplattformen und R wie Ride-Sharing bis zum Z der Zellproduktion. In einem Land wie Baden-Württemberg, das gerade auch in der Fläche stark ist, muss darauf geachtet werden, dass für die jeweiligen Raumkategorien der passende Instrumentenmix umgesetzt wird, damit nachhaltige Mobilität in jeweils angepasster Weise überall im Land optimiert zum Tragen kommt.

Nachhaltige Mobilität ist bei alledem natürlich ohne Elektromobilität nicht zu denken. Wer beim Thema Elektromobilität allerdings nur an Pkw, Roller oder Fahrräder denkt, vergisst eine wesentlich ältere, aber desto relevantere Mobilitätsform – die klassische Schienenbahn. Freilich sind derzeit gerade ein-

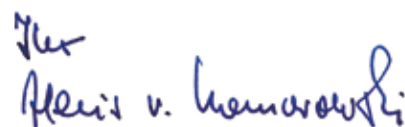
mal 60 % des baden-württembergischen Schienennetzes elektrifiziert. Eine massive Finanzierungsoffensive von Bund und Land zur Schienenelektrifizierung ist nötig, damit Deutschland zu seinen erfolgreichen Nachbarn Schweiz und Österreich aufschließt und so auch seinen eigenen Klimaschutzzielen näherkommt.

Schließlich, aber nicht zuletzt, ist darauf hinzuweisen, dass natürlich auch das Auto ein wichtiges Verkehrsmittel bleiben wird. Es werden perspektivisch andere Autos sein, emissionsfreie, Öko-Autos sozusagen. Die Autos werden elektrisch oder mit anderen alternativen Antrieben fahren. Und sie werden hochgradig digitalisiert sein, Automobile im wahrsten Sinne des Wortes. Für das Autoland Baden-Württemberg ist es dabei entscheidend, dass die Transformation des Automobilsektors tatsächlich gelingt. Fast eine halbe Million Beschäftigte sind in Baden-Württemberg direkt oder indirekt vom Automobil abhängig. Das Wohlergehen der Menschen im Land und damit im Übrigen auch die Finanzierbarkeit von ökologischen Maßnahmen wie die zur Stärkung der nachhaltigen Mobilität setzen einen erfolgreichen Strukturwandel voraus. Nachhaltigkeit und damit auch nachhaltige Mobilität bedeuten eben mehr als bloß Ökologisierung der Mobilität. Nachhaltigkeit beruht auf den drei Säulen der Ökologie, der Ökonomie und des Sozialen. Diese müssen zu einem optimalen Ausgleich gebracht werden, wenn Nachhaltigkeit reüssieren soll.

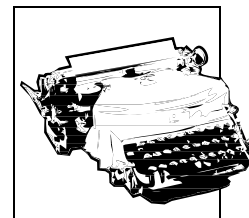
Wenn nun das Auto aus den künftigen Mobilitätsszenarien nicht hinwegzudenken ist, dann bleibt auch aus diesem

Grund das Thema Straßenbau und -unterhaltung notwendig auf der politischen Tagesordnung. Ohne den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau des überörtlichen Straßennetzes, zu dem die Landkreise deutschlandweit durch ihre Kreisstraßen mit 40 % beitragen, wird keine Mobilitätslösung hier im Land funktionieren können. Und auch hier gilt es, das Nachhaltigkeitsdreieck ernst zu nehmen: Eine gut ausgebaute Straßeninfrastruktur ist und bleibt selbst in Zeiten der Digitalisierung ein wichtiger Standortvorteil unserer Wirtschaft.

Ich komme zum Schluss: Wohin es bei der nachhaltigen Mobilität genau gehen soll, mit welchen Maßnahmen und in welchen zeitlichen Schritten – dies müssen Gesellschaft und Politik in einem ehrlichen und gewiss auch anstrengenden Prozess aushandeln. Die Quadratur des Nachhaltigkeitsdreiecks ist dabei gerade im Mobilitätsbereich alles andere als trivial. Dennoch ist Eile geboten – mit und ohne „Greta-Effekt“. Die Landkreise sind bereit und gewillt, alles dafür zu tun, dass nachhaltige Mobilität möglichst rasch auf die Straße, die Schiene und auch in den virtuellen Raum kommt.



Dr. Alexis v. Komorowski,
Hauptgeschäftsführer,
Landkreistag Baden-Württemberg



THEMEN

Klimaschutz verändert Mobilität

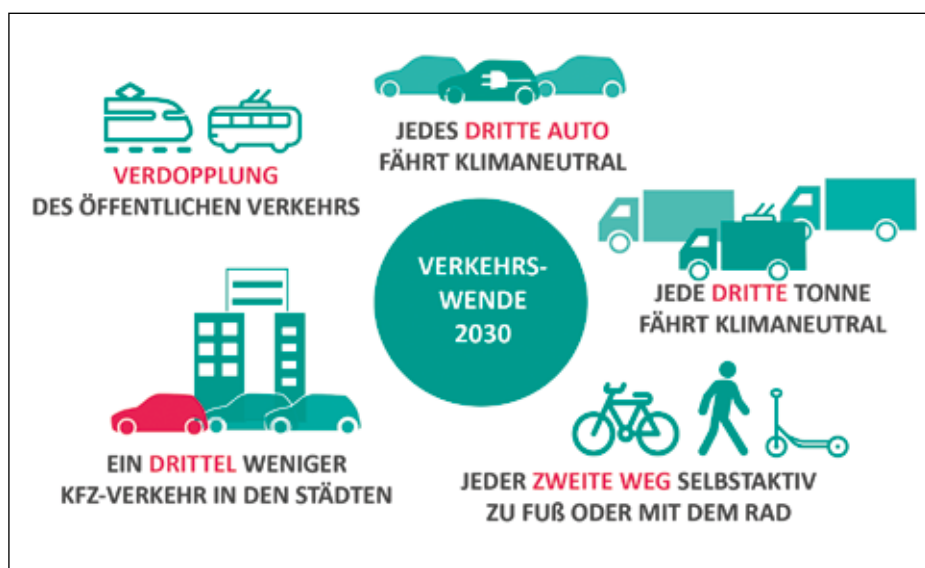
Von Christoph Erdmenger, Stuttgart

Die Klimaziele von Paris stellen extrem hohe Anforderungen an den Verkehrssektor. Dafür sind weitreichende Veränderung des heutigen Mobilitätssystems und des Mobilitätsverhaltens erforderlich. Die klimaverträgliche Gestaltung des Verkehrs in Baden-Württemberg benötigt ein schnelles und engagiertes Handeln vieler Akteure, damit der Verkehr seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten kann: EU und Bundesregierung müssen ebenso hochwirksame Maßnahmen umsetzen wie das Land und die kommunale Ebene.

Die Mobilität verändert sich derzeit durch Digitalisierung, Automatisierung, Sharing und Elektrifizierung dramatisch. Die Eigendynamik dieser Entwicklungen führt allerdings nicht zwangsläufig zu weniger CO₂-Emissionen im Verkehr. Durch attraktivere Mobilitätsformen können auch mehr Verkehr und mehr CO₂-Emissionen die Folge sein. Es ist daher wichtig, diese Trends durch Politik und Gesellschaft im Blick zu behalten und ihre Dynamik durch Förderung und

Regulierung in eine Richtung zu beeinflussen, die eine Mobilität ohne fossile Energieträger bis 2050 oder idealerweise noch schneller erreicht.

Das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg hat die Herausforderung mit *fünf Eckpunkten einer Verkehrswende zu klimafreundlicher Mobilität 2030* konkretisiert. Sie zeigen die notwendige Größenordnung der Mobilitätsveränderung im Land:



Diese Eckpunkte basieren auf dem Klimaschutzszenario im Verkehr (Ministerium für Verkehr 2017: *Verkehrsinfrastruktur 2030 – Ein Klimaschutzszenario für Baden-Württemberg*). Sie beziehen sich auf Handlungsfelder, bei denen Land und Kommunen in Baden-Württemberg aktiv werden müssen.

1. *Öffentlichen Verkehr (ÖV) verdoppeln:* Für die Verdopplung der Fahrgastnachfrage bis 2030 in Baden-Württemberg ist ein Ausbau des Angebots notwendig. In Städten dürfte die Herausforderung zu Hauptverkehrszeiten in der Erhöhung der Kapazitäten liegen, in der Fläche eher in der Schaffung eines ausreichend attraktiven Angebots von 5 bis 24 Uhr. Gefragt sind Ausweitungen im Schienen- und im Busverkehr, im Fern- und im Nahverkehr. Dazu muss die Schieneninfrastruktur erweitert, modernisiert und elektrifiziert werden. Im Busverkehr sind neben attraktiven Stadtverkehren auch Schnellbuslinien gefragt, insbesondere wo Schienen nicht existieren oder an ihre Kapazitätsgrenze kommen.
2. *Jedes dritte Auto klimaneutral angetrieben:* Im Jahr 2030 sollen ein Drittel klimaneutrale Autos in Baden-Württemberg fahren. Das ist technologie-neutral gesehen, dies können sowohl Elektrofahrzeuge als auch Fahrzeuge mit anderen Antrieben auf Basis regenerativer Energien sein. Die Autoindustrie steht vor der Herausforderung,

dass der Anteil an den Neufahrzeugen schon in wenigen Jahren bei einem Drittel liegen muss, damit sich nicht nur die neuen Fahrzeuge, sondern der gesamte Bestand ändern. Zudem ist der Ausbau der notwendigen Infrastrukturen erforderlich. Bei Elektrofahrzeugen betrifft dies Lademöglichkeiten, vor allem beim Wohnen und Arbeiten in Garagen und Parkhäusern. Schon heute unterscheidet sich der Anteil der Elektrofahrzeuge stark, je nachdem ob lokale Benutzervorteile etwa beim Parken und bei exklusiven Fahrspuren gewährt werden.

3. *Ein Drittel weniger Kfz-Verkehr in Städten:* Ein Drittel weniger städtischer Autoverkehr bezieht sich auf Verkehr der Anwohner – und auf Fahrzeuge, die in die Städte hineinfahren. Bereits heute gibt es in vielen Städten Bestrebungen, die Innenstädte vom Autoverkehr frei zu halten und somit zu mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität beizutragen sowie mehr Flächen für umweltfreundlichere Verkehrsmittel bereitzustellen. Auch in den meisten Wohnvierteln gibt es den Wunsch, eine funktionierende Ortsmitte im Stadtteil oder der Gemeinde vorzufinden. Ein attraktives Carsharing-Angebot in Verbindung mit kostendeckenden Strukturen beim Parken ist hier der Schlüssel, Entlastungen

des öffentlichen Straßenraums zu erreichen und dennoch die Vorzüge der Automobilität zu ermöglichen.

4. *Jeder zweite Weg selbstaktiv mit Rad oder zu Fuß:* Die Landesregierung hat in der RadSTRATEGIE Baden-Württemberg das Ziel verankert, den Radverkehrsanteil bis 2030 auf 20 Prozent zu steigern. Hierfür wird das RadNETZ systematisch ausgebaut, um Rad-schnellwege ergänzt und für eine neue RadKULTUR geworben. Das Ziel macht deutlich, dass heute gebaute Fahrradinfrastruktur nicht zu klein dimensioniert werden darf, um nicht in wenigen Jahren überholt zu sein. Der Fußverkehrsanteil war zuletzt sogar rückläufig. Ihn bis 2030 auf 30 Prozent der Wege zu steigern wird nur mit einer attraktiven Infrastruktur und einer aktiven Fußverkehrspolitik gelingen.

5. *Jede dritte Tonne fährt klimaneutral:* Der Güterverkehr ist für etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen des Verkehrs verantwortlich, gerät aber dennoch mitunter aus dem Blick. Um ihn klimaneutral zu gestalten, ist sowohl eine Elektrifizierung der Bahnstrecken als auch eine Umstellung der Lkw-Flotte erforderlich. Dabei ist die technische Entwicklung hier noch offen: Bewährt sich der Oberleitungs-Lkw, werden batterieelektrische Lkw leistungs-

fähiger oder sind erneuerbare Kraftstoffe ggf. mit Brennstoffzelle die Lösung? In jedem Fall sind im lokalen Verkehr bereits heute batterieelektrische Fahrzeuge und häufig auch das E-Lastenrad eine gute Alternative.

Jeder Eckpunkt für sich ist nur mit großer Anstrengung und Veränderungsbereitschaft zu erreichen. Dies zeigt, dass es beim Klimaschutz im Verkehr nicht mehr um ein Entweder-oder geht. Weder mit Radverkehr noch mit Elektromobilität werden sich die Ziele alleine erreichen lassen. Vielmehr ist ein Sowohl-als-auch gefragt, bei dem parallele Anstrengungen notwendig sind.

Die Mobilität wird sich in den kommenden zehn Jahren stark verändern. Heute hat Baden-Württemberg, hat jede Kommune und jeder Kreis die Chance, sich durch kluge Planung auf diese Zukunft einzustellen. Damit sind nicht nur Anstrengungen, sondern auch große Chancen auf mehr Lebensqualität, bessere Teilhabe für Kinder und Ältere, Attraktivität für Fachkräfte und hohe Standortqualität verbunden.

Christoph Erdmenger ist Leiter der Abteilung Nachhaltige Mobilität, Digitalisierung, Elektromobilität, Umwelt, Rad, Verkehrsrecht beim Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg

Zukunftsweisender Ausbau des Nahverkehrs im Landkreis Göppingen

Von Sebastian Hettwer und Laura Friedrichs, Göppingen

Der Landkreis Göppingen hat in den letzten Jahren mit weitreichenden Entscheidungen die Weichen für eine moderne und nachhaltig umweltfreundliche Mobilität gestellt: Mit der Umsetzung des Nahverkehrsplans, der Entscheidung zur Vollintegration in den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) und der Beteiligung am Metropolexpress stellt sich der Landkreis für die Zukunft auf.

Vollintegration in den VVS

Seit dem 1. Januar 2014 ist der Landkreis Göppingen bereits auf der Schiene bis Geislingen/Steige in den VVS teilintegriert. Nun folgt mit dem Vollbeitritt zum VVS der nächste, entscheidende Schritt:

Ein attraktives ÖPNV-System gilt heute als wesentlicher Faktor in der Bewertung des Wohn-, Wirtschafts-, Ausbildungs- und Freizeitstandorts. Gerade deshalb sieht der Landkreis große Chancen durch die vollständige Einbindung in das gemeinsame Tarifsystem der Region Stuttgart.

Den Vorzügen des VVS steht jedoch ein hoher Finanzierungsaufwand für

den Landkreis gegenüber. Maßgeblicher Kostenfaktor ist in diesem Zusammenhang die Verkehrsumlage des Verbands Region Stuttgart. In einer Vielzahl von Verhandlungen wurde mit den Verbundpartnern (Landkreise, Landeshauptstadt, VVS GmbH und dem Verband Region Stuttgart) eine maßgeschneiderte Lösung erarbeitet, die der besonderen Lage des Landkreises, seinen Verkehrsbeziehungen zum Kernraum und der fehlenden direkten Einbindung in das S-Bahn-Netz Rechnung trägt.

Zuletzt bestanden keine Zweifel am Nutzen der Vollintegration. Vielmehr stand die Frage der Finanzierbarkeit im Finanzkonzept des Landkreises im Mittelpunkt der Entscheidungsfindung. Offen blieb zunächst die Sicherstellung der bisherigen Einnahmen auf Seiten der Busunternehmen. Für den Fortbestand einer Service-Stelle und Übernahme der heutigen Filsland-Mitarbeitenden hatte der VVS bereits zuvor eine Garantie abgegeben. Den vielleicht entscheidenden Ausschlag gab letztlich die große Tarifzonenreform, die der VVS zum 1. April 2019 umgesetzt hat. Diese hat den Nutzen für die Fahrgäste sowohl in Relation zum Verbundraum wie auch für das künftige Preisniveau im Binnenverkehr des Land-

kreises entscheidend verändert, sodass der Fahrgast finanziell entlastet wird.

Das Bündel an Detailfragen konnte bis zum Herbst 2018 abschließend geklärt werden: Der Landkreis Göppingen wird für die Vollintegration, die zum 1. Januar 2021 umgesetzt werden soll, voraussichtlich jährlich bis zu 5 Mio. € aufwenden müssen.

Die Entscheidung des Kreistags zugunsten der Vollintegration erfolgte am 1. Februar 2019 mit breiter Mehrheit. Es handelte sich dabei um eine der wesentlichen kreispolitischen Weichenstellungen der letzten Jahrzehnte.

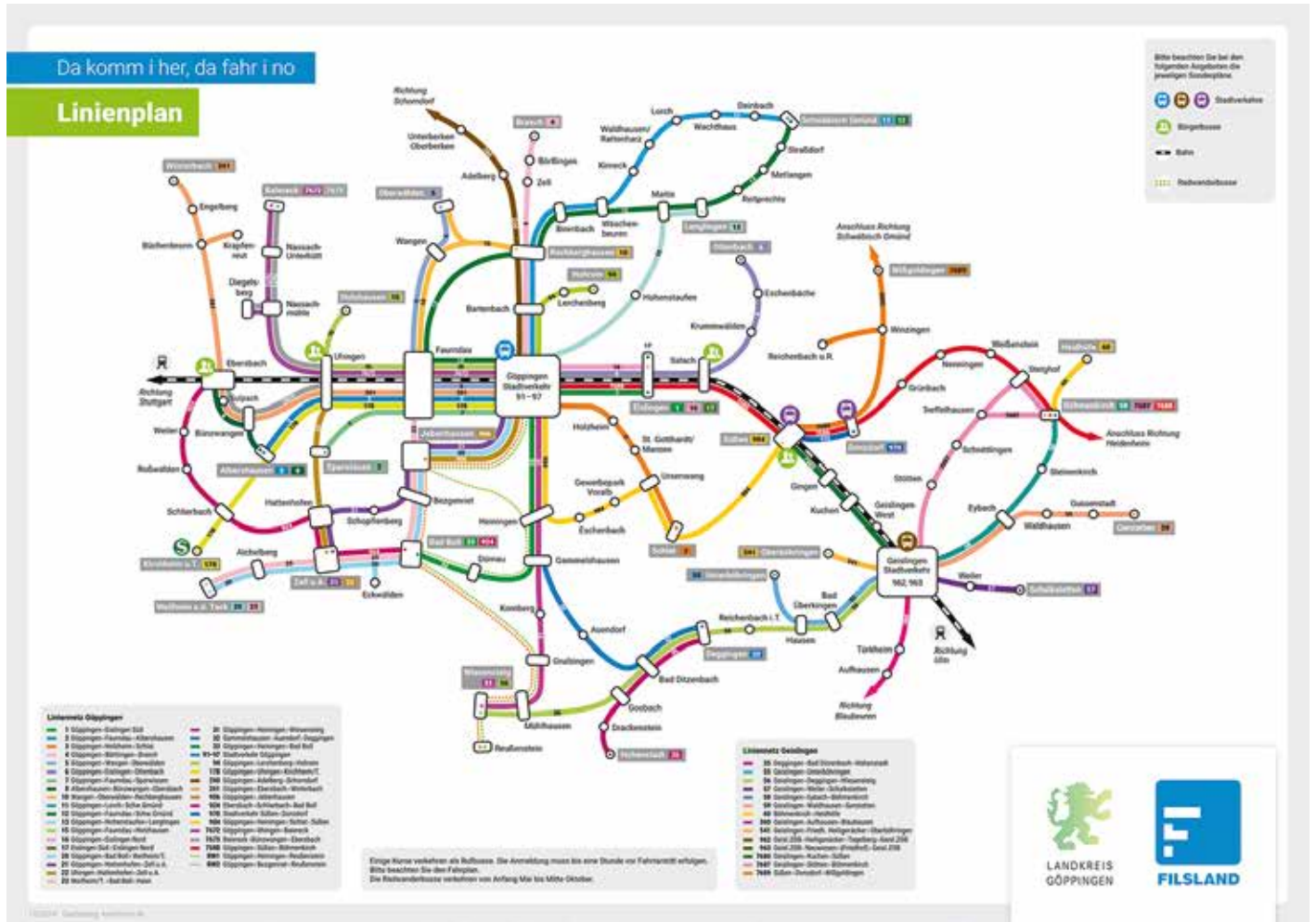
Die Umsetzung des Nahverkehrsplans: Bus19+

Zum 1. Januar 2019 ist im Busverkehr des Landkreises Göppingen ein neues Zeitalter angebrochen. Der Kreis investiert jährlich rd. 4,3 Mio. € in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Mit rund 1,7 Mio. Mehrkilometern pro Jahr wird der Busverkehr um etwa 23 % deutlich ausgeweitet und im Takt gefahren. In der Regel verkehren die Busse mindestens im Stundentakt, auf stärkeren Relationen im Halbstundentakt.

Neben zahlreichen zusätzlichen Fahrten am Abend, an Wochenenden und Feiertagen sowie im Anrufsammelverkehr (hier noch traditionell als „Rufbus“ bezeichnet) wurden vor allem auch unter der Woche Taktverdichtungen auf bisher schwach bedienten Verbindungen vorgenommen. Außerdem sind neue Linien in Betrieb gegangen, die weitere Fahrbeziehungen ermöglichen. Zudem wurden bestehende Verbindungen verlängert oder durch klar strukturierte Fahrwege ersetzt.

Die Fahrpläne der Buslinien wurden so ausgestaltet, dass ein verlässlicher An-





schluss sowohl unter den Buslinien als auch auf die Züge der Filstalbahn (ab Dezember 2019 neu als „Metropol-Express“ verkehrend) besteht. Mittels modernster Technik und der neu verfügbaren Echtzeit-Information wird sichergestellt, dass eine deutlich verbesserte Anschlussicherung an den Knotenpunkten entlang der Filstalachse umgesetzt werden kann.



Einige ausgewählte Neuerungen im Detail: Linie 924

Die meisten Buslinien sind auf einen zentralen Ort hin ausgerichtet. Sie verbinden die Städte der Region mit den abseits der Hauptachse gelegenen Ortschaften. Mit der Linie 924 wird ein tangentialer Ansatz verfolgt: Die aus der Linie 7653 entstandene Linie wurde zur Querverbindung, die die Orte im Voralbgebiet untereinander verbindet, ausgebaut. Von Ebersbach/Fils über Schlierbach und Zell u.A. führt sie bis nach Bad Boll. Dabei ist die Linie nicht nur auf die Regionalbahn in Ebersbach/Fils abgestimmt, sondern auch auf die Linie 178, mit der die Fahrgäste einen Umsteigepunkt in Schlierbach haben. Über diese Kombination verfügt das gesamte Voralbgebiet neu über eine bequeme Anbindung auf die S-Bahn in Kirchheim/Teck.

Knotenpunkt Zell u.A.

Im neuen Knoten Zell u.A. treffen die Linien 20, 21, 22, und 924 aufeinander, sodass Fahrgäste hier vorteilhaft in alle Himmelsrichtungen umsteigen können. Aktuell laufen darüber hinaus Planungen, die zentrale Haltestelle Schillerstraße in einen modernen und barrierefreien Omnibusbahnhof umzubauen, der dem neuen Status als einer der Hauptknotenpunkte im Landkreis besser gerecht wird. Geprüft wird eine weitere Direktverbindung über Ohmden zur S-Bahn in Kirchheim/Teck.

Knotenpunkt Göttingen ZOB

Die meisten Buslinien verkehren in Göttingen zu den Minuten :15 bzw. :45 in alle Richtungen ab ZOB. Dadurch gewährleisten sie den Anschluss von und zu den



Züge der Filstalbahn, sowohl in Richtung Geislingen/Steige und Ulm als auch in Richtung Esslingen/Stuttgart.

Linie 906

Um die Linien 20 und 21 in Göppingen-Jebenhausen zu beschleunigen, wurde eine zusätzliche Citybus-Linie zwischen Göppingen ZOB und Jebenhausen im Stundentakt eingeführt. Sie bedient ein abseits der Hauptachse gelegenes Wohngebiet und entlastet damit die Linien 20 und 21 durch Entfall der zeit- aufwändigen Schleifenfahrten.

Linie 7687/58

Durch das neue Fahrplankonzept sind alle Ortsteile der auf der Albhochfläche gelegenen Gemeinde Böhmenkirch neu ohne Umstieg erreichbar: Die Linie 7687 fährt über Schnittlingen und Treffelhausen nach Böhmenkirch und von dort aus als Linie 58 über Steinenkirch zurück nach Geislingen. In der Gegenrichtung verhält sich der Fahrweg entsprechend. Fahrgäste die von der einen zur anderen Linie wechseln möchten, können bequem sitzenbleiben. Zusätzlich bestehen in Böhmenkirch auch abgestimmte Umstiege auf die Linie 7688 (über das Lautertal und Süßen bis nach Göppingen) sowie in Richtung Heidenheim.

Linie 59

Die Buslinie 59 wurde im Rufbusbetrieb bis nach Gussenstadt und Gerstetten in den Nachbarkreis Heidenheim erweitert. Nach den ersten sechs Betriebsmonaten lässt sich bereits feststellen, dass das neue Angebot, das beide Landkreise in Kooperation finanzieren, sehr gut angenommen wird.

Neues „GeisBlitz“-Konzept

Der langjährige Wunsch der Bevölkerung in Geislingen nach einer Busverbindung in das Gewerbegebiet Neuwiesen, in dem sich viele Fachmärkte befinden,

konnte im Zuge Bus19+ nach langer Diskussion umgesetzt werden. Die bisherige „GeisBlitz“-Linie 53 als Synonym für den Geislinger CityBus wurde zu diesem Zweck in zwei Linien aufgespalten. Unter der Liniennummer 963 fährt die neue Linie stündlich zu den Einkaufsmöglichkeiten in den Neuwiesen, während die Buslinie 962 zum Friedhof Heiligenäcker im Stadtteil Altenstadt und zum Wohngebiet Tegelberg verkehrt.

Im Schnellbus zwischen Fils- und Remstal: Seit 15. Juni 2019 mit der Regiobuslinie X93

Die Einrichtung einer Schnellbuslinie zwischen Göppingen und dem benachbarten Remstal im Ostalbkreis war ebenfalls ein wichtiger Bestandteil des Nahverkehrsplans des Landkreises Göppingen. Zwar bestand mit der Linie 11 bereits eine Busverbindung zwischen Göppingen und Lorch, diese ist jedoch durch viele Unterwegshalte und Ortsteilbedienungen vergleichsweise langsam unterwegs. Sie fährt durch die Innenstadt in Göppingen und nimmt im Ostalbkreis die Route über Waldhausen. Der Schnellbus schafft eine deutlich zügigere und komfortablere Verbindung in das Remstal, indem er den direkten Linienweg mit wenigen zentralen Haltestellen an der Strecke nimmt. Die Expressbusse



verkehren im Stundentakt, unter der Woche von 5:00 Uhr morgens, bis kurz vor Mitternacht. Am Wochenende wird der Betrieb samstags eine und sonntags zwei Stunden später aufgenommen.

Die neue Regiobuslinie von Göppingen nach Lorch ist ein hervorragendes Beispiel für einen Lückenschluss. Mit neuen, hochwertigen Bussen im Landesdesign wird Lorch im Remstal mit der Filstalbahn Richtung Ulm verknüpft. Damit wurde ein neues und verlässliches Nahverkehrsangebot Schiene-Straße-Schiene geschaffen. Die Regio-Schnellbuslinie Göppingen–Lorch ist die erste, die mit allen Fahrzeugen im Landesdesign betrieben wird. Deshalb übernimmt das Land in diesem besonderen Fall gemäß seines einschlägigen Förderprogramms 60 Prozent des entstehenden Betriebskostendefizits.

Der große Vorteil: Am Bahnhof/ZOB Lorch besteht ein abgestimmter Anschluss auf die Regionalzüge in beiden Fahrtrichtungen, sodass Fahrgäste die Möglichkeit haben, ohne Verzögerungen in Richtung Schwäbisch Gmünd/Aalen bzw. Schorndorf/Stuttgart weiter zu reisen. Bei Zugverspätungen bis zu 15 Minuten wird der Anschluss gehalten.

Neue Qualitätsstandards

Die eingesetzten Busse sind durch die Festlegungen des Nahverkehrsplans zum weit überwiegenden Teil mit Niederflertechnik ausgestattet und damit barrierefrei zugänglich. Mit neuen Info-Monitoren und einem optimiertem Layout werden die Haltestellen im Bus verständlich angezeigt. Im Laufe des Jahres 2019 werden darüber hinaus akustische Haltestellenansagen in den Bussen für mehr Barrierefreiheit und Fahrkomfort sorgen.

Bereits 2018 wurden durch den Landkreis Göppingen an allen Bussteigen des ZOB in Göppingen sowie an den Bahnhöfen in Geislingen/Steige, Süssen, Göppingen und Ebersbach DFI-Anzeigen (Digitale Fahrgastinformation) installiert. Durch die Verknüpfung der Echtzeitdaten mit der Datendrehscheibe beim Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart werden die Fahrgäste bestmöglich informiert.

Auch die Anrufsammelverkehre („Rufbus“) sind bei Bedarf und vorheriger Anmeldung barrierefrei zugänglich. Im Rufbus gilt das identische Tarifangebot wie im regulären Linienbusbetrieb, die Fahrt muss jedoch spätestens eine

Stunde vor der fahrplanmäßigen Abfahrtszeit telefonisch angefordert werden. Die Bedienung erfolgt in der Regel jedoch nur über die Ortsgrenze hinaus. Der Filmland Mobilitätsverbund hat die Gelegenheit des großen Fahrplanwechsels zum 1. Januar 2019 genutzt, um etwa 200 Haltestellen im gesamten Landkreis umzubenennen. Die Namen sollen prägnanter, aktueller und eindeutig zuzuordnen sein.

Eine derart umfangreiche Fahrplanumstellung im Gesamttraum des Filmland Mobilitätsverbundes hat eine außergewöhnliche Herausforderung für alle Beteiligten dargestellt und war daher auch mit Risiken behaftet. Die deutliche Ausweitung der Verkehre und die damit verbundene komplett neue Umlauf- und Dienstplanung haben dazu geführt, dass neues Fahrpersonal in erheblichem Umfang eingestellt werden musste. Das Kennenlernen der neuen Linienverläufe und Fahrpläne erforderte ebenso das Augenmerk aller Beteiligten wie die Anschlusssicherung der Linien an den neu eingerichteten Umstiegspunkten im gesamten Landkreis. Zu Beginn wurden zunächst Anschlüsse noch verpasst oder Schulzeiten nicht optimal berücksichtigt. Durch die hohe Resonanz seitens der Fahrgäste, der Schulen und des Fahrpersonals konnte in insgesamt drei Schritten bis Ende April in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den Busunternehmen, dem Mobilitätsverbund und der Landkreisverwaltung das Fahrplankonzept angepasst und aufgetretene „Kinderkrankheiten“ weitgehend beseitigt werden. Das für den Start von „Bus19+“ eingerichtete Kontaktformular unter www.filsland.de wurde mit über 700 Einzelnachrichten und konstruktiven Hinweisen sehr rege genutzt. Inzwischen hat die Kritik deutlich abgenommen und es sind vermehrt positive Rückmeldungen seitens der Fahrgäste eingegangen, die insbesondere die Anschlusssicherung und die ausgeweiteten Bedienungszeiten am Abend und am Wochenende begrüßen.



Weitere Informationen können im Internet unter www.filsland.de/bus19plus heruntergeladen werden.

Einführung des Metropolexpress (MeX)

Mit der Einführung eines neuen Taktverkehrs zwischen Stuttgart und Geislingen/Steige sowie nach Ulm Ende 2016 nahm die Filstalbahn deutlich Schaden. Die Verkehre von/nach Ulm zeigten sich spürbar verschlechtert mit schwerwiegenden Folgen für die auf Geislingen gerichteten Schülerverkehre.

Der Landkreis drängte auf eine rasche Verbesserung der Situation, insbesondere durch die baldige Durchsetzung seines mit dem Land bereits im November 2015 vereinbarten MetropolExpress-Konzepts, das eine S-Bahn-ähnliche Bedienung im Halbstundentakt bis Geislingen sicherstellen soll. Das britische Unternehmen GoAhead wird den Regionalverkehr im Filstal zum 15. Dezember 2019 übernehmen (ohne den IRE, der auch künftig bei der DB verbleibt).

Großer Wert wurde darauf gelegt, ein maßgeschneidertes Konzept für das Filstal zu entwickeln, das den Bedienungs-

standards der S-Bahn möglichst nahekommt.

Das mit dem Land verhandelte S-Bahn-ähnliche Bedienungskonzept 2020+ wird nun überraschend bereits im Dezember 2019 in Betrieb gehen. Es enthält täglich durchgehend zwei Fahrten pro Stunde zwischen Stuttgart-Geislingen/Steige mit einer stündlichen MeX-Durchbindung bis Ulm Hbf, erweiterten Spätverkehren bis 1 Uhr nachts sowie vier zusätzlichen Nachtverbindungen am Wochenende zwischen Plochingen und Geislingen/Steige als Ab-/Zubringer zu den Nacht-S-Bahn-Zügen in Plochingen. Bis zur Inbetriebnahme des neuen Tiefbahnhofs S21 unterliegen die Durchbindungen bis Stuttgart (jede zweite Fahrt) noch Restriktionen (Ausfall einzelner Taktlagen, kurze Wartezeiten in Knotenpunkten).

Das mit dem Land geschnürte Paket geht mit den genannten Leistungen über den Standard des SPNV-Zielkonzepts des Landes (2025) deutlich hinaus. Der Landkreis beteiligt sich an den Mehrleistungen für den S-Bahn-ähnlichen Standard mit rd. 1,2 Mio. €/Jahr.

Es besteht die begründete Hoffnung, mit diesem spürbar verbesserten Angebot

auf der Schiene verloren gegangenes Vertrauen der Fahrgäste zurückzugewinnen und die Mobilitätsketten zwischen Bus und Bahn nochmals deutlich attraktiver zu gestalten. Damit wird der Grundgedanke der Vernetzung der Verkehrsträger noch einmal mit deutlich besseren Anbindungen verstärkt. Mit einem bis dahin eingespielten Takt auf der Filstalbahn wird der Nutzen der VVS-Vollintegration ab 2021 noch einmal deutlich erhöht.

Erst in diesem Dreiklang können die verkehrspolitischen Maßnahmen aus MeX-Takt, dem „Bus19+“-Angebot und der VVS-Vollintegration ihre volle Wirkung entfalten und den Landkreis in Bezug auf seine politischen Schlüsselthemen der Kreisentwicklung, Klimaschutz und umweltgerechte Mobilität einen wichtigen Schritt voranbringen.

Sebastian Hettwer ist stellvertretender Amtsleiter im Amt für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur und Abteilungsleiter Schüler- und Personenbeförderung, Laura Friedrichs ist Verkehrsplanerin im Amt für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur des Landratsamts Göppingen

Walkability im Quartier: Erkenntnisse einer landkreisübergreifenden und grenzüberschreitenden Fachtagung in Basel

Von Ellen Hipp, Lörrach

Einstieg

Die Lebenserwartung ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und in der Schweiz im letzten Jahrhundert stark gestiegen. Ein langes Leben bedeutet aber nicht automatisch, dass dieses im Alter auch gesund und selbstbestimmt erlebt werden kann. Es stellt sich daher die Frage, wie es gelingen

kann möglichst lange gesund, aktiv und auch mobil am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Die Trinationale Fachtagung „Gesundes Altern am Oberrhein – Perspektiven aus drei Ländern“ hat sich am 28. März 2019 im Basler Rathaus mit dieser Frage auseinandergesetzt und dabei strategische Landesinitiativen, innovative Projektideen und konkrete Maßnah-

men, u.a. zur Walkability im Quartier, aus allen drei Ländern vorgestellt und mit politischen Vertretern, Fachkräften und Interessierten erörtert. Die Schirmherrschaft der Veranstaltung übernahm die Regierungspräsidentin des Kantons Basel-Stadt und Präsidentin der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz, Frau Elisabeth Ackermann.

Walkability im Quartier

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion sprachen insgesamt vier Vertreter(innen) aus allen drei Ländern über den Begriff der Walkability in den Städten und Gemeinden auf beiden Seiten des Rheins. Moderiert wurde diese Runde von Pierre Lespinasse der Agence régionale de santé Grand Est und von Peter Zeisberger vom Regierungspräsidium Karlsruhe. Der Begriff Walkability wurde im Rahmen der Diskussion dabei nicht nur als Möglichkeit gewertet möglichst alle Wege des Alltags (Arbeit, Einkauf und Freizeit) zu Fuß oder per Fahrrad bzw. mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzulegen, sondern umfasst auch die bewegungsfreundliche und -förderliche Gestaltung eines Quartiers. Diese Gestaltung der physischen Umwelt soll dazu dienen, dass der/die Bürger(in) auch im Alter motiviert ist, sich selbständig zu bewegen und seine/ihre Freizeit aktiv zu gestalten.

Bedürfnisse der Zielgruppe einbeziehen

Für das Gelingen von Walkability ist es aus Sicht aller Podiumsteilnehmer unerlässlich, die Zielgruppe in die Planungen und Überlegungen z.B. bei der (Neu-)Gestaltung eines Quartiers aktiv mit einzu beziehen. In Mulhouse wurde zu diesem Zweck ein Netzwerk gebildet, welches die besonderen Bedürfnisse und Erwartungen der Senior(inn)en aufgreift, berichtete die Referentin für Alterspolitik des Bürgermeisters von Mulhouse Silvey Grisey. Lukas Bäumle, Vorsitzender des Seniorenverbandes Nordwestschweiz, forderte, dass die Senioren aber nicht nur darauf warten sollen einbezogen zu werden. Er sieht eine Notwendigkeit darin, selbst in der (Kommunal-)Politik aktiv zu werden und z.B. einen Seniorenrat zu gründen, um das Thema mitzugestalten.

Dass Bürgerbeteiligungen trotzdem ihre Berechtigung haben, zeigte das Bei-



Blick ins Plenum der Veranstaltung im Rathaus Basel mit Ansprache der Schirmherrin der Veranstaltung, Frau Elisabeth Ackermann (Regierungspräsidentin des Kantons Basel-Stadt und Präsidentin der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz)

spiel aus der Stadt Arlesheim in der Schweiz. Die Gemeinderätin Ursula Laager konnte berichten, dass im Rahmen einer Ortskernrevision, bei der Senioren und Familien einbezogen wurden, viele Aspekte der Mobilität bei Senioren deckungsgleich sind mit den Bedürfnissen von Familien. Als Beispiel nannte sie die Nutzung von Rollatoren und Kinderwagen, bei denen ausreichend breite Fußgängerwege und abgesenkte Bordsteine notwendig sind. Auf Landkreisebene bezogen ist es also durchaus sinnvoll auch fachübergreifend zu planen, um ähnliche bzw. gleiche Anliegen verschiedener Zielgruppen zu bündeln und gemeinsam unterstützen zu können.

Thema politisch verankern

Nach Silvey Grisey sollte die Mobilität auch auf politischer Ebene im Idealfall in allen Bereichen mitbedacht werden. Dies kann erreicht werden, indem, wie von Ursula Laager geschildert, ein Leitsatz im Altersleitbild der Stadt verankert und so auf politischer Ebene festgehalten wird. In der Stadt Arlesheim fordert dieser Leitsatz, dass „ältere Menschen einen Zugang zu individuellen Transport-

möglichkeiten und zu öffentlichen Verkehrsmitteln haben, sodass sie auch ohne Auto mobil bleiben können“. Dieser Leitsatz fordert die kommunalen Entscheidungsträger dazu auf, sich aktiv dafür einzusetzen, dass die notwendigen Gegebenheiten zur Realisierung, wie beispielsweise gut zugängliche öffentliche Verkehrsmittel, in der Kommune gegeben sind.

Unterstützung / Fördermöglichkeiten einholen

Dass das Thema des demografischen Wandels und damit auch die Anpassungen von Quartieren an die Bedürfnisse der Zielgruppe der Senioren mit Blick auf Walkability/Mobilität sehr komplex sind, wurde bei den Ausführungen in der Podiumsdiskussion sehr deutlich. Kommunale Entscheidungsträger werden mit dem Thema aber nicht alleine gelassen.

Fr. Wettstein vom Landkreistag stellte für die Kommunen und Landkreise aus Baden-Württemberg das Beratungsangebot „Gut beraten!“ aus der Landesstrategie „Quartier 2020. Gemeinsam Gestalten“ vor. Dabei wird eine Beratung

zur Konzeptentwicklung u.a. zu den Themen Quartiersentwicklung und Mobilität kostenfrei angeboten.

Finanzielle Unterstützung mit bis zu 100 000 € pro Projekt bietet das Förderprogramm „Quartiersimpulse“, welches für die Durchführung von Projekten, die zur alters- und generationengerechten Entwicklung von Quartieren beitragen, eingesetzt werden kann.

Voraussetzungen schaffen

Bei all diesen Bemühungen zu alters- und generationengerechten Quartieren betont Carole Zaug, Referentin für Alterspolitik und Behindertenkonvention der Stadt Bischeim (Frankreich), wie wichtig die Gesundheitsförderung und Prävention auch im Alter ist. Angebote der Sturzprophylaxe können dabei helfen, Senior(inn)en möglichst lange die Sicherheit zu geben, sich selbständig außerhalb ihrer Wohnung zu bewegen. Dieser Ansatz wird auf deutscher Ebene beispielsweise mit den Aktivierenden Hausbesuchen verfolgt. Dieser hat zum Ziel Senioren, die nicht mehr selbständig das Haus verlassen können, zu fördern und zu aktivieren, damit sie wieder mobiler werden.

Der Expertenausschuss Gesundheitsförderung und Prävention begrüßt das Statement aus Frankreich und die frühzeitige Einführung von präventiven

und gesundheitsförderlichen Ansätzen in allen drei Ländern.

Fazit

Ziel der Fachtagung war es Entscheidungsträger für das Thema „Gesundes Altern am Oberrhein“ zu sensibilisieren und Fachkräfte sowie Ehrenamtliche, welche mit älteren Menschen arbeiten, bei der Umsetzung dieses Vorhabens zu unterstützen.

Die Vernetzung und der Austausch zwischen den Teilnehmenden aus allen drei Ländern sollte dazu dienen von innovativen Projektideen zu lernen, die Übertragbarkeit zu prüfen und die neu gewonnen Erkenntnisse in der eigenen Kommune, Departement / Distrikt bzw. Landkreis einzusetzen.

Die positive Resonanz auf die Fachtagung hat gezeigt, dass sich viele Entscheidungsträger, Fachkräfte und Ehrenamtliche bei diesem Thema angesprochen fühlen und sich bereits auf vielfältige Art für Walkability / Mobilität im Alter engagieren.

Auf diese Weise profitierten die Teilnehmer(innen) vom landkreis- und länderübergreifenden Austausch, da vielfältige und innovative Ansätze vorgestellt werden konnten.

Im Rahmen von Workshopeinheiten wurden konkrete Projektbeispiele, wie die „Bewegte Apotheke“ zur Bewegungs-

förderung von Senioren im Quartier, gemeinsam diskutiert. Dabei konnten gemeinsame Antworten auf die zentralen Fragen gefunden werden, wie beispielsweise „Wie lässt sich diese Idee auch auf andere Kommunen, Landkreise oder andere Ländern übertragen? Wo gibt es Stolpersteine und was funktioniert gut und kann leicht übertragen werden?“ Die Ergebnisse der Workshops wurden im Rahmen der Tagungsdokumentation festgehalten und stehen so auch anderen zur Verfügung.

Um die Ergebnisse der Tagung und die neu entstandenen Kontakte nicht zu verlieren, verfolgt der Expertenausschuss „Gesundheitsförderung und Prävention“ das Thema weiter. Landkreise und Kommunen am Oberrhein, welche sich beteiligen möchten, sind herzlich dazu eingeladen sich bei der Vorsitzenden des Expertenausschusses Gesundheitsförderung und Prävention, Irène Renz, zu melden.

Als Anreiz kann abschließend gesagt werden, dass sich grenzüberschreitendes Engagement nicht nur dahingegen auszahlt, dass der Blick über die Grenzen neue Lösungsansätze und Ideen aufzeigt, sondern die Zusammenarbeit mit anderen Landkreisen durch gemeinsame Veranstaltungen und Netzwerkarbeit intensiviert wird.



Blick ins Plenum der Veranstaltung mit den Teilnehmern der Podiumsdiskussion im Rathaus Basel

Hintergrund

Durchgeführt wurde die Veranstaltung vom trinationalen Kompetenzzentrum für Gesundheit TRISAN und dem Expertenausschuss Gesundheitsförderung und Prävention der Oberrheinkonferenz. Der Expertenausschuss setzt sich aus verschiedenen Akteuren aus allen drei Ländern zusammen, welche im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention tätig sind. Auf deutscher Seite nehmen dabei Vertreter/-innen aus den Landkreisen Karlsruhe, Waldshut, Lörrach und Rastatt teil.

Das Gremium fördert damit nicht nur die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den anderen Ländern, sondern intensiviert auch die Zusammenarbeit der Landkreise in Baden-Württemberg, welche am Oberrhein liegen. Bereits im Vorfeld der Tagung hat TRISAN in Zusammenarbeit mit mehreren Vertretern aus den drei Ländern die Präventions- und Gesundheitsförderungssysteme der jeweiligen Länder sowie beispielhafte Maßnahmen und Strategien für ein gesundes Altern, erfasst (siehe „Quellen“).



Ellen Hipp ist die Leiterin der Stabsstelle Kommunale Gesundheitskonferenz im Landratsamt Lörrach

Ein Teil der Mitglieder des Expertenausschusses Gesundheitsförderung und Prävention und Mitarbeiter von TRISAN vor dem Basler Rathaus. Von links nach rechts (hintere Reihe): Fr. Leobold, Hr. Wettstein, Fr. Dussap, Hr. Pradier, Fr. Kassa, Hr. Friebe, Fr. Zihlmann, Fr. Bächle-Lamp, Fr. Schedel, Hr. Wick. Von links nach rechts (vordere Reihe): Fr. Dacquin, Fr. Leopold, Fr. Hipp, Fr. Renz, Fr. Salmony, Fr. Breysach.

Erläuterungen

Oberrheinkonferenz: Die deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz verbindet die Regierungs- und Verwaltungsbehörden auf regionaler Ebene. Beteiligt sind die Fachverwaltungen der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Jura und Solothurn sowie die staatlichen und gebietskörperschaftlichen Behörden Frankreichs – conseil départemental du Bas-Rhin, du Haut-Rhin und conseil régional Grand Est. Das Hauptanliegen ist die Vertiefung der dynamischen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Verwaltungen in der Oberrheinregion – zum Wohle der Bürger auf beiden Seiten des Rheins und zur Erleichterung und Förderung ihrer Beziehungen auf möglichst allen Gebieten.

Expertenausschuss Gesundheitsförderung und Prävention der Oberrheinkonferenz: Der Expertenausschuss Prävention und Gesundheitsförderung der Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik

der Oberrheinkonferenz strebt einen Erfahrungsaustausch und eine Vernetzung von relevanten Akteuren des Gesundheitsbereichs an, um zu helfen, Krankheiten einerseits vorzubeugen und andererseits die Gesundheit bereits erkrankter Menschen zu fördern. Der Expertenausschuss Gesundheitsförderung und Prävention tagt ca. 3 x im Jahr, an abwechselnden Standorten am Oberrhein in Frankreich, Schweiz und Deutschland.

TRISAN: Das Projekt TRISAN wurde von der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz ins Leben gerufen und wird im Rahmen des Programms INTERREG V A Oberrhein kofinanziert. Getragen wird es vom Euro-Institut, welches auf Fortbildung, Projektbegleitung und Beratung im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit spezialisiert ist. Eine Kofinanzierung erhält es ebenfalls von den Gesundheitsverwaltungen am Oberrhein.

Quellen:

Bucksch, Jens; Schneider, Sven (2014): Walkability: Das Handbuch zur Bewegungsförderung in der Kommune, S.18–21.

TRISAN (2019): Tagungsbericht Gesundes Altern am Oberrhein: Perspektiven aus den drei Ländern. Deutsch-französisch-schweizerische Fachtagung. Basel – 28. März 2019.

TRISAN (2019): Die Präventions- und Gesundheitsförderungssysteme in Deutschland, Frankreich und der Schweiz – Maßnahmen und Strategien für ein gesundes Altern.

Internetquellen:

Homepage zur Oberrheinkonferenz [Stand: 21. Juni 2019]:

<https://www.oberrheinkonferenz.org/de/home.html>

Homepage Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik [Stand: 21. Juni 2019]:

<https://www.oberrheinkonferenz.org/de/gesundheit/arbeitsgruppe.html>

Homepage von TRISAN [Stand: 21. Juni 2019]: <https://www.trisan.org/>

Das Ziel heißt mehr Lebensqualität

Der Neckar-Odenwald-Kreis arbeitet seit 2017 an einem nachhaltigen ÖPNV-Konzept

Von Dirk Schäfer und Jan Egenberger, Mosbach

Mit dem Beschluss des Nahverkehrsplans im September 2017 stellte der Kreistag des Neckar-Odenwald-Kreises die Weichen für ein deutlich erweitertes Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Basierend auf einer gründlichen Bestandsanalyse wurden für die insgesamt 27 Städte und Gemeinden die Verkehre dabei teilweise ganz neu geordnet. Die bisherige Buslinienleistung wurde von rund 3,9 Millionen Fahrplankilometern auf 4,6 Millionen Fahrplankilometer erhöht. Zudem konnten mit den Nachbarlandkreisen Rhein-Neckar und Main-Tauber zwei vom Land Baden-Württemberg geförderte Regiobuslinien auf pendlerrelevanten Verkehrsachsen eingeführt werden. Damit hat der ÖPNV im Kreis eine bisher noch nie dagewesene Dimension erreicht.

Weite Räume – schlechter Nahverkehr?

Die von vielen Menschen wegen ihrer Natürlichkeit geschätzten weiten Räume im Neckar-Odenwald-Kreis standen in der Vergangenheit oft in Konflikt mit attraktiven Nahverkehrsverbindungen. Ob dies unweigerlich der Fall sein muss oder ob eine Ausweitung öffentlicher Mobilität nicht genau dort sogar mehr denn je notwendig ist, das war die Leit-

frage, die sich die Verantwortlichen in der Kreisverwaltung mit Landrat Dr. Achim Brötel an der Spitze vor der Fortschreibung des Nahverkehrsplans im Jahr 2017 stellten.

Und mit genau dieser Fragestellung wurde daher die Nahverkehrsberatung SüdWest beauftragt. Sie sollte untersuchen, wo sich im Landkreis Defizite erkennen und optimieren lassen oder sich auch neue Nachfragepotentiale oder Verkehrsalternativen ergeben. In

einer ersten Bewertung war festzustellen, dass auf verschiedenen Verkehrsachsen bereits gute Nachfragerwerte gegeben waren, in anderen Bereichen hingegen außer den Schülerinnen und Schülern kaum jemand mitfuhr. Die sehr große West-Ost-Ausdehnung des Kreises und die Größe von 1126 Quadratkilometern stellten die Nahverkehrsplaner dabei vor große Herausforderungen.

Bestandsaufnahme

Der Neckar-Odenwald-Kreis hat dank seiner zentralen Lage zwischen den Oberzentren Heidelberg, Mannheim und Heilbronn, aber auch der Nähe zum bayerischen Würzburg gute Schienenpersonenverkehrsverbindungen.

So bedient die S-Bahn Rhein-Neckar die Bahnstrecke Heidelberg–Mosbach–Osterburken, im Neckartal verläuft der Regionalexpress Heilbronn–Mannheim sowie die Stadtbahn Heilbronn, im östlichen Teil der Regionalexpress Stuttgart–Würzburg und die Regionalbahnen von Osterburken nach Heilbronn/Stuttgart und zwischen Seckach und der bayerischen Landesgrenze in Richtung Miltenberg die Madonnenlandbahn. Während auf den bedeutendsten Schienenverbindungen nahezu im Stundentakt gefahren wird, die S-Bahnen zwischen Heidelberg und Mosbach sogar halbstündig, bleibt auf Teilen der Bahnverbindungen der Angebotsstandard jedoch immer noch hinter dem Stundentakt zurück.

Im Buslinienverkehr innerhalb des Landkreises verkehrten bislang 28 Buslinien. Die verkehrliche Ausrichtung erfolgte an die Mittelzentren Mosbach und Buchen sowie die regionalen Schulstandorten aber auch die im Landkreis wichtigen Bahnhaltdepunkte wurden berücksichtigt.



Cover Nahverkehrsplan

Die überwiegende Anzahl verkehrt je nach regionaler Ausrichtung im Stunden- bzw. Zwei-Stunden-Takt und wird durch etliche Verbindungen aus dem Schülerverkehr ergänzt. Darüber hinaus hält der Landkreis schon seit 20 Jahren ein nahezu flächendeckendes Ruftaxi-Angebot für seine Einwohner vor. Gerade das Ruftaxi spielt in den Tagesrandlagen eine tragende Rolle bei der Anbindung der ländlichen Regionen.

Alle Angebote wurden im Rahmen einer Bestandsanalyse überprüft. Erkennbares Ergebnis aus dieser Betrachtung: Mehr Mobilität im ländlichen Raum benötigt ein Mehr im ÖPNV-Angebot. Aber nicht nur die Angebote wurden in dieser Analyse betrachtet, auch bei Infrastruktur und Fahrzeugeinsatz erfolgte ein näheres Hinsehen. Sowohl die Haltestelleninfrastruktur als auch die bislang eingesetzten Fahrzeuge entsprachen größtenteils nicht den barrierefreien Vorgaben des Personenbeförderungsgesetzes. Aus dieser Bestandsbetrachtung heraus ergaben sich folglich Maßnahmen in Angebot und Infrastruktur.

Die Angebotsverbesserung sah neben den beiden Regiobuslinien zwischen Mosbach und Sinsheim sowie Buchen und Tauberbischofsheim folgende Eckpunkte für das Busangebot vor:

- Durchgestaltung der raumplanerischen Taktvorgaben entsprechend der Angebotsstandards zu Ein-Stunden- und Zwei-Stunden-Takten zwischen 6 und 18/20 Uhr
- Ergänzung der Taktverkehre durch besondere Schülerkurse zu den Schulzeiten
- konsequente Durchbindung der Linienverläufe an die jeweiligen Endhaltepunkte; Verstetigung der Linienwege
- Bedienung sämtlicher wichtiger Bahnhaltelpunkte der Berufspendler- und Schülerbeziehungen
- Ausweitung des Ruftaxi-Verkehrs in den Tagesrandlagen und an Wochenenden zu einem Zwei-Stunden-Takt,

sofern kein Regel-ÖPNV-Angebot zur Verfügung steht

- Umstellung beim Fahrzeugeinsatz auf neue barrierefreie Niederflurfahrzeuge.

Hinsichtlich der Barrierefreiheit empfahl die Fortschreibung des Nahverkehrsplans die Umgestaltung sämtlicher Bushaltestellen anhand einer Priorisierung in Anlehnung an deren Bedeutung und Lage, aber auch der Bedienungskategorie der Busverkehre. Um die Gemeinden hierbei finanziell zu unterstützen, legt der Landkreis ein Förderprogramm zur Umgestaltung barrierefreier Bushaltestellen auf. Die Maßnahmenpakete wurden angebotsseitig zusätzlich mit circa 985 000 Euro im Nahverkehrsplan veranschlagt. Die kommunalen Investitionskosten der Städte und Gemeinden zu Umbau und Umgestaltung der Haltestellen unterstützt der Landkreis zudem mit 270 000 Euro pro Jahr bis einschließlich Ende 2021.

ÖPNV-Verkehrsvertrag 2019

Konkret umgesetzt wurden die beschlossenen Angebotsmaßnahmen vor allem in der Linienbündelausschreibung Mosbach und Buchen zum Betriebsstart am 1. April 2019. Dabei wurden alte Umlaufschemata des durchführenden Verkehrsunternehmens auf Basis dienstplanorientierter Fahrpläne verändert. Insbesondere aber orientierte man sich durch die Verstetigung von Linienwegen, die Umsetzung raumplanerischer Taktvorgaben und die konsequenten Durchbindungen zu allen Endhaltestellen sowie weitere Optimierungen im Schüler- und Ergänzungsverkehr an dem gemeinsamen Ziel: Mehr Lebensqualität durch ein gutes ÖPNV-Angebot, wie es auch Landrat Dr. Brötel bei der Einbringung des Haushalts im Herbst 2018 formulierte. Und mit einer Angebotsausweitung um circa 20 Prozent gegenüber der bisherigen Grundverkehrsleistung allein in den beiden großen Buslinien-

bündeln Mosbach und Buchen, also einem Plus von rund 762 000 Fahrplankilometern, ist man diesem Ziel schon einen großen Schritt näher gekommen.

Zwei Regiobuslinien

Um die Straßen zwischen den Mittelzentren Mosbach und Sinsheim sowie Buchen und Tauberbischofsheim vom Individualverkehr zu entlasten, wurden zudem zusammen mit den Nachbarkreisen Rhein-Neckar und Main-Tauber mit dem neuen Verkehrsvertrag auch gleich zwei Regiobuslinien in Auftrag gegeben. Die beiden vom Land geförderten Linien erhöhen die ÖPNV-Leistung nochmals auf dem Gebiet des Neckar-Odenwald-Kreises um 409 000 Fahrplankilometer. Gerade Pendler, aber auch Schülerinnen und Schüler profitieren seitdem sehr von diesem Angebot. Insgesamt bewegt der Neckar-Odenwald-Kreis damit jährlich über 5 Millionen Fahrplankilometer im Buslinienverkehr auf seinem Kreisgebiet.

Ruftaxi-Neukonzept 2020

Das Ruftaxi-System mit insgesamt 23 Linien und einer Laufleistung von rund 870 000 Fahrplankilometern ergänzt schon bislang den straßen- und schienengebundenen ÖPNV. Das Neu-



Ein Regiobus, der zwischen Sinsheim und Mosbach pendelt

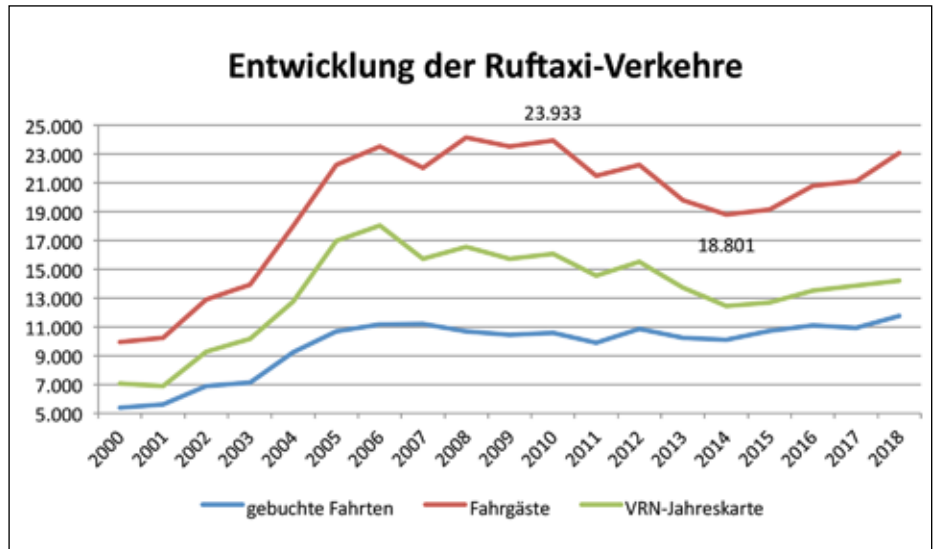
konzept sieht darauf aufbauend jetzt vor, alle Linien auf einen Zwei-Stunden-Takt anzuheben und den Bürgerinnen und Bürgern somit auch in Tagesrandlagen, an Wochenenden und an Feiertagen mehr Alternativen anzubieten, sofern kein ÖPNV-Regelangebot zur Verfügung steht. Mit einer Umsetzung des Ruftaxi-Konzepts würde sich der Leistungsumfang im kommenden Jahr um circa 58 Prozent erhöhen, was einer Fahrleistung von insgesamt 1,3 Millionen Fahrplankilometern jährlich entspricht.

Das Ruftaxi wird digital

Mit dieser Angebotsausweitung entsteht zwangsläufig auch ein höheres Maß an Verwaltungstätigkeit. Daher hat der Neckar-Odenwald-Kreis in Kooperation mit dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar bereits frühzeitig ein digitales Buchungs- und Abrechnungssystem eingeführt. Dieses lässt einerseits die Buchung auf ganz herkömmliche Art per Telefon über einen Callcenter zu, unterstützt aber auch die Buchung mittels VRN-App oder direkt aus der Fahrplanauskunft. Auch für die internen Prozesse wie Fahrtübermittlungen, Abrechnungen und die Erstellung von Statistiken bedeutet dies eine deutliche Verbesserung. Der digitale Wandel hat hier also bereits spürbar begonnen.

Schienenpersonennahverkehr – Status quo

Zunächst startete das Erfolgsmodell S-Bahn Rhein-Neckar zum Fahrplanwechsel im Dezember 2003. Erstmals wurden die kommunale Seite, der Landkreis, aber auch die Städte und Gemeinden aktiv in ein Schienenverkehrsprojekt einbezogen. So wurden alle an der Strecke liegenden Bahnsteige bis zum Endpunkt in Osterburken auf eine barrierefreie Höhe und technisch auf den aktuellsten Stand gebracht. Dies erfolgte in der planerischen und finanziellen Verantwortung der Städte



Entwicklung der Ruftaxi-Verkehre im Neckar-Odenwald-Kreis

und Gemeinden. Der Landkreis koordinierte das Verfahren zwischen den verschiedenen Akteuren und beteiligte sich in Millionenhöhe bei der Fahrzeugfinanzierung. Im Juni 2010 nahm schließlich das Los 2 der S-Bahn Rhein-Neckar im Schwarzbachtal bis Aglasterhausen (S 51) den Betrieb auf. Auch hier unter kommunaler Mitfinanzierung. Die S-Bahn Rhein-Neckar war damit vollends im

Neckar-Odenwald-Kreis angekommen. Unter schwierigen Voraussetzungen nahm die Stadtbahn Heilbronn und deren Nordast schließlich im Dezember 2014 ebenfalls den Fahrbetrieb auf, wodurch nunmehr direkte stündliche Verbindungen von der Großen Kreisstadt Mosbach bis an den Heilbronner Hauptbahnhof möglich wurden. Durch die Beteiligung am Mobilitätspakt Heilbronn/



Kreiskarte Schienenverkehr und Regiobusse

Neckarsulm im Jahr 2017 wurden weitere Verbesserungen auf der Stadtbahnstrecke sowie auf der Frankenbahn mit Direktverbindungen von Stuttgart nach Mosbach für die SPNV-Nutzer erreicht. Nicht vergessen werden dürfen die Maßnahmen zum Erhalt der Krebsbachtalbahn, die in Hüffenhardt endet und offiziell Ende 2009 für den Personenverkehr stillgelegt worden war. Seit dieser Zeit ist der Neckar-Odenwald-Kreis aktiv dabei, die Strecke gemeinsam mit weiteren Mitstreitern zu erhalten. Was bislang mit Erfolg gelungen ist: Seit Juni 2010 findet dort über die Sommerzeit zumindest ein touristischer Freizeitverkehr statt.

Kreistag fordert mehr Takt und Qualität

Die zunehmend auch in der Öffentlichkeit geführte Diskussion über die Mobilität der Zukunft hat den Fokus innerhalb des Landkreises auf das größte Verkehrssystem und das Grundgerüst für den hiesigen Nahverkehr gelenkt: die Schiene. Parallel zum benachbarten bayerischen Landkreis Miltenberg hat daher der Kreistag des Neckar-Odenwald-Kreises im Dezember 2017 mit dem Positionspapier „Zukunft Schiene – Mehr Takt und Qualität für den Neckar-Odenwald-Kreis“ gegenüber dem SPNV-Aufgabenträger Land konkrete Vorschläge und Forderungen zur nachhaltigen Verbesserung des Fahrplangebotes und der infrastrukturellen Gegebenheiten unterbreitet. Im weiteren Verlauf wurden die Aktivitäten gemeinsam mit dem benachbarten Main-Tauber-Kreis und den Anrainerkommunen beider Landkreise an der Frankenbahn (Adelsheim, Osterburken, Rosenberg, Ahorn, Boxberg, Lauda-Königshofen, Grünsfeld, Wittighausen) intensiviert: Ein gemeinsames Forderungspapier zur vernachlässigten Frankenbahn wurde unter Beteiligung von zahlreichen Unterstützern aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Verbänden an Verkehrsminister Winfried Hermann MdL übersandt. Im Folgenden wurde

Positionspapier Schiene (Dezember 2017) – zentrale Forderungen

- 1. Neckartal**
 - Stündliche umstiegsfreie RE-Verbindungen im Neckartal zwischen Mannheim und Stuttgart
- 2. Frankenbahn**
 - Regelmäßige stündliche RB-Verkehre Osterburken–Lauda und Osterburken–Heilbronn
 - Regelmäßige stündliche RE-Verkehre zum Anschluss an den Fernverkehr in Stuttgart und Würzburg
 - Durchgängiger zweigleisiger Ausbau der Strecke (Beseitigung von Engstellen) als Garant für einen stabilen Betriebsablauf
- 3. S-Bahn**
 - Einführung von S-Bahn-Sprintern zwischen Osterburken und den Ballungszentren der Metropolregion Rhein-Neckar
 - Durchgängiger Halbstundentakt auf der S-Bahn bis Osterburken
 - Zügiger Ausbau des Knotens Mannheim/Heidelberg für mehr Fahrplanstabilität im gesamten S-Bahn-Netz
- 4. Madonnenlandbahn**
 - Rücknahme von Angebotsverschlechterungen und Vermeidung des „Fahrplanbruchs“ in Walldürn durch den Ausschreibungsfahrplan ab Dezember 2019
 - Herstellung stündlicher Regelanlüsse am Bahnhof Seckach an die S-Bahn Rhein-Neckar in Richtung Mosbach und zum Fernverkehr nach Stuttgart oder Würzburg
 - Durchgängig schnellere Verbindungen in den Rhein-Main-Raum
 - S-Bahn-ähnlicher Ausbau der Strecke

eine große Demonstrationsfahrt im Juli 2018 auf der Frankenbahn zwischen Osterburken und Lauda unter Beteiligung von mehreren tausend Menschen aus der Bevölkerung und zahlreichen Medienvertretern durchgeführt. Das hat durchaus Wirkung gezeigt. Das Land hat auf dem Streckenabschnitt zwischen Osterburken und Lauda jetzt nämlich einen dreijährigen Probetrieb auf der Schiene in Aussicht gestellt.

Zukunftsuntersuchung Madonnenlandbahn

Ein jahrzehntelanges Sorgenkind stellt die landesgrenzenübergreifende Schienenstrecke zwischen dem badischen Seckach und dem bayerischen Miltenberg dar. Die gut 43 Kilometer lange Strecke stand schon häufiger als Stilllegungskandidat auf der Kippe, letztmals 2006. Nachdem sie nunmehr in einem Ausschreibungsverfahren des Landes bis 2031 mit einem völlig unattraktiven Fahrplanangebot erneut an den Altbetreiber vergeben wurde, hat sich auch hier Widerstand in der Region formiert. Da sich das Land aufgeschlossen gezeigt hat, wurde mit dessen Beteiligung, des Freistaats Bayern, des Landkreises Miltenberg, des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar und des Eisenbahnverkehrsunternehmens unter Federführung des Neckar-Odenwald-Kreises im Frühjahr 2019 eine „Zukunftsuntersuchung Madonnenlandbahn“ in Auftrag gegeben. Ziel soll sein, alle planerischen, verkehrlichen und infrastrukturellen Gesichtspunkte der Strecke zu analysieren und, um diese zukunftsfähig zu machen, konkrete Handlungsempfehlungen auszusprechen. Das Untersuchungsergebnis soll Ende des Jahres 2019 vorliegen.

ÖPNV-Zukunftskongress mit Minister Winfried Hermann MdL

Um den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises sowohl die Ergebnisse aus der Nahverkehrsplanung zu vermitteln,

aber auch all die Anstrengungen, die der Landkreis außerhalb seiner originären Aufgabenhoheit unternimmt, zu verdeutlichen, führte das Landratsamt im Spätsommer 2018 erstmalig einen ÖPNV-Zukunftskongress in Mosbach durch. Die Teilnehmer des Kongresses durften sich neben einem abwechslungsreichen Vortragsprogramm insbesondere auf Verkehrsminister Winfried Hermann MdL freuen. Dieser ging auf die „Nachhaltige Mobilitätspolitik für Bahnen und Busse auch für den ländlichen Raum“ ein und zeigte auf, wo und wie die Landesregierung Chancen für eine Entwicklung des ÖPNV sieht. Eine anschließende Diskussionsrunde brachte zudem weitere Ansätze und Ideen zu Tage.

Elektrische Linienbusse als Kongressbegleiter

Im Anschluss lud Landrat Dr. Brötel zu einem Messerundgang ein. Insgesamt drei vollbatterieelektrische Linienbusse und ein Standardlinienbus der neuesten Generation wurden im Innenhof des Landratsamtes präsentiert. Neben dieser „Hardware“ informierten der Verkehrsverbund Rhein-Neckar, die Abteilung ÖPNV des Neckar-Odenwald-Kreises,



E-Bus vor dem Landratsamt

der Heilbronner Verkehrsverbund, sowie die Schienenverkehrsbetreiber DB Regio Mitte S-Bahn Rhein-Neckar und Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG) über deren Angebot. Auch die neuen im Bunde, GoAhead und Abellio, die ab Dezember 2019 die Verkehre auf der Frankenbahn und im Neckartal übernehmen werden, waren erstmals publikumswirksam im Kreis vertreten.

Wandel, Umwelt und Alternativen

Nach Ministerrede und Messerundgang folgten die weiteren Beiträge des ÖPNV-Kongresses. So berichtete der Geschäftsführer des Verkehrsverbunds Rhein-Neckar (VRN), Volkhard Malik, über den Wandel des VRN vom klassischen Verkehrs- zum Mobilitätsverbund, und der Geschäftsführer der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg, Volker M. Heepen, beleuchtete den Status quo im Schienenverkehr und den Weg zum so genannten „Zielkonzept 2025“ des Landes. Dem straßengebundenen ÖPNV im Kreis widmete sich Dietmar Maier von der NahverkehrsBeratung Südwest, der die aktuelle Nahverkehrsplanung vorstellte.

Hochrelevante Zukunftsthemen besprach dann Marcel Corneille vom EMCEL Ingenieurbüro für Brennstoffzelle, Wasserstofftechnologie, Elektromobilität. Er zeigte auf, welche Möglichkeiten die Elektromobilität im öffentlichen Verkehr bietet, während Christian Wühl (VRN) abschließend alternative Bedienformen wie Ruftaxi, Bürgerbusse oder Car-Sharing im ländlichen Raum präsentierte.



Verkehrsminister Winfried Hermann MdL und Landrat Dr. Achim Brötel mit Fraktionsvorsitzenden und Abgeordneten des Landkreises

Mobilität: Schlüsselfaktor der Daseinsvorsorge

Wie kaum ein anderes Thema beherrscht die Mobilität derzeit die Diskussionen im Neckar-Odenwald-Kreis. Denn Landrat, Verwaltung und Kreistag sehen darin einen der großen Handlungsschwerpunkte für die kommenden Jahre. „Wer in der Zukunft ankommen will, muss mobil sein“, betonte Landrat Dr. Brötel im Herbst 2018 und forderte im Kreistag eine ganz neue Denkweise: „Mobilität ist so gesehen nichts anderes als ein Schlüsselfaktor der Daseinsvorsorge. Falls wir

das bisher noch nicht alle so gesehen haben sollten, müssen wir deshalb einfach umdenken.“ Das gelte natürlich für alle Verkehrswege gleichermaßen. „Straße, Schiene, Wasser, Luft und Datenautobahn. Alle verdienen gleichermaßen unsere Aufmerksamkeit.“

Mit der neuen Nahverkehrsplanung wurde schon ein bedeutender und mit Sicherheit nachhaltiger Schritt gemacht. Alternative Bedienformen, die zunehmende Digitalisierung, der Abbau von Zugangsbarrieren und moderne Fahrzeugtechnologien sind die nun anstehenden Herausforderungen. Dazu

gesellen sich veränderte Bedarfe und ein gewandeltes Nutzerverhalten. Vieles wurde hier in den vergangenen zwei Jahren schon bewegt, für alles andere sieht sich der Kreis dank intensiver Vorarbeit inzwischen aber auch sehr gut gerüstet.

Dirk Schäfer ist tätig im Bereich Öffentlicher Personennahverkehr, Schülerbeförderung, Jan Egenberger in der Stabsstelle Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis

„Gemeinsam vorausschauen, Neues ausprobieren und auch mal querdenken“

Der Rems-Murr-Kreis fördert nachhaltige Mobilität auf innovative Weise

Von Leonie Ries, Waiblingen

Rund ein Drittel der kreisweiten CO₂-Emissionen werden im Rems-Murr-Kreis durch den Verkehrssektor verursacht. Maßgeblich lassen sich diese Emissionen auf den motorisierten Individualverkehr zurückführen. Der Landkreis hat daher einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Förderung nachhaltiger Mobilitätsformen gelegt. „Gemeinsam vorausschauen, Neues ausprobieren und auch mal querdenken lautet dabei unsere Devise“, so Landrat Dr. Richard Sigel.

Der Rems-Murr-Kreis mit seiner Nähe zu Stuttgart und seinen teilweise sehr ländlichen Gegenden steht dabei vor besonderen Herausforderungen. Angebote des öffentlichen Nahverkehrs unterscheiden sich stark zwischen den städtischen und ländlichen Regionen des Landkreises. Im letzten Jahr hat der Rems-Murr-Kreis

durch die Neuvergabe vieler Busbündel einen großen Schritt nach vorne gemacht. Die lokalen Busfirmen, die bei den Ausschreibungen zum Zuge kamen, haben deutliche Mehrleistungen angeboten. Im nächsten Jahr werden im Landkreis 1,2 Millionen Buskilometer mehr gefahren als bisher. Das ist besonders für die ländlichen Regionen ein echter Mehrwert. In Kombination mit der VVS-Tarifzonenreform vom 1. April 2019 ist das Bus- und Bahnfahren für viele günstiger und spürbar attraktiver geworden.

Radwegekonzept

Neben den Bemühungen im ÖPNV setzt sich der Rems-Murr-Kreis zunehmend für die Förderung der Radmobilität ein. Radfahren ist neben Laufen die nachhaltigste Form der Mobilität. Deshalb stärkt der Landkreis mit verschiedenen Maßnahmen und Projekten den Freizeit- und

Alltagsradverkehr. Dafür hat die Kreisverwaltung eine eigene Stabsstelle Radwege eingerichtet, die den Radwegbau voranbringt. Die Radwegekordinatorin arbeitet an einem kreisweiten Radwegkonzept. In Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden, den Nachbarlandkreisen sowie dem ADFC hat sie ein Radwegenetz entworfen. Die Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, sich aktiv einzubringen: Auf einer Online-Plattform (www.radfahren-im-rmk.de) können sie Lücken, fehlerhafte Beschilderungen und Schlaglöcher melden sowie Wünsche zur Streckenführung äußern. Bisher sind bereits über 600 Meldungen eingegangen.

Ein erster Erfolg in Sachen Radwege ist erreicht: Der Remstal-Radweg – bei Alltags- und Freizeitradlern gleichermaßen beliebt – ist als ADFC-Qualitätsradroute mit vier Sternen ausgezeichnet worden. Die Beliebtheit des Remstal-Radwegs



Bild 1: Meldeportal zum Radwegenetz

zeigt, wie wichtig diese Radachse ist. Deshalb hat sich der Rems-Murr-Kreis zum Ziel gesetzt, eine Radschnellverbindung im Remstal zu schaffen. Eine Machbarkeitsstudie zu einer möglichen Verbindung zwischen Schorndorf und Fellbach ist bereits abgeschlossen: Das Ergebnis lässt hoffen.

Stadtradeln

Das Bewusstsein für das Verkehrsmittel Fahrrad zu fördern, ist Ziel der bundesweiten Kampagne Stadtradeln. Nachdem die Städte Schorndorf, Fellbach und Waiblingen bereits seit Jahren erfolgreich teilnehmen, bietet der Landkreis das Projekt jetzt auch kreisweit an. Im dreiwöchigen Aktionszeitraum sollen möglichst viele Kilometer mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Bereits eine Woche vor dem Aktionszeitraum sind über 350 Teilnehmer in mehr als 70 Teams gemeldet. Wenn diese durch Stadtradeln feststellen, dass man für viele Strecken auf das Auto verzichten kann, ist viel erreicht. Mit jedem Kilometer, der geradelt anstatt Auto gefahren wird, werden 0,142 Kilogramm CO₂ eingespart. Radfahren ist aktiver Klimaschutz – deshalb hat der Rems-Murr-Kreis das Projekt in sein drittes Klimaschutz-Handlungsprogramm aufgenommen.

Bike & work

Zu den Alltagsstrecken, die mit dem Fahrrad zurückgelegt werden können, gehört für viele auch der Weg zur Arbeit. Diesem Thema widmet sich das Landratsamt seit 2013 mit dem Projekt bike & work. Die Klimaschutz-Experten im Landratsamt unterstützen in diesem Projekt Betriebe im Rems-Murr-Kreis dabei, fahrradfreundlicher zu werden und damit Anreize für eine verstärkte Fahrradmobilität zu setzen. Eine Projektrunde geht jeweils über ein Jahr, teilnehmen können bis zu zehn Betriebe. Es besteht aus drei Bausteinen:

- 1) In Workshops vermittelt ein Mobilitätsberater Grundwissen zur Radmobilität und stellt Best-Practice-Beispiele vor. Die Workshops fördern auch den Austausch zwischen den Firmen im Landkreis.
- 2) Zudem findet in jedem teilnehmenden Unternehmen eine Betriebsbegehung statt, in denen ein Mobilitätsberater die jeweils aktuelle betriebliche Fahrradinfrastruktur und deren Verbesserungspotential ermittelt.
- 3) Der dritte Baustein ist eine Mitarbeitenden-Befragung. Mit dieser werden das Mobilitätsverhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihre Wünsche an die betriebliche Fahrradmobilität erfasst.

Jeder teilnehmende Betrieb erhält dann einen individuellen Aktionsplan mit Handlungsempfehlungen zur Optimierung der betrieblichen Fahrradinfrastruktur. Der Umbau oder die Erweiterung von Abstellmöglichkeiten, die Beschaffung von Dienstpedelecs und Fahrradausrüstung, Fahrrad-Aktionstage und die Einrichtung von Duschen und Umkleiden sind nur einige Beispiele.

Das Projekt zeigt Erfolg: Mehr als 40 Unternehmen im Landkreis – darunter namhafte wie Stihl ebenso wie viele Mittelständler und Behörden – haben bereits teilgenommen und sind dadurch spürbar fahrradfreundlicher geworden. Neben dem aktiven Klimaschutz ist die Gesundheitsförderung der Mitarbeiter ein weiterer positiver Effekt des Projekts.

Das Landratsamt hat selbst bereits mit mehreren Liegenschaften am Projekt teilgenommen und die Fahrradfreundlichkeit spürbar verbessert: mit sicheren Abstellplätzen, Duschen und Umkleiden. Zukünftig soll es auch Ladesäulen für E-bikes geben. Das sind nur einige Bausteine eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts der Kreisverwaltung – als ein Beitrag zum Klimaschutz und ein Schritt in Richtung Mobilität der Zukunft. Dazu gehört auch die Neuausrichtung des dienstlichen Fuhrparks, die vom Bundesverkehrsministerium mit 505 000 Euro unterstützt wird.

Fahrrad2Go – betriebliche Fahrradförderung in Unternehmen

Die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel ist eine Herausforderung bei der Förderung nachhaltiger Mobilitätsformen. Ein Beispiel dafür ist das innovative Fahrradmitnahmeprojekt Fahrrad2Go. Auf vier Buslinien im Rems-Murr-Kreis fahren speziell ausgerüstete Busse, mit denen die Fahrradmitnahme ganz einfach funktioniert. So können Fahrradfahrer bequem mit dem Bus den Berg hochfahren und oben weiter radeln.



Für Fahrrad2Go hat der Rems-Murr-Kreis erst kürzlich den Deutschen Fahrradpreis in Bronze in der Kategorie Service gewonnen. Nach dem ÖPNV-Innovationspreis des Landes Baden-Württemberg 2015 ist der Deutsche Fahrradpreis 2019 nun die zweite Auszeichnung für das Projekt Fahrrad2Go. Der Preis wurde in Anwesenheit von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer am 13. Mai auf dem Nationalen Radverkehrskongress 2019 in Dresden verliehen.

„Der Deutsche Fahrradpreis ist für mich ein Feedback und Gütesiegel, dass der Landkreis mit Fahrrad2Go einen innovativen Beitrag für eine Verknüpfung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel Bus und Fahrrad leistet“, sagt Landrat Dr. Richard Sigel. „Das Geld aus dem kreisweiten Klimaschutzkonzept haben wir hier gut und richtig angelegt.“ Gefördert



wurde das Projekt im Rahmen des Programms Nachhaltige Mobilität auch von der Region Stuttgart. „Ein Dank geht ebenso an die Busunternehmen und die teilnehmenden Kommunen entlang der vier Fahrrad2Go-Linien im Kreisgebiet, denen ein großer und wichtiger Anteil am Erfolg des Projekts gebührt“, so der Landrat weiter.

Fahrrad2Go ist in Deutschland und darüber hinaus einzigartig: Bis zu zehn Fahrräder können in einem Linienbus sicher und unkompliziert transportiert werden. Die Besonderheit der Fahrrad2Go-Busse ist ein absenkbarer Heckträger, den der Rems-Murr-Kreis gemeinsam mit dem

Busunternehmen OVR aus Waiblingen und Studenten der Fachhochschule für Technik in Esslingen entwickelt hat. Dank einer Hydraulikeinrichtung können Fahrgäste die Ladefläche selbst absenken. Dadurch können Fahrräder mit relativ geringem Kraftaufwand in die fünf Fahrradhalterungsschienen gestellt werden. Im Inneren der Busse stehen weitere Halterungen für bis zu fünf Fahrräder zur Verfügung.

Rems-Murr-Mobilitätstage

Nachhaltige Mobilität stand auch im Fokus der ersten Rems-Murr-Mobilitäts-





Verkehrsdezernent Stefan Hein, Staatssekretär Dr. André Baumann und Radwegekoordinatorin Karen Fischer am Stand auf den Mobilitätstagen (von links)

tage. Erfahren, Staunen, Ausprobieren war dabei das Motto. Im Rahmen der Remstal Gartenschau hat der Rems-

Murr-Kreis sich am ersten Juni-Wochenende zusammen mit seinen Projektpartnern, der Stadt Waiblingen, dem

Eisenbahn-Treffpunkt Schweickhardt und dem Omnibus-Verkehr Ruoff, diesem Thema gewidmet. Vom Meldeportal zum Radwegenetz, über Stadtradeln, bike & work und die vielen schönen Freizeit-Radrouten konnten sich interessierte Bürgerinnen und Bürger über viele nachhaltige Mobilitätsthemen informieren. Daneben konnte vieles aktiv ausprobiert werden. Kostenfreie Fahrradreparaturen im Repair-Café wurden ebenso gern genutzt wie der Fahrradsicherheitscheck durch den ADFC und der Fahrradparcours des Württembergischen Radsportverbands. Verschiedene E-Autos, ein E-Bus sowie Fahrrad2Go standen zur Besichtigung bereit.

Leonie Ries ist Pressesprecherin des Landratsamts Rems-Murr-Kreis

Landkreis Ravensburg wird elektrisch mobil

Die Elektromobilität leistet einen wichtigen Beitrag bei der Reduzierung von CO₂-Emissionen sowie weiterer Schadstoffe und Lärm. Mit vielseitigen Bemühungen hat sich der Landkreis Ravensburg nicht nur zum Ziel gesetzt, selbst elektrisch mobil zu werden, sondern auch als gutes Beispiel voranzugehen und die Elektromobilität stärker in den Fokus und die Wahrnehmung der Öffentlichkeit zu rücken.

Bereits seit einigen Jahren haben Mitarbeitende des Landratsamtes die Möglichkeit, sich bei Dienstfahrten elektrisch fortzubewegen. Seit 2013 gehört ein Smart Fortwo Electric zum zentralen Fahrzeugpool, 2016 kamen zwei geleaste BMW i3 dazu. Auch Landrat Harald Sievers, der selbst überzeugter E-Autofahrer ist, fährt seit 2018 mit einem Plug-In-Hybrid zu seinen Terminen. In diesem

Jahr machte die Kreisverwaltung nun einen weiteren großen Schritt in Richtung CO₂-, schadstoff- und lärmreduzierter Antrieb. So ersetzen seit März 2019 zehn Elektrofahrzeuge des Modells Nissan Leaf die zuvor geleaste benzinbetriebenen Fahrzeuge im kreiseigenen Fuhrpark. Angeschafft wurden diese im Rahmen des Projektes „Energieversorgung Schul- und Verwaltungsquartier Ravensburg“, das durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu 50 Prozent gefördert wird. Um den Mitarbeitenden die Angst vor dem Unbekannten zu nehmen, wurden mehrfach Einweisungen und Testfahrten mit den neuen E-Fahrzeugen angeboten.

Zeitgleich wurde das benzin- bzw. gasbetriebene Fahrzeug, mit dem der interne Postverkehr zwischen den verschiedenen Gebäuden und Außenstellen im Landkreis abgewickelt wird, durch einen elek-

trischen StreetScooter Work Box ersetzt. Bei einer Gesamtjahresfahrleistung des Postfahrzeuges von rund 11500 Kilometern werden allein dadurch jährlich 1541 Kilogramm CO₂-Emissionen eingespart. Die Anschaffungskosten wurden als „Ausgewählte Klimaschutzmaßnahme“ zur Hälfte durch Bundesmittel gefördert.

Insgesamt verfügt der Landratsamt-Fuhrpark damit mittlerweile über zwölf E-Fahrzeuge. Doch die Bediensteten sind nicht nur auf vier Rädern elektrisch unterwegs. Auch zwei Pedelecs und zwei E-Bikes stehen ihnen für ihre Dienstfahrten zur Verfügung. „Weil die Ökobilanz eines Elektrofahrzeuges nur dann deutlich besser ist als bei konventionellen Fahrzeugen, wenn regenerativ erzeugter Strom zum Laden verwendet wird, werden die E-Fahrzeuge zu 100 Prozent mit Ökostrom versorgt“, betont Landrat Harald Sievers.



V.l.n.r.: Landrat Harald Sievers, Christian Ebner vom Autohaus Ebner, Baienfurt, und Hauptamtsleiter Thomas Riesch bei der Inbetriebnahme der neuen Elektrofahrzeuge

Ziel ist es, die schrittweise Umrüstung des kommunalen Fuhrparks auf einen elektrifizierten Fahrzeugpool fortzuführen und den Ausbau der Elektromobilität im Landkreis zu unterstützen. Dazu gehört auch die flächendeckende Verdichtung des Ladeinfrastrukturnetzes, denn trotz der hohen Reichweite heutiger E-Fahrzeugmodelle – der Nissan Leaf hat eine praxiserprobte Reichweite von 285 Kilometern – ist die Angst vor dem Stehenbleiben immer noch weit verbreitet. Ein ländlich orientierter Flächenlandkreis mit zum Teil großer Zersiedelung unterstreicht dieses Gefühl. Deshalb hat der Landkreis Ravensburg Ende 2018 zwei öffentlich zugängliche

Schnellladestationen in Wangen im Allgäu und Leutkirch im Allgäu eröffnet. Auch hier bewilligte das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wieder einen Zuschuss von etwa 40 Prozent der Anschaffungs- und Installationskosten. Die Schnellladestationen bieten zwei Gleichstrom-Anschlüsse mit je 50 Kilowatt sowie einen Anschluss mit bis zu 43 Kilowatt für das Wechselstrom-Laden. Bereits nach rund 20 Minuten „tanken“ lässt sich mit fast jedem modernen Elektromobil wieder eine ordentliche Strecke zurücklegen, erläuterte Landrat Harald Sievers bei der Einweihung der ersten kommunalen Schnellladesäulen der Region. Betrieben

werden die beiden Ladesäulen von der EnBW, die aktuell zudem eine dritte öffentliche Schnellladestation vor dem Hauptgebäude des Landratsamts in Ravensburg aufbaut. Für den Zugang stehen den E-Mobilisten jeweils gleich mehrere Möglichkeiten zur Verfügung: per Ladekarte diverser Anbieter oder schnell und einfach mit der EnBW mobility+ App.

Ergänzt werden die Schnellladestationen durch sieben neue Normalladestationen, die Ende 2018 im Rahmen eines groß angelegten Projekts der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke (OEW) im Kreisgebiet aufgebaut wurden – drei davon an den Krankenhausstandorten der Oberschwabenklinik in Bad Waldsee, Ravensburg und Wangen. Die Idee dahinter: Mit Umkreisen von jeweils nur etwa 50 Kilometern um jede Ladesäule soll ein dichtes Netz an Lademöglichkeiten entstehen, um E-Mobilität auch im ländlichen Raum voranzubringen. Die Normalladestationen verfügen an je zwei Ladepunkten über eine Ladeleistung von 22 Kilowatt. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, mit einem „normalen“ Schutzkontakt-Stecker zu laden, dann allerdings nur mit einer Leistung von 3,7 Kilowatt. Auch bei diesem Projekt werden etwa 40 Prozent der Kosten vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur im Rahmen des Förderprogramms für den Aufbau von Ladeinfrastruktur in Deutschland übernommen.

Auch Pedelecs und E-Bikes müssen geladen werden. Deshalb hat der Landkreis Ladesysteme für Elektrofahräder an den kreiseigenen Ausflugszielen Bauernhausmuseum Allgäu-Oberschwaben Wolfegg und Schloss Achberg Ladesysteme installiert. Diese bestehen aus Schließfächern, in denen sich jeweils zwei Steckdosen befinden. Besucherinnen und Besucher können darin ihre Akkus mit dem eigens mitgebrachten Ladegerät aufladen und zusätzlich weitere Gegenstände wie Helm oder Gepäck sicher verstauen.



V.l.n.r.: Fuhrparkbeauftragter Helmut Hohl, Landrat Harald Sievers, Klimaschutzmanagerin Kerstin Dold und Hauptamtsleiter Thomas Riesch bei der Inbetriebnahme des neuen Elektro-Scooter



„So geht Bewegung heute“ Nachhaltige Mobilität bewegt Neubürgerinnen und Neubürger

Von Ingrid Kühnel, Schwäbisch Hall

Der Landkreis Schwäbisch Hall gehört mit rund 1500 km² zu den flächenmäßig großen Landkreisen in Baden-Württemberg. Die rund 190 000 Einwohner leben in 30 Städten und Gemeinden mit insgesamt 819 Wohnplätzen. Trotz der geringen Einwohnerdichte (128 EW/km²) gibt es ein gut ausgebautes Streckennetz mit 12 Bahnhöfen und über 2800 Haltestellen. Es werden jährlich über 17 Millionen Personenfahrten durchgeführt.

Oberstes Ziel der Gesellschafter des KreisVerkehrs ist es, mehr Menschen auf Dauer an den ÖPNV zu binden. Gerade in der Zeit, in der der demographische Wandel besonders im Schülerverkehr immer mehr zu spüren ist, kommt der Erschließung neuer Kundenpotentiale eine besondere Bedeutung zu. Neben einem ausgewogenen Fahrplanangebot und dem Bemühen um einen Qualitätsstandard, der den heutigen, hohen Ansprüchen genügt, stellt die Beseitigung von noch existierender Zugangshemmnissen/-barrieren eine große Zukunftsaufgabe dar.

Als Verbund sieht sich der KreisVerkehr inzwischen auch als Ansprechpartner für die Gesamtmobilität. Zu Fuß gehen, Radfahren, CarSharen, Taxi nutzen, Bus- und Bahnfahren und auch den Pkw zu nutzen zählen hierzu.

Projekthintergrund

Jedes Jahr ziehen über 7000 Menschen in den Landkreis Schwäbisch Hall. Sie sind besonders auf Informationen angewiesen, die den Alltag in ihrer neuen Gemeinde erleichtern. Die Mobilität spielt hierbei eine zentrale Rolle: Nach einem Umzug müssen alltägliche Wege zum Arbeitsplatz, zur Schule, zum Einkaufszentrum oder zu Behörden neu erkundet werden. Dabei wird das eigene Verhalten



bewertet und auch alternative Mobilitätsmöglichkeiten wie ein Umstieg auf den ÖPNV in Betracht gezogen.

Das Verkehrsministerium hat eine Förderung für baden-württembergische Kommunen und Verkehrsverbände ausgeschrieben. Zugezogene in Baden-Württemberg sollen besser über die alternativen Mobilitätsangebote am neuen Heimatort informiert werden. Unter anderem wurden wir, die KreisVerkehr Schwäbisch Hall GmbH, für die erste Runde des Förderprogramms ausgewählt und beim sogenannten Neubürgermarketing unterstützt.

Beim KreisVerkehr besteht das Neubürgerkonzept bereits seit 2010. Seither gibt der KreisVerkehr TestCards für Neubürger über die Anmeldung in den Bürgerämtern heraus, um auf die öffentlichen Verkehrsmittel im Landkreis aufmerksam zu machen.

Durch die Förderung des Verkehrsministeriums konnte das Neubürgermarketing beim KreisVerkehr weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Die Neubürgerinnen und Neubürger erhalten bei der Anmeldung im Bürgeramt ein kostenloses und umfassendes Informationsangebot zum Thema „Nachhaltige Mobilität“ im Landkreis und zur zugezogenen Gemeinde. Darüber hinaus werden auf der neu aufgebauten Mobilitätsplattform im Internet (beworben

durch einen Schreibblock im Design eines Tablets) weitere Informationen und Auskünfte angeboten.

Die Mobilitätsplattform www.neubuerger-sha.de bietet den Zugezogenen, aber auch alt-ingesessenen Bürgern, eine Zusammenfassung über die Mobilitätsmöglichkeiten vom Fußweg, über Fahrradwege, B+R- und P+R-Plätze, Bus, Bahn und Fahrgemeinschaften bis hin zu den nächstgelegenen Flughäfen – wie das Motto besagt: „So geht Bewegung heute“. Die Inhalte auf dieser Seite werden in vier Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch) angeboten. Die Website ist durch sein Responsive Design für mobile Endgeräte nutzbar und ist barrierefrei und nutzerfreundlich. Freigeschaltet wurde die Plattform Mitte Mai 2017.

Zusammenarbeit in der Region

Der KreisVerkehr arbeitete mit dem Landkreis Schwäbisch Hall, Kommunen, Tourismus, Verband ADFC, CarSharing-Anbietern, Mitfahrzentralen und Taxiunternehmen eng zusammen, damit die Neubürger eine Gesamtorientierung erhalten. Im Fokus steht die Information über alternative Möglichkeiten der Fortbewegung.

Beispielsweise wurden in den verschiedenen Rubriken auf der Website des

Hohenlohe + Schwäbisch Hall Tourismus e.V. die ÖPNV-Anbindungen der Veranstaltungen verfasst und aufgeführt. Mit dem ADFC wurden für die Gemeinden alle Alltagsradwege neu erfasst und unter www.radroutenplaner-bw.de/de digitalisiert, um eine nutzerfreundliche Infrastruktur zu schaffen. Dieser Teil war sehr aufwendig, trägt aber unheimlich vieles für das Projekt bei. Den Gemeinden wurde so eine Erfassung aller notwendigen Arbeiten zum Herstellen eines Radweg-Netztes überreicht.

Neben der Einarbeitung in den Radroutenplaner des Landes wurden die Daten auch in das Bürger GIS des Landkreises übernommen und steht für weitere Planungen zur Verfügung.

Aufbau und Inhalt der Mobilitätsplattform

Die Plattform ist in fünf Rubriken aufgebaut:

- **Ihre Gemeinde**
Informationen zu den einzelnen Gemeinden, sowie eine Karte von der Gemeinde mit der Übersicht der Haltestellen, Bahnhöfen, P+R- und B+R-Anlagen und Parkplätze und Ladestationen für die E-Mobilität
- **Bus und Bahn**
Tarifinformationen, Fahrplanauskünfte, Infos zum Ticketkauf, RufBus und Fernbusse, sowie Bahnhöfe und nächstgelegene Flughäfen
- **Rad- und Fußwege**
Informationen zu Radrouten, Radverleih und Service, B+R, Alltagsradwege, wie auch Wanderwege und Schulwegepläne
- **Auto und Fahrgemeinschaften**
Informationen zu CarSharing, Mitfahrzentralen, Mietwagen, P+R und Taxiunternehmen
- **Freizeit und Vergnügen**
Freizeitmöglichkeiten im Landkreis Schwäbisch Hall

Die Plattform ist in die Website des KreisVerkehrs unter „Neubürger“ einge-





bunden. Für die Gemeinden wurden Banner erstellt, die die Plattform auf deren Websites bewerben.

Fazit

Um die Mobilität im ländlichen Raum weiter sicherstellen zu können, müssen viele verschiedene Maßnahmen ergrif-

Der Verkehrsverbund KreisVerkehr Schwäbisch Hall GmbH ist ein Mischverbund und liegt im Nordosten Baden-Württembergs. Gesellschafter sind der Landkreis sowie die Verkehrsunternehmen Stadtbusschwäbisch Hall GmbH (Transdev-Gruppe), Hofmann Omnibusverkehr GmbH, Friedrich Müller Omnibusunternehmen GmbH, Röhler Touristik GmbH, Stadtbuss Crailsheim GbR und DB Regio AG.

fen werden. Eine davon ist das Neubürgermarketing mit der Mobilitätsplattform.

Durch gezielte Information wird auf die verschiedenen Mobilitätsmöglichkeiten und auf den Umweltverbund aufmerksam gemacht. Die bewusste Entscheidung, in Zukunft intelligenter, sicherer und umweltfreundlicher unterwegs sein zu können, wird erleichtert.

Die Mobilitätsplattform soll in den nächsten Jahren weiter wachsen und der KreisVerkehr wird mit den Partnern noch enger und effektiver arbeiten.

Ingrid Kühnel ist Geschäftsführerin der KreisVerkehr Schwäbisch Hall GmbH

Drei Jahre RegioBus DonauBodensee – ein Erfolgsmodell

Von Julia Ott, Sigmaringen

Im Rahmen des vom Land Baden-Württemberg initiierten Zuschussprogramms wurde vom Landkreis Sigmaringen in Zusammenarbeit mit dem Bodenseekreis im Jahr 2016 die RegioBus-Linie 500 Sigmaringen–Überlingen (kurz: RegioBus 500) in Betrieb genommen. Damit konnte erfolgreich das fehlende Schienennetz zur Verbindung der Mittelzentren Sigmaringen, Pfullendorf und Überlingen geschlossen werden. Eine Fahrt von Sigmaringen nach Überlingen benötigt seither nur noch knapp eine Stunde statt der bisherigen drei Stunden über das Schienennetz.



geschlossen werden, die nicht an der Strecke liegen. So wurde beispielsweise der Linzgau-Ruf-Bus für Fahrgäste ab Schönnach eingerichtet, der bedarfsmäßig den Zustieg auf den RegioBus 500 ermöglicht. Aber auch Linienverkehre verbinden die nicht angrenzenden Gemeinden wie ein Uhrwerk mit dem RegioBus 500. Die Linie kommt damit ihrer Aufgabe als Ersatz für den fehlenden Schienenverkehr sehr erfolgreich nach. Das erfreut nicht nur die Anwohner der abliegenden Gemeinden, sondern auch Touristen sowie Ausflügler, die die durchaus reizvolle Region entdecken möchten.

Stundentakt von früh bis spät, das ganze Jahr

Von 5 Uhr beziehungsweise 7 Uhr morgens bis 24 Uhr abends verkehrt der RegioBus 500. Und das 365 Tage im Jahr. Ein Angebot das im ländlichen Raum seines gleichen sucht und so manche Zugverbindung im Kreis schlägt. Die Verkehrslinie basiert auf zwei bestehenden Linienverkehrsgenehmigungen. Die beiden Verkehrsunternehmen absolvieren in Ihrer Kooperation insgesamt ca. 500 000 Kilometer jährlich.

Fahrgastzahlen steigen Jahr für Jahr

Durch diese erfolgreiche Kooperation erfreut sich der RegioBus 500 sehr großer Beliebtheit und Akzeptanz in der Region – wie die Entwicklung der Fahrgastzahlen deutlich zeigt:

Jahr	Fahrgäste gesamt	Fahrgäste pro Tag
2016	323 000	885
2017	391 463	1072
2018	421 722	1155

Die Fahrgastzahlen übertrafen schon zu Beginn die Erwartungen. Und sie werden voraussichtlich weiter steigen – Jahr für Jahr!

Doch nicht nur die Zusammenarbeit zweier Verkehrsunternehmen stellt eine Besonderheit des RegioBus 500 dar.

Sondern es kooperieren für diese exklusive Linie auch zwei Verkehrsverbünde (naldo, bodo) und zwei Landkreise (Landkreis Sigmaringen, Bodenseekreis) erfolgreich miteinander. Dadurch kommen jede Menge Erfahrungswerte zusammen, die mit innovativen Ideen zur Weiterentwicklung der Linie beitragen und somit die Akzeptanz des ÖPNV in dieser Region fördern.

Dazu gehört auch, dass sich die Verkehrsverbünde auf eine Ausweitung der jeweiligen Tarife geeinigt haben, so dass der Fahrgast nicht merkt, dass er von der einen in die andere Tarifzone fährt.

Auch Orte, die nicht an der Linie liegen, profitieren

Durch eine optimierte Vernetzung mit weiteren Verkehrsverbindungen in der Region konnten auch Gemeinden an-

Schüler, Touristen, Pendler oder Gelegenheitsfahrer: alle nutzen den RegioBus!

Die aktuelle Fahrgastzählung verdeutlicht, dass der RegioBus 500 verstärkt in Fahrtrichtung Sigmaringen genutzt wird. In Ferienwochen erkennt man deutlich die Bedeutung der Linie für Ausflügler und Touristen, die abends aus





Überlingen kommend den RegioBus 500 in Fahrtrichtung Sigmaringen nutzen. Gerade im Sommer ist die Verbindung bei Radfahrern sehr beliebt, da der Liniibus Platz für acht Radplätze auf dem Heckträger bietet – durchaus eine Besonderheit.

In Schulwochen hingegen sind es sowohl Schüler als auch Pendler, die sich während der typischen Stoßzeiten dem stündlichen Angebot in Fahrtrichtung Sigmaringen bedienen. Diese beiden Fahrgastgruppen sind es auch, die den RegioBus 500 in Fahrtrichtung Überlingen zu den üblichen Stoßzeiten von Schulwochen am stärksten frequentieren.

Für die Landesgartenschau 2020 in Überlingen wird der RegioBus 500 zudem ein wertvoller Baustein sein, um die tausende Besucher staufrei in die Stadt zu bringen.

Auffallend bei der Fahrgastzählung war auch, dass der als „500er“ bekannte Bus besonders Gelegenheitsfahrer anspricht. Durch positive Erfahrungen mit dem Regiobus 500 erhoffen wir uns, Menschen nachhaltig für den ÖPNV zu gewinnen. Daher wird das Marketing dieser beliebten Linie weiter forciert. So wurde beispielsweise von Studierenden der Hochschule Albstadt-Sigmaringen in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Sigmaringen eine eigene Homepage entworfen (www.regiobus500.de). Ein weiteres Augenmerk soll künftig auf die

Gestaltung der Haltestellen und regelmäßige Publikationen gelegt werden, um das Vertrauen in den ÖPNV weiter zu stärken.

Auch die eingesetzten sehr gut gepflegten, barrierefreien und klimatisierten Niederflrbusse, die mit einem kostenlosen WLAN-Zugang und USB-Anschlüssen ausgestattet sind, sollen Vertrauen in den ÖPNV im Allgemeinen schaffen.

Kreistag hat Weiterbetrieb ab 2020 bereits beschlossen

Der Kreistag möchte den RegioBus 500 gerne bis 2025 weiterbetreiben. Engagieren sich das Land und der Bodenseekreis finanziell wie bisher weiter, soll

das Angebot über weitere fünf Jahre aufrechterhalten bleiben. Der Erfolg des RegioBus 500 schlägt sich auch in den Zuschusszahlen nieder: trotz Kostensteigerungen seit der Einführung im März 2016 konnten durch die konstant und stark steigenden Fahrgastzahlen die Zuschüsse verringert werden. Mussten das Land und die beiden Landkreise 2016 noch gesamt ca. 1,0 Mio. Euro bezuschussen, waren es 2018 bereits 45356 Euro weniger. Das Land beteiligt sich mit 50 %, der Landkreis Sigmaringen mit 35,7 % und der Bodenseekreis mit 14,3 %. Der Anteil der Landkreise richtet sich nach dem Streckenanteil im jeweiligen Aufgabenträgergebiet.

Die sehr positive Entwicklung der Zuschusszahlen hebt den Erfolg des RegioBus 500 nochmals deutlich hervor und lässt auf eine weiterhin positive Bilanz hoffen! Landrätin Stefanie Bürkle brachte es in der Kreistagssitzung im April 2019 auf den Punkt: „Schön, dass die Erfolgsgeschichte weiter gehen kann!“.

Julia Ott ist Nahverkehrsplanerin beim Landkreis Sigmaringen



Landkreis Waldshut: Innovative und nachhaltige Mobilität im ländlichen Raum

B&R und E-Bike-Verleihstationen – jederzeit online buchen!

Online ein E-Bike mieten und sofort eigenständig den Ausflug beginnen – durch einen unkomplizierten Zugang ohne Schlüsselübergabe ist das mit den innovativen E-Bike-Verleihstationen im Landkreis Waldshut entlang der südlichen B 500 möglich! Auch B&R-Anlagen sind zur Bewältigung der „letzten Meile“ geeignete und nachhaltige Alternativen.

Ausgangslage

Die Gemeinden Höchenschwand, Häusern und die Stadt St. Blasien des Landkreises Waldshut sind durch die stark frequentierte Bundesstraße B 500 verbunden. Über die B 500 verlaufen auch die Verbindungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), ausschließlich mit Buslinien.

Der ÖPNV auf dieser Strecke ist aufgrund der stetig steigenden Gesamtfahrgastzahlen gut ausgebaut. Die Buslinie 7322, welche die oben genannten Städte und Gemeinden miteinander verbindet, überzeugt mit ihrem sehr guten und getakteten Angebot im ländlichen Raum.

Zusätzlich wird auf dieser Linie an allen Ferientagen, Samstagen, Sonn- und Feiertagen von Ende April bis Mitte Oktober der Freizeitbus „Radbus St. Blasierland“ angeboten. Hier werden auf festgelegten Linienfahrten Fahrradanhänger eingesetzt, mit denen bis zu 16 Fahrräder mitgenommen werden können.

Neben dem Stundentakt und dem Freizeitangebot für Radfahrer überzeugt die Buslinie ebenfalls durch ihre direkte Streckenführung, um die Fahrzeit so ge-



ring wie möglich zu halten. Diese direkte Streckenführung hat jedoch Auswirkungen auf die umliegenden Ortsteile der Gemeinden und entferntere Wohngebiete, die nur bedingt von diesem Fahrplanangebot profitieren.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird es besonders darauf ankommen, die Strukturen und Angebote der Ortsteile und Wohngebiete für die „letzte Meile“ in den Bereichen der Infrastruktur und Mobilität zu sichern und, unabhängig vom motorisierten Individualverkehr, durch alternative Mobilitätskonzepte weiterentwickeln zu können.

B&R / Online E-Bike-Verleihstationen

Unter dem Titel „Bike&Ride an der B 500“ wurde mit Unterstützung durch die LEADER-Region Südschwarzwald ein Modellprojekt für die Bevölkerung und den Tourismus mit besonderem Charakter umgesetzt. Das Besondere ist, dass bei diesem Projekt sowohl die Interessen der Bevölkerung (Berufspendler, Schüler und Freizeitfahrer) als auch diejenigen des Tourismus berücksichtigt werden, da die errichtete Infrastruktur von beiden Zielgruppen genutzt und dadurch eine hohe Nachfrageintensität erreicht werden kann.

Hierfür wurden unter anderem in den Gemeinden Höchenschwand, Häusern und der Stadt St. Blasien an insgesamt vier Standorten zwölf E-Bike-Fahrradboxen aufgestellt, die an eine Buchungssäule angeschlossen sind und Pedelecs enthalten.



E-Bike Verleihstation am Busbahnhof St. Blasien



Informationszentrale mit E-Bike – Verleihstation am Standort „Häusern Rathaus“



E-Bike – Verleihstation am Standort „Höchenschwand Touristinformation“

Um diese verbesserte Fahrradinfrastruktur unkompliziert und über das Internet buchbar anbieten zu können, war es wichtig, für alle Fahrradboxen ein gemeinsames System einzurichten. Es wurde eine Buchungsplattform eingerichtet (www.b500-sued.bike-and-park.de), bei der sich die Pendler und Touristen im Internet einmieten können. Nach der Registrierung erhalten die Kunden einen „PIN“, mit dem vor Ort die angemietete Fahrradbox geöffnet werden kann. Für den Betrieb konnte ein privates Unternehmen gefunden werden, welches sich um die Investition kümmert und den laufenden Betrieb (Wartung, Pflege, Personal und Service) übernimmt. Dieser private Betreiber kauft alle Pedelecs und agiert als Ansprechpartner bei Fragen und Vermietern.

Mit einem örtlichen Taxiunternehmen wurde eine Kooperation geschlossen. Dieses steht bei einer Fahrradpanne zur Verfügung und bringt den Kunden je nach Ereignis ein Ersatzfahrrad oder holt die Kunden direkt am Pannort ab. Zusätzlich wird ein Notfallservice durch das Taxiunternehmen angeboten. Betreiber und Taxiunternehmen sind jederzeit erreichbar und dienen vor Ort als Kontrolleur. Da sich der Betrieb kaum wirtschaftlich darstellen lässt, wird der private Betreiber anschubfinanziert. Ziel ist eine vollständige, private Kostendeckung. Gastgeber, die keine eigenen E-Bikes besitzen, haben durch dieses Projekt die Möglichkeit ihren Gästen einen Ausflug mit dem E-Bike zu ermöglichen. Auch Einheimische können diese nutzen,

um Tagesausflüge zu unternehmen. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Projektes, verteilt auf die gesamte Strecke entlang der B 500 bis Waldhüt-Tiengen, neue Bike&Ride-Fahrradabstellanlagen mit 34 Fahrradbügeln und vier Fahrradboxen zum Einstellen des eigenen Fahrrades mit mechanischem Schloss realisiert. Die Projektkosten betragen insgesamt ca. 75 000 €, die durch Förderung der EU und des Landes Baden-Württemberg (über die LEADER-Aktionsgruppe Südschwarzwald) und der beteiligten Kommunen aufgebracht wurden.

Fazit

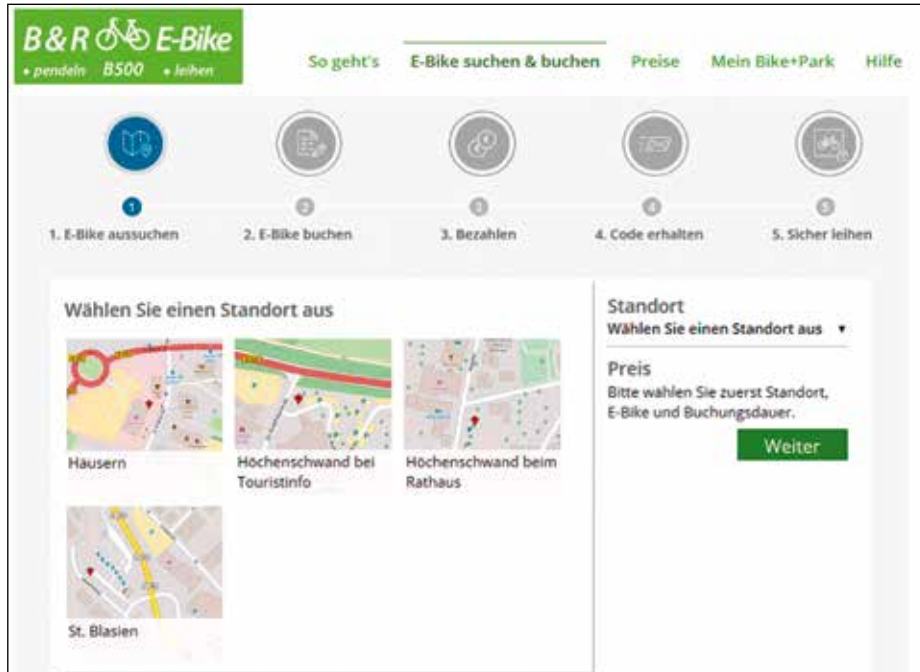
Da der Radverkehr als ergänzender Verkehrsträger eingesetzt wird und dadurch



Mobilitätsknoten am Busbahnhof St. Blasien



B&R-Vernetzung an der Bushaltestelle „Waldhaus“ der Gemeinde Weilheim



Übersichtskarte der Standorte auf der Homepage (www.b500-sued.bike-and-park.de).
Hier kann direkt gebucht werden.

Erreichbarkeitsdefizite unabhängig von einem motorisierten Individualverkehr minimiert werden, ist dieses Projekt sehr nachhaltig und zukunftsorientiert. Es stellt eine einzigartige Vernetzung von ÖPNV, nichtmotorisiertem Individualverkehr und Tourismus dar.

Die intensive interkommunale Zusammenarbeit und die Bildung eines gemeinsamen Angebotspools ist ein wichtiger Innovations- und Erfolgsfaktor des Projekts. Es besteht sehr großes Potential, dieses Projekt auszubauen und als Modellprojekt auch für andere Gemeinden und Städte zu vermarkten.

Die Ausdehnung auf weitere ländliche Gebiete im Landkreis Waldshut wird angestrebt.

Attraktive Bedienformen des ÖPNVs im Landkreis Karlsruhe im Reallabor Erstes Testfeld in Ettlingen in Betrieb gegangen

On-Demand-Verkehre eröffnen beim öffentlichen Personennahverkehr neue Dimensionen und sorgen für noch mehr und noch attraktivere Mobilität. Das bereits gute Angebot wird flexibel auf den individuellen Bedarf abgestimmt und deckt auch die letzte Meile ab. Nur mit solchen attraktiven ergänzenden Angeboten kann der Umstieg vom Auto auf den ÖPNV erreicht werden, ist sich der Landkreis Karlsruhe sicher. Er kooperiert mit dem Karlsruher Verkehrsverbund (KVV) und finanziert ein Angebot, das von der Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft wissenschaftlich begleitet wird.

Unter On-Demand-Verkehren versteht man öffentlichen Personennahverkehr, der auf Abruf bereitgestellt wird. Ein solches Angebot ist im Landkreis Karlsruhe zum Fahrplanwechsel am 9. Juni 2019 im Bereich der Stadt Ettlingen an den Start gegangen. „My Shuttle“ heißt das System elektrisch betriebener Mini-Busse, die Kunden über die Smartphone-App „KVV.

mobil“ bestellen können. Zur Verfügung steht der Service montags bis samstags zwischen 19 und 1 Uhr sowie Sonn- und Feiertags von 8 bis 24 Uhr. Um das Gebiet optimal zu erschließen wurden rund 250 virtuelle Haltestellen eingerichtet. Die Benutzung ist einfach: Der Kunde stellt per App von seinem aktuellen Standort aus eine Fahratanfrage zum ge-

wünschten Ziel. Ist innerhalb der nächsten 20 Minuten ein Fahrzeug verfügbar, bekommt der Kunde es angeboten, mitsamt Fußwegroute zur nächstgelegenen Haltestelle, Abholzeit und Kennzeichen des „MyShuttle“. Die Applikation verknüpft Fahratanfragen mit ähnlichen Fahrwegen und erstellt aus der Kombination die einfachste und schnellste Route. Der Fahrer erhält seinen Auftrag, ebenfalls per App.

Um Erfahrungen zu gewinnen wird das Projekt zunächst als Pilot in Form eines Real-Labors durchgeführt. Es besteht die Erwartung, dass aus der konkreten Anwendung zusätzliche Ideen entstehen, um das Projekt noch besser und attraktiver zu gestalten. Hierzu setzt man auf die laufende Begleitung durch die Hoch-



Startschuss für das erste On Demand Angebot im Landkreis Karlsruhe am 9. Juni 2019

schule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft. Studierende des 6. Semesters führen im Rahmen des Vertiefungsprojektes „Verkehrsplanung“ die Aufnahme der Ist-Situation als Vergleichsbasis für

die Veränderungen durch. Betreute studentische Arbeiten begleiten den Pilot und wirken an Veränderungen mit. Auf diese Weise können Verbesserungen kurzfristig umgesetzt und sofort evalu-



Die Formgebung der sechssitzigen Elektrobusse ist an die bekannten Londoner Taxis angelehnt.

iert werden. Auf diese Weise arbeiten Verkehrsverbund, ÖPNV-Träger und Hochschule gemeinsam am Ziel innovativer Mobilität zusammen.

In der Einführungsphase bis Ende Juli 2019 wird KVV „MyShuttle“ zum Kennenlernen kostenfrei angeboten und danach in den Verbundtarif integriert, was bedeutet, dass KVV-Kunden keinen Cent extra bezahlen. Einzelfahrer bezahlen für eine MyShuttle-Fahrt den normalen Ein-Waben-Preis von 2,10 Euro.

Drei Mini-Busse hat der Landkreis beschafft. Die im Stile der London-Taxis gehaltenen Fahrzeuge bieten Platz für bis zu sechs Fahrgäste und sind mit dem MyShuttle-Logo gekennzeichnet. Mit dem Elektroantrieb sind sie umweltfreundlich und leise unterwegs.

„On-Demand-Angebote sind hervorragend geeignet, um ein vorhandenes Nahverkehrsangebot zu optimieren. Sie animieren junge Menschen, die mit ihren Schülerkarten in Stadtbahnen und Bussen unterwegs sind das bequeme und klimafreundliche Angebot auch im Erwachsenenalter zu nutzen und Autofahrer eine echte Alternative zu bieten und zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen“, beschreibt Landrat Dr. Christoph Schnaudigel die Beweggründe zur Einführung des neuen Systems. Er hofft, dass das Angebot angenommen wird und kündigt in dem Fall eine Ausdehnung der Testfelder an.

Rhein-Neckar-Kreis: Mit Verantwortung in die Zukunft – aktiv für Europa und im Kreis

Von Meike Ahrens, Barbara Schäuble und Silke Hartmann, Heidelberg

Der Rhein-Neckar-Kreis ist mit über 547.000 Einwohnerinnen und Einwohnern der bevölkerungsreichste Landkreis in Baden-Württemberg. Im länderübergreifenden Verbund mit Mannheim, Heidelberg und dem Neckar-Odenwald-Kreis sowie angrenzenden pfälzischen und hessischen Städten und Kreisen bildet er die europäische Metropolregion Rhein-Neckar. Der Landkreis ist mit Global Playern wie SAP und Freudenberg sowie zahlreichen innovativen mittelständischen Unternehmen wirtschaftlich außergewöhnlich stark – steht aber auch vor zahlreichen herausfordernden Zukunftsaufgaben.

Ein aktiver Landkreis auf europäischer Ebene

Der Rhein-Neckar-Kreis hat Anfang 2018 eine neue Wirtschaftsförderungs-Strategie auf den Weg gebracht – und die wichtigsten Schwerpunktthemen und Handlungsfelder der nächsten fünf Jahre für sich definiert. Darin fest verankert: die aktive Europaarbeit des Landkreises. Ob das Einwerben von Fördermitteln für richtungsweisende Zukunftsprojekte des Kreises, die aktive Netzwerkarbeit in europarelevanten Gremien oder der Ausbau eines positiven Europaverständnisses – der Rhein-Neckar-Kreis hat Europa fest im Blick. Er versteht sich als Bindeglied zwischen europäischer und kommunaler Ebene. Dahinter steht die feste Überzeugung, dass Megatrends und kreisrelevante Zukunftsthemen wie Breitbandausbau, Digitalisierung, Mobilität, Migration und Integration oder der Abbau regionaler Disparitäten nur gelingen und vor Ort gelebt und gestaltet werden können, wenn die EU und die Regionen an einem Strang ziehen, gemeinsame Strategien erarbeiten und voneinander lernen. Unerlässlich dabei: ein intensiver Austausch zwischen Brüssel und dem Rhein-Neckar-Kreis sowie weiteren europarelevanten Netzwerken und Institutionen.

Netzwerken für den Rhein-Neckar-Kreis

Landrat Stefan Dallinger und weitere Führungskräfte des Rhein-Neckar-Kreises reisen daher regelmäßig nach Brüssel, um mit Parlaments-Abgeordneten und EU-Beamten über die konkrete Ausgestaltung von Förderpolitik und Förderprogrammen zu sprechen. Bei der letzten Informationsfahrt im Okto-

ber 2018 wurde entsprechend die europäische Ausrichtung in der Förderperiode 2020+ und die Folgen für das operationelle Programm des Landes in Bezug auf Digitalisierung, Regionalpolitik sowie Asylrecht und Migration thematisiert. Insgesamt 15 Gesprächspartner aus der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament sowie aus den Generaldirektionen DG Connect, DG Regio und DG Competition diskutierten mit den Vertreterinnen und Vertretern des Rhein-Neckar-Kreises die großen Leitlinien der Europapolitik, aber auch die konkrete Ausgestaltung von Programmen, bei denen der Rhein-Neckar-Kreis selbst Projektträger ist. Beispielsweise bei LEADER, dem Projekt Intelligente Marktplätze oder beim Breitbandausbau, um nur einige zu nennen.



EU-Fördermittel, Migration und Breitbandausbau: Führungskräfte des Landratsamts Rhein-Neckar-Kreis informierten sich in Brüssel über wichtige Zukunftsthemen des Landkreises.

Fördermittelakquise – Strukturförderung im ländlichen Raum

Der ländliche Raum des Rhein-Neckar-Kreises ist mit starken mittelständischen Unternehmen und zahlreichen Handwerksbetrieben ein Ort großer Innovation, der gleichzeitig einen hohen Tourismus- und Freizeitwert bietet. Zum Teil herrschen jedoch auch erhebliche strukturelle Unterschiede zwischen den urbanen und ländlich geprägten Teilen des Kreisgebietes. Ziel ist es daher, die Leistungsfähigkeit von Unternehmen im ländlichen Raum unter Nutzung von (EU-)Fördermitteln weiter zu stärken. Die Wirtschaftsförderung im Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis identifiziert daher gezielt Programme, die dazu geeignet sind, Unternehmen und Kommunen im Rhein-Neckar-Kreis im Rahmen der Strukturförderung finanziell zu unterstützen, berät und unterstützt Unternehmen und Kommunen bei der Erstellung entsprechender Projektanträge.

LEADER – Gebietskulissen Neckartal-Odenwald und Kraichgau

Zudem befinden sich im Rhein-Neckar-Kreis in den Regionen Neckartal-Odenwald und Kraichgau zwei über das Strukturförderprogramm LEADER geförderte Gebietskulissen. LEADER ist ein gemeinsames Förderinstrument der Europäischen Union und des Landes Baden-Württemberg zur Stärkung ländlicher Räume. Im Sinne eines Bottom-up-Ansatzes können sich beteiligte Kommunen oder in ihnen engagierte Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger und Initiativen mit Ideen einbringen und Anträge stellen. Im Mittelpunkt von LEADER stehen

insbesondere Projekte, die dem demografischen Wandel Rechnung tragen oder dem Erhalt der Grundversorgung im ländlichen Raum dienen.

So hat das LEADER-Auswahlgremium Kraichgau jüngst insgesamt knapp 285 000 Euro an Fördermitteln der Europäischen Union und des Landes für vier Projekte aus der Region mit einer Gesamtinvestitionssumme in Höhe von ca. 800 000 Euro beschlossen. Die neu ausgewählten Förderprojekte bilden die gewünschte Bandbreite der regionalen Entwicklung ab: von der Stärkung des Tourismus über lebendige Ortschaften bis hin zur Unterstützung von Existenzgründern und attraktive Freizeitmöglichkeiten für junge Bewohnerinnen und Bewohner. In der Gebietskulisse Kraichgau werden damit nunmehr 28 Projekte mit LEADER-Fördergeldern unterstützt. Die bisher ausgewählten Vorhaben sind auf der Internetseite www.kraichgau-gestalte-mit.de gelistet. Am 1. März startete der neunte Projektauftrag. In diesem stehen weitere 400 000 Euro zur Verfügung, die für die besten Ideen ausgegeben werden.

Für die Errungenschaften der EU sensibilisieren

Brexit, Flüchtlingsströme und ein zunehmendes Wanken der Rechtsstaatlichkeit in vielen Ländern dieser Welt: Europa steht derzeit vor zahlreichen Herausforderungen und Brüchen. Die Entwicklung der europäischen Union ist mit der Entwicklung ihrer Mitgliedsstaaten und der europäischen Regionen fest verzahnt. Heruntergebrochen auf den Rhein-Neckar-Kreis bedeutet dies: Wenn es der EU gut geht, sie Handlungsstärke und Geschlossenheit beweist, geht es auch dem Rhein-Neckar-Kreis, seinen Unternehmen und Einwohnerinnen und

Einwohnern gut. Die Entscheidungen, die das EU-Parlament trifft, bestimmen heute schon zum weit überwiegenden Teil die Gesetzgebung in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Die EU hat in vielen Bereichen eine prägende Rolle, etwa beim Verbraucherschutz oder im Bereich der Mobilität, in dem sie eine Vereinheitlichung der Verkehrssysteme anstrebt. Ebenso hat sie sich bindende Klimaschutz- und Energiesparziele gesteckt, um den Klimawandel einzudämmen. Die EU steht für Digitalisierung und unterstützt auch in Deutschland mehrere spannende Projekte zu diesem Thema. Sie fördert Regional- und Stadtentwicklung, Beschäftigung und soziale Eingliederung, Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums, Meeres- und Fischereipolitik sowie Forschung und Innovation.

Europa ist nicht nur abstrakt und überbürokratisiert – sondern bringt zahlreiche konkrete Errungenschaften für Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung und Gesundheitsvorsorge hervor und prägt somit auch das Leben der Menschen im Rhein-Neckar-Kreis. Diesen positiven Blick auf Europa zu schärfen und Europa im Kreis erlebbar und konkret zu machen, insbesondere auch bei jungen Menschen, ist erklärtes Ziel des Rhein-Neckar-Kreises. Der Rhein-Neckar-Kreis hat daher auch mit zahlreichen Aktivitäten für die Europa- und auch Kreistagswahl am 26. Mai 2019 mobilisiert.

Meike Ahrens ist stellvertretende Stabsstellenleiterin für Wirtschaftsförderung/Europa, Barbara Schäuble ist Sachgebietsleiterin Strukturförderung und Tourismus und Silke Hartmann ist Leiterin des Büros des Landrats und Pressesprecherin beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

Umwelt-, Windenergie- und Gutachterverbände legen Kriterien für gute Artenschutzgutachten vor

Von Dr. Gerhard Bronner, Stuttgart

In einer konzertierten Aktion haben baden-württembergische Verbände Qualitätskriterien für gute Artenschutzgutachten entwickelt. In einem Gastbeitrag stellt Dr. Gerhard Bronner, Vorsitzender des Landesnaturschutzverbandes, die Inhalte dieser Kriterien und den Prozess ihres Zustandekommens vor. Die Verbände hoffen, dass die Kriterien von allen Gutachtern übernommen und praktiziert werden und Planern, Investoren und Genehmigungsbehörden als Leitschnur für Beauftragung und Beurteilung von Artenschutzgutachten dienen.

Die baden-württembergischen Landesverbände von BUND, NABU, LNV, der Bundesverband WindEnergie (BWE-LV BW) und der Berufsverband Landschaftsökologie (BVDL) haben einen gemeinsamen Kriterienkatalog für eine gute gutachterliche Praxis entwickelt. Dieser soll dazu beitragen, bei größeren Projekten wie dem Bau von Windenergieanlagen oder Straßen die Qualität der dafür benötigten Artenschutzgutachten zu gewährleisten. Insbesondere durch mehr Transparenz und einheitliche Methodenstandards soll dies erreicht werden.

Den Stein ins Rollen brachte ein im Jahr 2017 von den Umweltverbänden vorgestellter „Gutachtencheck“, bei dem eine Auswahl von Artenschutzgutachten zu Windkraftprojekten überprüft wurden. Im Ergebnis wurden bei allen untersuchten Gutachten größere oder kleinere Abweichungen von den Empfehlungen der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zur Erfassung und Bewertung von Artenvorkommen festgestellt. Für die fünf Verbände steht fest: Qualitativ hochwertige

Gutachten müssen die Basis jeder Planung sein. Der vorliegende Kriterienkatalog soll für alle künftigen Gutachten eine Richtschnur sein. Er soll eine angemessene Berücksichtigung des Arten- und Naturschutzes gewährleisten und Rechtssicherheit schaffen bei der Frage, ob eine Straße, eine Windenergieanlage oder eine neue Gewerbesiedlung im Einklang mit dem Naturschutzgesetz gebaut werden kann oder nicht.

Als ersten Schritt zur Erarbeitung des Kriterienkatalogs hatte das Beratungsunternehmen IFOK im Auftrag der Verbände mit verschiedenen Interessengruppen Interviews geführt. Nach einem speziell entwickelten Fragenkatalog wurden Ehrenamtliche aus dem Naturschutz, Verantwortliche der Genehmigungsbehörden, der höheren Naturschutzbehörden, der Windenergiebranche sowie Gutachterinnen und Gutachter nach ihren Erfahrungen aus der Praxis befragt. Auf Basis der Interviewergebnisse erarbeiteten die fünf Verbände einen Entwurf, den sie auf

einem ganztägigen Workshop mit Vertreterinnen und Vertretern aus Umweltverbänden, Verwaltung, Wirtschaft, Kommunen und Gutachtern diskutierten und ergänzten.

In den Kriterien zur Gutachtenpraxis geht es um die Einhaltung rechtlicher Vorgaben und landesspezifischer Methodenempfehlungen, damit auch um Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Weiteres Ziel ist mehr Transparenz in der Dokumentation und ein nachvollziehbarer Umgang mit den selbst erhobenen Daten und mit den Daten von Dritten, wie beispielsweise örtlichen Artenexperten. Außerdem werden Anforderungen zur Qualifikation und Weiterbildung der an der Gutachtenerstellung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestellt. Die Qualitätskriterien sind ein Hilfsmittel für alle, die Gutachten erstellen und Projekte entwickeln, aber auch für Ehrenamtliche aus dem Naturschutz sowie die mit Planungen befassten Behörden. Nachfolgend sind die Kriterien tabellarisch aufgelistet:

- | |
|---|
| K 1 Die mit den Gutachten betrauten Personen halten alle rechtlichen Vorgaben ein. |
| K 2 Die mit dem Gutachten betrauten Personen wenden landesspezifische Standards an und begründen und dokumentieren mögliche Abweichungen. |
| K 3 Alle mit dem Gutachten betrauten Personen verfügen über entsprechende Fachkenntnisse. Tätigkeitsrelevante Referenzen sowie sachbezogene Arbeitserfahrung von mindestens fünf Jahren für die Projektleitung und von mindestens zwei Jahren für sonstige Projektmitarbeiter/-innen sind Voraussetzung. |
| K 4 Die mit dem Gutachten betrauten Personen bilden sich kontinuierlich fort. Besuchte Fort- und Weiterbildungsangebote werden dokumentiert und bei Bedarf nachgewiesen. Es werden nur Leistungen angeboten, die durch entsprechend geschultes Personal abgedeckt werden können. |
| K 5 Die mit dem Gutachten betrauten Personen stimmen das Angebot mit dem/der Projektentwickler/-in vor der Vergabe auf Grundlage des Kriterienkataloges sowie eines branchenüblichen Leistungsverzeichnisses ab. |

K 6	Die mit dem Gutachten betrauten Personen und/oder Projektentwickler/-innen stimmen sich frühzeitig mit den Behörden und nach Möglichkeit mit anderen Akteur(inne)n, wie Ehrenamtlichen aus dem Naturschutz, ab und definieren hierbei den Umfang der fachlichen Arbeit. Die mit dem Gutachten betrauten Personen dokumentieren alle Absprachen mit den Behörden auf nachvollziehbare Art und Weise und legen diese auf Wunsch vor.
K 7	Die mit dem Gutachten betrauten Personen erarbeiten und verfassen das Gutachten in einer solchen Form, dass es plausibel, transparent, nachprüfbar und allgemein verständlich ist.
K 8	Die mit dem Gutachten betrauten Personen holen aktiv ortsbezogene Daten von Behörden und (wenn möglich) von ehrenamtlichen Naturschützern/Naturschützerinnen ein.
K 9	Die mit dem Gutachten betrauten Personen behandeln die Hinweise und Daten von Gebietskennern/Gebietskennerinnen des Ehrenamts und ehrenamtlicher Arbeitsgemeinschaften verantwortungsvoll, beziehen die Daten in die Ausarbeitung mit ein und machen transparent, wie mit den Daten umgegangen wurde.
K 10	Soweit mit vertretbarem Aufwand leistbar, und wenn die Auftraggeber damit einverstanden sind, werden die Daten zu Artenvorkommen in geeigneter Form an die landesweiten Stellen übermittelt.
K 11	Die mit dem Gutachten betrauten Personen hinterlegen auf Anfrage der Behörde mit Zustimmung des Projektentwicklers/der Projektentwicklerin die Originaldaten der Kartierungen als Geodaten bei der Genehmigungsbehörde, um so die Ergebnisse nachvollziehbar und überprüfbar zu machen.
K 12	Die mit dem Gutachten betrauten Personen nutzen für die notwendigen Kartierungen ausschließlich dafür geeignete technische Mittel.
K 13	Es wird auf die Kenntnis und Anwendung des Kriterienkatalogs von allen Mitarbeitenden geachtet.

Die Kriterien und weitere Erläuterungen finden Sie unter:

https://lnv-bw.de/wp-content/uploads/2019/05/2019-05-19_kriterienkatalog_artenschutzgutachten.pdf

Dr. Gerhard Bronner ist Vorsitzender des Landesnaturschutzverbands Baden-Württemberg e.V., Stuttgart

Alter hat Zukunft – Es liegt an uns: 34. Landessenientag 2019 in Heilbronn

Von Marianne Kopp, Stuttgart

Es ist der Wunsch jedes Menschen, bis an sein Lebensende mobil zu bleiben. Wobei sich Mobilität nicht ausschließlich auf Fortbewegung bezieht, sondern weiter gefasst werden muss: mobil auch im Denken. Mobilität ist ein Freiheitsbegriff für globales, grenzenloses Sichfortbewegen und Entscheidenkönnen.

Ihre Mobilität bewiesen mehr als 1800 Teilnehmer des Landessenientages, der am 5. Juni in der Heilbronner Eissporthalle unter dem Motto: „Alter hat Zukunft – Es liegt an uns“, stattfand. Viele hatten das Prinzip der Nachhaltigkeit verinnerlicht, was 28 Busse auf dem Parkplatz bewiesen. Miteinander reisen schont nicht nur die Umwelt, sondern stärkt das Gemeinschaftsgefühl.

Ermutigung und Wertschätzung

Ermutigung und Wertschätzung war der Grundtenor aller Redebeiträge. Wertschätzung für die vielen Seniorinnen und Senioren, die sich kommunal und familiär für ihresgleichen und die nachfolgenden Generationen engagieren. Ermutigt wurden die Teilnehmer des Landessenientages, weiterhin in der



Teilnehmer des Landesseniorentages in der Eissporthalle

Gesellschaft aktiv zu bleiben. Damit täten sie vor allem sich selbst einen Gefallen. Wer aktiv sei, bleibe länger gesund. Wer gebraucht wird, sieht noch einen Sinn im Leben und wird demzufolge um größtmögliche Mobilität in jeder Hinsicht bemüht sein.

In rechter Weise alt werden

Professor Dr. Wolf-Dietrich Hammann, Ministerialdirektor im Ministerium für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg, hielt einen Vortrag zum Thema: „Die bessere Hälfte?“ Ausgehend von der Frage: Wann fangen wir an, Alter zu gestalten, und wer hilft uns dabei?, verwies er den Satz „Alt werden wir von alleine“ in den Bereich der Mythen. Es gelte, in rechter Weise alt werden zu wollen. Wer mit Gewalt jung zu bleiben versuche als ein sogenannter „Berufsjugendlicher“ mache sich nur lächerlich. Deshalb gelte es, das Altwerden aktiv zu gestalten, was heutzutage nicht schwer wäre. Man solle bedenken, so Professor Hammann, dass Ernährung, Hygiene und Gesundheit immer besser würden – wichtige Dinge in Bezug aufs Altwerden.

Sich fit halten

Um die zweite Lebenshälfte aktiv gestalten zu können, sei entsprechende Vorsorge nötig. Beispielsweise kurz vor der Rente noch berufliche Herausforderungen zu suchen und anzunehmen. Auf diese Weise bleiben wir geistig fit. Ehrenämter seien dafür eine signifikante Herausforderung. Beispielsweise mit jungen Menschen Natur zu erleben oder im Kindergarten vorzulesen.

Die Politik muss handeln

Doch, so schränkte Professor Hammann ein, manches läge nicht in der Hand der älteren Menschen. Da sei die Politik gefragt, die interdisziplinär und interkulturell agieren müsse. Er sprach in diesem Zusammenhang über den Quartiersgedanken, wo alte und junge miteinander leben und sich helfen. Man könne so voneinander profitieren.

„Auf Rädern zum Essen“

Franz Müntefering betonte in seiner Funktion als Vorsitzender der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Senio-

renorganisationen), wie essentiell die Arbeit der Ehrenamtlichen sei. Den Teilnehmern des Landesseniorentages rief er zu, dass sie es in der Hand hätten, wie sie alt werden wollten. Natürlich könnten wir dabei Forderungen an den Staat stellen, was Arbeit, Mobilität, Gesundheit und Rente betreffe, jedoch würde auch viel von der Arbeit vor Ort und von uns abhängen. Kommunal gelte hier das Prinzip von helfen und sich helfen lassen. So hätten sie gute Erfahrungen gemacht mit der Einrichtung „Auf Rädern zum Essen“, anstelle von „Essen auf Rädern“. Wer auf Rädern zum Essen kommt, sei es mit Rollator oder Rollstuhl oder auf eigenen Beinen, der sei gezwungen, seine vier Wände einmal am Tag zu verlassen. Das sei die eigentliche Idee von „Auf Rädern zum Essen“. Wer zum Essen geht, muss hinausgehen, sich unter Leute mischen, hat einen Weg vor sich und damit ein Ziel. Beim Essen kommt er mit Menschen in Kontakt, die er auf anderem Wege niemals kennenlernen würde. Miteinander zu essen erfordert ein gewisses Maß an Tischkultur. Während des Essens gibt es Tischgespräche, findet Austausch statt, bei dem man sich in die Augen schaut.

Aktiv bleiben bis zum Schluss

Müntefering räumte mit der Volksweisheit „Älter werden wir von alleine“ auf. Die letzte Lebensphase müsse aktiv gestaltet werden. In diesem Zusammenhang erwähnte er die Vorsorgevollmacht. Beizeiten alles regeln, um sich dann nicht in der Pflege von Angehörigen, z. B. des Partners, bis an die Schmerzgrenze aufopfern zu müssen. Denn, so Müntefering, Pflege sei ein Beruf. Weshalb man Pflege denen überlassen sollte, die dafür ausgebildet seien. Also sei es wichtig, die Kommunen zu stärken und in die Lage zu versetzen, Pflege angemessen zu leisten. Und so plädierte der BAGSO-Vorsitzende dafür, dass es in jeder Kommune analog zum Jugendaus-



Franz Müntefering

schuss einen für alte Menschen geben müsse.

Die drei L

Doch blieb er nicht bei Forderungen an Staat und Kommunen stehen. Es sei Aufgabe jedes Einzelnen, sagte er, das Älterwerden zu beeinflussen und unerlässlich, dass die Seniorinnen und Senioren im Alter aktiv blieben. Denn nur so könnten sie selbst bestimmt leben. „Selbstbestimmung erfordert selbst Bestimmung“, so Müntefering, um dann die drei L zu erläutern: Laufen, Lernen, Lachen.

Laufen bzw. Bewegung im Allgemeinen ernähre das Gehirn. Bewegung bringe soziale Kontakte mit sich, wie z.B. beim Tanzen oder Wandern.

Lernen oder Lehren bedeute geistige Beweglichkeit. Kulturelles Leben bringe geistige Mobilität. Bis ins hohe Alter neugierig zu bleiben sei unverzichtbar. Er ermutigte Seniorinnen und Senioren, gezieltes Helfen zu lernen und erwähnte in diesem Zusammenhang die Hospizarbeit als begleitende Hilfe auf dem letzten Weg.

Wer lacht, bleibt gesünder und lebt länger, das sei wissenschaftlich erwiesen. Wir älteren Menschen hätten allen Grund zum Lachen und Fröhlichsein.

Mobil bleiben um der jungen Generation willen

Um der Kinder und Enkel willen sei es notwendig, in jeder Hinsicht mobil zu bleiben und zu bedenken, dass wir in Europa seit 75 Jahren keinen Krieg mehr hatten. Es brauche ein gewisses Maß an Wachsamkeit, wenn es um den Fortbestand der Demokratie geht. „Europa muss erhalten bleiben“, forderte er, denn wir alle, Jung und Alt, hätten eine Mitverantwortung für unseren Planeten. Diese Verantwortung wahrzunehmen, ginge nur gemeinsam, nicht mit einer „First“-Politik, sagte Müntefering in Anspielung auf die Bestrebungen anderer Nationen, vorrangig ihr eigenes Wohl im Blick zu haben. Wir sollten die Botschaft der Kinder, die jeden Freitag demonstrieren, ernstnehmen: Ihr müsst was machen.

Mobilität wird, je nach Alter, unterschiedlich verstanden

Mit zunehmendem Alter kann sich der persönliche Mobilitätsradius erheblich einschränken, wie Thaddäus Kunzmann, Demografiebeauftragter des Landes Baden-Württemberg, in seinem Vortrag betonte. Während junge Menschen sich fragen, mit welchem Flieger sie in den Urlaub reisen, oder wie sie am günstigsten und schnellsten zu ihrem Arbeitsplatz kommen, fragen sich Senioren in fortgeschrittenem Alter eher: Wie komme ich mit meinem Rollator zum Einkaufen, zum Arzt oder zur Physiotherapie und das barrierefrei? So gesehen bedeutet Mobilitätseinschränkung eine Einschränkung der persönlichen Freiheit und damit der Selbstbestimmung. Thaddäus Kunzmann betonte, dass Mobilität Lebensqualität bedeute.

Mobilität als bestimmendes Kriterium der Landflucht

Mobilität sei der Dreh- und Angelpunkt, wenn es darum gehe, die Landflucht

einzudämmen und stattdessen mehr jungen Familien das dörfliche Leben anziehend zu machen. Gelingt das nicht, könnten wir über kurz oder lang die ländliche Substanz nicht mehr aufrechterhalten. Als ein Beispiel führte Kunzmann an, dass Busfahrpläne nach dem Schulferienkalender aufgestellt würden. Wie kommen ältere Menschen aber in Ferienzeiten vom Dorf in die Stadt? Es sei wichtig, Mitfahrgelegenheiten zu organisieren und Bürgerbusse.

Busfahren im digitalen Zeitalter

Wenn Senioren in den Städten sich entschließen, das Auto stehen zu lassen und auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, seien die Barrieren für diese Entscheidung ebenfalls nicht niedrig. In manchen Kommunen beginnt es schon mit dem Ein- und Aussteigen in das jeweilige Verkehrsmittel. Selten passt der Bahnsteig zum einfahrenden Zug, wie Thaddäus Kunzmann nachwies. Dasselbe gelte auch für Bus und Straßenbahn. Wenn das Benutzen eines öffentlichen Verkehrsmittels bereits in dieser Weise mit Schwierigkeiten verbunden sei, wer wolle es den Seniorinnen und Senioren verübeln, wenn sie bei dem blieben, was sie bisher gewohnt seien? Eine Fahrkarte zu erwerben sei die nächste Schwierigkeit. Was auch jüngere Menschen vor Probleme stelle, sei für ältere fast unlösbar: menügesteuerte Fahrkartenautomaten oder die Berechtigung zur Fahrt mittels Smartphone-App. Es gibt inzwischen kommunale Schulungen für ältere Menschen, wo ihnen erklärt wird, wie das heutzutage mit dem Linienbus funktioniert. Dass z.B. der Ausstiegswunsch mittels Stoppsignal kundgetan werden muss. Solche Hilfe für eine neue Art der Mobilität (viele Senioren sind Jahrzehnte nicht mehr mit dem Bus gefahren) kann nur auf ehrenamtlicher Basis erfolgen. Wenn sich Senioren für Senioren ehrenamtlich engagieren, wird ein höherer Mobilitätsgrad zu erreichen sein.

Alter hat Zukunft

Professor Uwe Bähr, Vorsitzender des Landesseniorenrates, wies auf die Chancen und Herausforderungen des demografischen Wandels hin. In 42 Kreis seniorenräten und 180 Stadt- und Ortsseniorenräten in Baden-Württemberg zeigten die Mitglieder, dass sie verstanden hätten und ihrer Verantwortung gerecht werden wollten. Er plädierte für mehr Rechtssicherheit der Seniorenvertretungen und forderte, dass in den restlichen Kommunen ebenfalls Seniorenvertretungen gebildet werden müssten.

Forderungen des LSR an die Politik

Professor Bähr wies darauf hin, dass die Mehrheit der Alten nicht fit sei im Internet. Für ihn habe Alter dann Zukunft, wenn alte Menschen demokratisch in den Kommunen mitreden dürften. Alter habe dann Zukunft, wenn die Pflege besser organisiert und die Altersarmut wirksamer bekämpft würden. Schließlich forderte er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landesseniorenrates Baden-Württemberg die Einführung eines Landespflegegeldes, wie es in Bayern längst geschehen sei.

Mit dem Erfahrungsschatz wuchern

Mit der Ausstrahlung des aktiven Seniors, der seinen Platz gefunden hat, begrüßte Artur Kübler, Vorsitzender des KSR Heilbronn, die Teilnehmer des Landesseniorentages. Weil alte Menschen aus einem jahrzehntelangen Erfahrungsschatz schöpften, dürften sie mit Stolz zurückblicken, rief er den Anwesenden zu. Darum seien alte Menschen weder Bittsteller noch Leistungsempfänger, sondern vielmehr Leistungserbringer, ob in ihrem Umfeld oder der Familie. Denn nur wenn Alte und Junge zusammenarbeiteten, könnten die jungen Menschen die Lebensleistungen erbringen,



Professor Uwe Bähr

die ihnen abverlangt würden. Nur generationenübergreifend könne es gelingen, Lösungen auf drängende gegenwärtige Probleme zu finden.

Die Demokratie stärken

Er erinnerte die Älteren an die Zeiten, als europäische Politiker erste Anstrengungen unternahmen, eine Europäische Union zu formen als Ausdruck lebendiger Demokratie. Er rief auf, nicht zu schweigen, wenn diese Demokratie verächtlich gemacht wird. Der KSR Heilbronn sei geistig sehr mobil. So hätten sie in letzter Zeit eine Moschee besucht und auch der jüdischen Gemeinde einen Besuch abgestattet. Solch gelebte Toleranz sei ein wichtiges Vorbild für die junge Generation. Wenn alte Menschen lernen, sich gegenseitig in ihrer Unterschiedlichkeit zu akzeptieren, wird das auf die junge Generation abfärben. Kübler schloss sein ausführliches Grußwort mit einem Bibelvers: Und wenn sie auch alt werden, werden sie dennoch blühen, fruchtbar und frisch sein.

Wichtige Impulse von der Podiumsdiskussion

Zu der abschließenden Podiumsdiskussion waren Agnes Christner, Sozialbürgermeisterin der Stadt Heilbronn,

und Sabine Hagmann, Hauptgeschäftsführerin des Einzelhandelsverbandes Baden-Württemberg, sowie Franz Müntefering, Professor Hamann und Karl-Heinz Pastoors, stellvertretender Vorsitzender des Landesseniorenrates, geladen.

Mobilität als Qualitätskriterium

Die Bürgermeisterin von Heilbronn unterstrich, dass Mobilität ein wichtiges Kriterium für die Wohnqualität in der Kommune sei. Denn ob wir gut leben könnten, würde sich vor Ort entscheiden. In diesem Zusammenhang ermutigte sie die Zuhörer zu konstruktiver Kritik.

Senioren als wichtige Kundengruppe

Sabine Hagmann betonte, dass Senioren eine unverzichtbare Kundengruppe seien, die vom Einzelhandel sehr wohl wahrgenommen und geschätzt würde. So hätten manche Läden damit begonnen, die Regale niedriger zu machen. Der Handel beginne, die Verpackungsgrößen dem geringeren Bedarf älterer Menschen anzupassen. Zur Seniorenfreundlichkeit zähle für sie auch, dass z.B. der Bäcker den Senioren die Brötchen auf Wunsch nach Hause liefere. Frau Hagmann betonte, Handel werde es immer geben, wenn auch in veränderter Form. Sie teilte die allgemeine Befürchtung des allmählichen Sterbens der Läden nicht.

„Seniorenfreundlichkeit“ als Zertifikat

Karl-Heinz Pastoors zeigte seitens seines Amtes als KSR-Vorsitzender des Kreises Schwäbisch Hall die Gründe für die Landflucht auf: die Infrastruktur gehe zugrunde. Deshalb würden sich die Menschen selbstständig organisieren und nicht mehr auf die Politik warten. Inzwischen hätten sie als KSR begonnen, seniorenfreundliche Geschäfte zu zertifizieren. Kriterien seien dabei u.a. die



Podiumsdiskussion. v. l. n. r.: Franz Müntefering, Bürgermeisterin Agnes Christner, Moderator Uwe-Ralf Heer, Professor Dr. Wolf-Dietrich Hammann, Sabine Hagmann, Karl-Heinz Pastoors

deutliche, gut lesbare Preisauszeichnung, eine Sitzgelegenheit und eine Kunden-toilette.

Wohnraumförderung und bezahlbare Pflege

Professor Hammann nannte die Wohnraumförderung als Landes Anliegen und kündigte an, dass die Landesregierung

dieses in ihrem kommenden Haushalt berücksichtigen werde. Er forderte nachdrücklich, dass Pflege bezahlbar sein müsse, auch für niedrige Renten.

Wer sich engagiert, profitiert selbst am meisten davon

Franz Müntefering gab den Zuhörern zwei Fragen mit auf den Weg: Gibt es

noch Nachbarschaft? Und: Wie begegne ich Menschen? Er wies darauf hin, dass sich mit steigendem Alter der Lebensraum verkleinert. Dieses verkleinerte Umfeld gelte es zu gestalten.

Er plädierte dafür, sich nicht erst mit 60 Jahren mit dem Alter auseinanderzusetzen. Schon vorher sollten die Menschen aktiv sein. Jeder kann sich in jedem Alter engagieren und einsetzen. Wer sich engagiert, lernt und tut etwas für die Zukunft. Wer sich engagiert, dem geht es insgesamt besser. Müntefering sagte: „Nicht handeln kann man nicht, nicht handeln ist auch handeln.“

Marianne Kopp ist tätig in der Redaktion des Landesseniorenrats Baden-Württemberg e.V.

Nachhaltigkeitsmanagement im Enzkreis // Agenda 2030

Von Wolfgang Herz und Dr. Jannis Hoek, Pforzheim

Das Nachhaltigkeitsmanagement des Enzkreises orientiert sich an der „Kommunalen Initiative Nachhaltigkeit“ der Landesregierung. Den ersten Meilenstein auf dem Weg einer nachhaltigen Entwicklung bildet das fortgeschriebene „Leitbild für den Enzkreis // Agenda 2030“. Im Zuge der Umsetzung einer eigens zu erarbeitenden Nachhaltigkeitsstrategie, mitsamt eines Indikatorensets zum Monitoring sowie weiteren Instrumenten, wie beispielsweise einer überarbeiteten Beschaffungsrichtlinie und einer Beteiligungsplattform für die Öffentlichkeit, sollen weitere konkrete Maßnahmen für eine generationengerechte Zukunft folgen.

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen

Sie betrifft uns alle, die Agenda 2030, die am 25. September 2015 auf einem Gipfel der Vereinten Nationen von allen 193 Mitgliedsstaaten als eine Art Zukunftsvertrag für die Weltgemeinschaft verabschiedet wurde.



Die im vollen Wortlaut „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ bezeichnete Selbstverpflichtung soll die längst überfällige Transformation der Volkswirtschaften hin zu einer deutlich nachhaltigeren und inklusiveren Entwicklung vorantreiben. Gleichzeitig drückt die internationale Staatengemeinschaft damit ihre Überzeugung aus, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen. Die 17 Agenda-Ziele und deren 169 Unterziele sind untrennbar miteinander verwoben und umfassen das globale Grundverständnis von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verträglichkeit und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Die ambitionierten Ziele wirken dem Klimawandel, dem Verlust der Biodiversität, Armut, Hunger, Ungleichheiten und einem mit hohem Ressourcenverbrauch assoziierten Wirtschaften entgegen, zeigen also globale Herausforderungen auf, bei denen weltweit umgesteuert werden muss. Megatrends, wie die Digitalisierung des Alltags oder die Energie- und Verkehrswende, finden ebenso im Zielkatalog ihre Berücksichtigung. So soll die Agenda 2030 als Chance genutzt werden, den Wandel über verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster hin zu weltweit nachhaltigen und emissionsarmen Lebens- und Wirt-

schaftsweisen zu schaffen und die Daseinsvorsorge, z.B. im Gesundheits- und Bildungssektor, zu sichern. Damit entsteht ein neues, globales Wohlstandsverständnis, das über die eingeschränkte Betrachtung von Einkommensindizes weit hinausgeht. Dem entsprechend sollen die Schwächsten dieser einen Welt mitgenommen und auch für kommende Generationen die Chance auf ein erfülltes Leben gesichert werden.

Nachhaltigkeitsstrategien von Bund und Land

Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass die Agenda 2030 ihrem hohen Anspruch nur gerecht werden kann, wenn Umsetzungserfolge und -probleme deutlich benannt werden und ein gegenseitiger Lernprozess gefördert wird. Mit der Definition des eigenen Beitrags zum Erreichen der Ziele und der Sicherung einer „enkeltauglichen“ Zukunft in Form der ressortübergreifenden Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (Beschluss 2017) hat sich der Bund zu einem glaubwürdigen Partner auf diesem Weg gemacht. Noch weitaus früher, bereits im Jahr 2007, hat sich die Landesregierung Baden-Württemberg zum Weg einer nachhaltigen Entwicklung bekannt und dieses Paradigma zu ihrem

Markenzeichen gemacht. Damals wurde ein umfassender Zielprozess eingerichtet, der die Zielsetzungen der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 und der Folgekonferenz in Johannesburg 2002 umsetzen sollte. Die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung des Landes wurden im Jahr 2008 im Rahmen der damaligen Nachhaltigkeitskonferenz für Baden-Württemberg verabschiedet. Um über den Stand und Fortschritt der nachhaltigen Entwicklung zu informieren, wird seit 2014 alle zwei Jahre ein Indikatoren-Bericht erstellt, der auch eine Kontrollfunktion erfüllt.

Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, der ein mehrjähriger partizipativer Prozess zugrunde liegt, fokussiert sich auf die konkrete Umsetzung von Maßnahmen gemeinsam mit relevanten Stakeholdern, z.B. den Unternehmen, Kommunen und verschiedenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Jugend. Flankiert wird die Strategie vom Beirat der Landesregierung für nachhaltige Entwicklung, der als fachlich facettenreiches Gremium Impulse und Handlungsempfehlungen zur Landesentwicklung gibt, z.B. zu den Themen Integration, Klimaschutz und erneuerbare Energien, nachhaltige Mobilität oder Ressourcenschonung.

Die zentrale Rolle bei der Umsetzung der ambitionierten Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württembergs spielen jedoch die Gemeinden, Städte und Landkreise. Vor diesem Hintergrund wurde die „Kommunale Initiative Nachhaltigkeit“ eingerichtet, mit dem Ziel, Instrumente des Nachhaltigkeitsmanagements in Kommunen zu verankern. Größere Kommunen und Landkreise sollen demzufolge mit einer integrierten Nachhaltigkeitssteuerung als zentralem Lenkungsorgan für das Handeln ausgestattet werden. Im Besonderen werden ein Energie- und Umweltmanagement, Indikatoren- und Nachhaltigkeitsberichte, Instrumente zur nachhaltigen Beschaffung, z.B. Dienstanweisungen

und Leitfäden sowie ein Prüfsystem für konkrete Maßnahmen, der sogenannte Nachhaltigkeitscheck, auf kommunaler Ebene in der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes benannt. Auch Bürgerbeteiligungsprozesse und der Erfahrungsaustausch spielen eine wesentliche Rolle der Strategie und werden demnach unterstützt.

Koordination kommunaler Entwicklungspolitik im Enzkreis

Mit Kreistagsbeschluss vom Juli 2017 und dem Unterzeichnen der Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ hat sich auch der Enzkreis zu den 17 Agenda-Zielen und einer nachhaltigen Entwicklung bekannt.

Für den Prozess, Instrumente des Nachhaltigkeitsmanagements im Enzkreis zu verankern, wurde eine zu 90 Prozent geförderte Koordinationsstelle geschaffen. Die mit Dr. Jannis Hoek besetzte Stelle des „Koordinators kommunaler Entwicklungspolitik“ ist im Landratsamt bei der Stabsstelle Klimaschutz und Kreisentwicklung angesiedelt und damit auch dem Ersten Landesbeamten und Dezernenten für Infrastruktur, Umwelt und Gesundheit des Enzkreises, Wolfgang Herz, zugeordnet. Die dadurch gegebene direkte Verbindung zur Hauspitze ist ein struktureller Gunstfaktor, der den weitreichenden und querschnittsorientierten Prozessen, eben jener Verankerung von Instrumenten des Nachhaltigkeitsmanagements, aufgrund der kurzen Dienstwege zugutekommt und sie effizient gestalten lässt. Gefördert werden die Personalkosten und Sachmittel durch die Engagement Global gGmbH im Rahmen des Servicestelle Kommunen in der Einen Welt-Programms mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die Stelle des Koordinators kommunaler Entwicklungspolitik ist

seit Juli 2018 besetzt und der Prozess einer nachhaltigen Entwicklung im Enzkreis in nur kurzer Zeit durchaus von Erfolg gekrönt. Den ersten Meilenstein zur strukturellen Verankerung des Nachhaltigkeitsparadigmas der Agenda 2030 war zunächst die Fortschreibung des Enzkreis-Leitbildes im Lichte der 17 Agenda-Ziele, die entsprechend der Zuständigkeiten und Möglichkeiten des Landkreises auf die Kreisebene heruntergebrochen wurden.

Das Leitbild für den Enzkreis // Agenda 2030

Bereits die Urfassung des *Leitbildes für den Enzkreis*, aus dem Jahr 2001, enthielt ein Bekenntnis zur Nachhaltigkeit im seinerzeit noch vorwiegend umweltschutzorientierten Verständnis: *Das Leitbild folgt dem Grundsatz der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit im Enzkreis bedeutet „Lebensvielfalt in einer gesunden Umwelt. Sie zu fördern und weiterzuentwickeln, einen intakten Lebensraum für künftige Generationen zu erhalten, ist Ziel und Verpflichtung.“* Der Kreistag hatte sich mit der Erarbeitung des *Enzkreis-Leitbildes* (2001), dessen Änderungen im Zusammenhang mit der

demografischen Entwicklung und aus Anlass der Verwaltungsstrukturreform von 2005 (2007) sowie ergänzend eingefügten Klimaschutzzielen (2012) dazu bekannt, strategische Entwicklungskonzepte für Zukunftsthemen zu erarbeiten und diese in enger Abstimmung mit den Gemeinden schrittweise umzusetzen. Die Nachhaltigkeitsstrategie der UN bietet die Möglichkeit, diese Ansätze weiter zu entwickeln und die insgesamt gute Ausgangssituation des Enzkreises als attraktive Lebensregion im zunehmenden Wettbewerb zu stärken.

Das im Lichte der Agenda 2030 fortgeschriebene Leitbild für den Enzkreis wurde am 10. Dezember 2018 vom Kreistag verabschiedet und dient fortan als neuer Orientierungs- und Handlungsrahmen für das Schaffen jeder Mitarbeiterin und jedes Mitarbeiters der Verwaltung sowie für künftige Kreistagsbeschlüsse. Es wurde „von innen heraus“ durch die verschiedenen Dezernate, Ämter und Stabsstellen des Landratsamtes aktualisiert sowie im Kreistag in zwei Vorberatungsrunden mit acht Sitzungen intensiv diskutiert. Der Umfang des Werks hat sich, nach der letzten Fortschreibung im Jahr 2012, nicht wesentlich verändert, wohl aber der Inhalt: Der Enzkreis möchte sich auf Basis seiner altbewährten Identität und einem gleichzeitig neuen Profil in Richtung einer nachhaltigen und generationengerechten Zukunft entwickeln.

Inzwischen ist die neue Leitbild-Broschüre in einer ansprechenden Printversion erschienen und auch über die Homepage des Landratsamtes als Webversion verfügbar. Die Broschüre ist dabei nicht nur ein echter Hingucker, sondern auch selbst ein nachhaltiges Produkt: Für den Druck, in einer bewusst geringen Stückzahl von nur 440 Exemplaren, wurden insgesamt 1300 kg CO₂ kompensiert, und auch das Papier erfüllt die höchsten ökologischen Standards: Es trägt die Siegel des Blauen Engels, das EU Ecolabel sowie FSC und erstrahlt dennoch in einem hohen Weißegrad. Die „Schweizer





Broschur“ wurde von einer Pforzheimer Agentur konzipiert und einer Druckerei im Enzkreis gefertigt, nicht zuletzt, um Transportwege und damit CO₂-Emissionen einzusparen. Dass in der Leitbild-Broschüre die Agenda 2030 steckt, lässt sich bereits auf dem Deckblatt des Einbandes erfühlen. So ist das Kreiselement des Enzkreis-Designs mit einer Prägung versehen, die an die 17 Agenda-Ziele erinnert. Außer der Broschüre gibt es eine als Leporello aufgelegte Kurzfassung; eine Version in englischer sowie in leichter Sprache ist geplant. Bei der offiziellen Vorstellung und Unterzeichnung der Broschüre am 8. Mai 2019 war die positive Grundhaltung unter den anwesenden Akteuren deutlich spürbar. Das mit ansprechendem Fotomaterial aus dem Enzkreis angereicherte Leitbild wurde von den Fraktionsvorsitzenden Günter Bächle (CDU), Elisabeth Vogt (B'90/GRÜNE, hier durch Joachim Wildenmann vertreten), Landrat Bastian Rosenau, Hans Vester (SPD) und Werner Henle (FWV) unterschrieben – sehr zur Freude von Edith Marqués Berger, Leiterin der Stabsstelle Klimaschutz und Kreisentwicklung, des Koordinators kommunaler Entwicklungspolitik Dr. Jannis Hoek und des Ersten Landesbeamten Wolfgang Herz (Bild siehe rechts unten. Von links nach rechts, stehend).

Die Broschüre soll einladen zum Lesen und Nachdenken, insbesondere aber ein Zeichen setzen und mindestens einmal im Jahr hervorgeholt und aktiv in die Zieldiskussion der Verwaltung einbezogen werden. Das Leitbild ist also als Selbstverpflichtung zu verstehen, sich frühzeitig auf kommende Veränderungen einzustellen, durch innovative und kreative Ideen neue Entwicklungen in Gang zu setzen und zukunftsorientiert zu handeln. Jede/r ist damit aufgefordert, das Leitbild in seinem/ihrer Bereich mit Leben zu füllen. Ebenso möchte der Enzkreis Vorreiter für seine Gemeinden sein.

Normative Zielsetzungen

Im neuen Leitbild sind die großen Zukunftsthemen zunächst normativ erfasst: So finden z.B. die Digitalisierungsstrategie und der Breitbandausbau erstmalig ihren Platz. Zudem haben die Belange des Umweltschutzes ein Update erfahren und mit der Reduktion der CO₂-Emissionen um 45 % bis 2030 ein neues Zwischenziel für das Landratsamt erhalten. Damit wird schon die Regelung im neuen Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg aufgegriffen. Ebenso wurden die großen sozialen Themen, wie beispielsweise die Integration, Bildung, Gesundheit, Inklusion und Generationengerechtigkeit, überarbeitet oder erstmalig in der Zielsetzung mit aufge-

nommen. Der Begriff Nachhaltigkeit, der das Profil des Enzkreises fortan prägt, fokussiert somit gleichsam technische und wirtschaftliche Entwicklungen, Umweltbelange sowie gesellschaftliche Themen. Der Nachhaltigkeitsbegriff im Enzkreis und auch die Agenda 2030 selbst sind somit weit davon entfernt, nur eine neue Ökobewegung zu sein. Es geht vielmehr darum, die weltweiten Auswirkungen des eigenen lokalen Handelns zu hinterfragen, Verantwortung beispielsweise für Generationengerechtigkeit und Produktionsbedingungen zu übernehmen und den Enzkreis mit seiner wertvollen Natur- und Kulturlandschaft und seinen Menschen zu stärken und zeitgemäß zu entwickeln. Um die im Leitbild aufgeführten Inhalte direkt in den Zusammenhang konkreter Maßnahmen zu stellen, sollen die Beilagen für Beschlüsse des Kreistages zukünftig mit einer entsprechenden Referenz der Leitsätze versehen und so der Bezug zu den Agenda-Zielen sichtbar gemacht werden.

Instrumente und Umsetzungsfokus

Aufbauend auf dem neuen Leitbild soll eine Nachhaltigkeitsstrategie folgen, die direkt auf das alltägliche Handeln der Verwaltung wirken und die Agenda 2030 im Enzkreis mit Leben füllen soll. Leit-



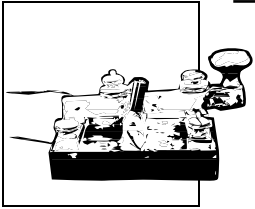
bild und Nachhaltigkeitsstrategie bilden die Grundlage für die strategische Zielplanung der Kreisverwaltung. Aus dem strategischen Ansatz sollen also konkrete „enkeltaugliche“ Maßnahmen resultieren, deren Fortschritt über ein Indikatorenset sichtbar gemacht werden soll. Vieles ist dennoch als Prozess zu sehen und nicht innerhalb kürzester Zeit umzusetzen. Einen weiteren Meilenstein bildet die Fortschreibung der Beschaffungs-Richtlinie für den Enzkreis, die aktuell entlang verschiedener Produkte diskutiert wird. So sollen fortan nicht nur ökologische, sondern nach Möglichkeit auch soziale Sachverhalte wie die Einhaltung der IAO-Kernarbeitsnormen bei der Beschaffung berücksichtigt werden. Der Enzkreis ist bereits seit 2017 als Fair-Trade-Landkreis zertifiziert und informiert aktiv über die Prinzipien des fairen Handels bei verschiedensten Veranstaltungen. Eine neue Kampagne sieht das Bewerben von fairen Sportbällen in Schulen und Vereinen vor. Aktuell wird zudem die flächendeckende Einführung von Recyclingpapier in der Verwaltung diskutiert. Bei allen Projekten soll das Hauptaugenmerk aber auf der Partnerschaftlichkeit liegen, um Lösungen zu

finden, die auch die unterschiedlichen Bedarfe der Akteure erfüllen. Die globale Sicht des Enzkreises äußert sich ebenso in der kommunalen Klimapartnerschaft mit dem Masasi-District in Tansania, die bereits seit 2011 besteht. Ganz im Sinne der „Kommunalen Initiative Nachhaltigkeit“ der Landesregierung sowie dem Agenda-Ziel 17 „Partnerschaften zum Erreichen der Ziele“ soll auch die Beteiligung der Öffentlichkeit im Enzkreis gestärkt werden. Hierfür ist eine digitale Beteiligungsplattform avisiert. Als Pilotkommune ist der Enzkreis auch bei der Erprobung des Nachhaltigkeitschecks, des sogenannten Kommunalen NI-Checks, involviert, dessen Einführung ebenfalls diskutiert wird. Ferner ist die Mitarbeit des Enzkreises in übergeordneten Gremien Teil der Nachhaltigkeitsstrategie. So engagieren sich Landrat Bastian Rosenau und weitere Vertreter des Kreistags in den Fachausschüssen der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), unter anderem im Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit. Der Landrat war Mitunterzeichner eines offenen Briefs für eine nachhaltigere und gerechtere europäische Zukunft an den

Europäischen Rat und seine Mitgliedstaaten zur Sitzung des Future of Europe Treffens, das am 9. Mai 2019 in Sibiu (Rumänien) stattgefunden hat. Ganz im Sinne der Kommunalen Initiative Nachhaltigkeit der Landesregierung sowie dem Agenda-Ziel 17 Partnerschaften zum Erreichen der Ziele soll auch die Beteiligung der Öffentlichkeit im Enzkreis gestärkt werden. Die anspruchsvollen Einzelthemen der Agenda 2030, erst recht die Komplexität der interdisziplinären Zusammenhänge, muss immer wieder kommuniziert und allgemein verständlich erklärt werden. Die globalen Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung müssen möglichst passgenau in den Kommunen angewendet werden können.

Es passiert viel im Enzkreis, aber auch in dieser Vorreiterrolle ist der Weg einer nachhaltigen Entwicklung noch lang.

Wolfgang Herz ist Erster Landesbeamter des Enzkreises, Dr. Jannis Hoek ist Koordinator kommunaler Entwicklungspolitik im Landratsamt Enzkreis



NACHRICHTEN

Digitalisierungszentrum Ulm | Alb-Donau | Biberach geht an den Start

53 000 Unternehmen. 500 000 Einwohner. Eine Anlaufstelle für Digitalisierungsfragen. Das war die Idee für die Gründung eines Digitalisierungszentrums (Digital Hub) Ulm | Alb-Donau | Biberach. Am 9. Mai 2019 erfolgte nun vor rund 200 Gästen der offizielle Startschuss im Business Park Ehingen. Mit dabei war auch die Wirtschaftsministerin des Landes Baden-Württemberg, Frau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, die einen Förderbescheid in Höhe von fast einer Millionen Euro im Gepäck hatte.



Digitalisierungszentrum ulm | alb-donau | biberach

„Wir freuen uns sehr, dass es nun endlich losgeht. Das Digitalisierungszentrum ergänzt unsere bisherigen Aktivitäten im Bereich Digitalisierung in idealer Weise“, sagt der Ulmer Oberbürgermeister Gunter Czisch, der zugleich Vorstandsvorsitzender des Vereins Digitalisierungsregion Ulm | Alb-Donau | Biberach e.V. ist. Dieser Verein betreibt das Digitalisierungszentrum. Mitglieder sind die IHK Ulm, der Alb-Donau-Kreis, der Landkreis Biberach und der Stadtkreis Ulm sowie die Städte Biberach, Ehingen und Riedlingen. Diese Mitglieder stellen letztlich



Übergabe des Förderbescheids an den Verein Digitalisierungsregion Ulm | Alb-Donau | Biberach V.l.n.r.: Marcus Schafft (Bürgermeister Stadt Riedlingen), Ralf Miller (Erster Bürgermeister Stadt Biberach), Dr. Heiko Schmid (Landrat Kreis Biberach), Heiner Scheffold (Landrat Alb-Donau-Kreis), Dr. Jan Stefan Roell (Präsident IHK Ulm), Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut (Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg), Alexander Baumann (Oberbürgermeister Stadt Ehingen), Otto Sälzle (Hauptgeschäftsführer IHK Ulm), Gunter Czisch (Oberbürgermeister Stadt Ulm)

auch die Finanzierung für insgesamt fünf Jahre sicher. Zudem erhält das Digitalisierungszentrum Ulm | Alb-Donau | Biberach in den ersten drei Jahren eben auch Fördermittel von fast einer Millionen Euro vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg.

Das Angebot des Digitalisierungszentrums richtet sich vor allem an die Wirtschaft. „Daher hat sich die Vollversammlung der IHK Ulm auch einstimmig dazu bereit erklärt, bis zu 750 000 Euro einzubringen und so zusammen mit den Gebietskörperschaften eine solide Finanzbasis zu sichern“, sagt Otto Sälzle, Hauptgeschäftsführer der IHK Ulm und

stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Vereins.

Das Digitalisierungszentrum Ulm | Alb-Donau | Biberach wird technische Infrastruktur sowie Know-how zur Erprobung und Entwicklung neuer digitaler Lösungen, Produkte und Geschäftsmodelle für Unternehmen aller Branchen zur Verfügung stellen. Dazu werden unter anderem Räumlichkeiten für Experimentierräume, Informationsräume und Coworking Spaces vorgehalten. Zusammen mit Serviceleistungen wie Beratungen und Veranstaltungen sowie einer zentralen Lotsen- und Bündelungsfunktion hinsichtlich der heute schon existierenden Angebote verschiedener

Akteure, wird gerade den kleineren und mittleren Unternehmen der Region damit der Zugang zu neuen Technologien deutlich erleichtert. Und dies eben auch im ländlichen Raum. Denn neben einer Zentrale in Ulm sind auch Standorte in Ehingen und Riedlingen sowie am Kompetenzzentrum für Building Information Modeling an der Hochschule Biberach vorgesehen. Da der Ulmer Standort zudem erst im Herbst bezogen werden kann, ist der Business Park Ehingen derzeit Sitz des Digitalisierungszentrums.

„Für uns war ein solcher dezentraler Ansatz von Beginn an ein entscheidendes Element, damit alle Unternehmen davon profitieren können. Im laufenden Betrieb soll daher auch ein weiterer Standort im nördlichen Alb-Donau-Kreis entstehen“, sagt Heiner Scheffold, Landrat des Alb-Donau-Kreises. Sein Kollege, der Biberacher Landrat Dr. Heiko Schmid bestätigt: „Es ist richtig, das Angebot des Digitalisierungszentrums bewusst auch in die Fläche zu tragen und den ländlichen Raum zu bedienen. Das Digitalisierungszentrum mit seinen Räumlichkeiten in Riedlingen, Ehingen, Biberach und Ulm soll dabei erste Anlaufstelle sein, wenn Händler, Industrieunternehmen, Handwerksbetriebe und Dienstleister Fragen zur Digitalisierung haben.“

Und welche Unterstützung erhalten die Unternehmen nun konkret? Dies stellten bei der Auftaktveranstaltung der Leiter des Digitalisierungszentrums, Alexander Nikolaus, und sein Fachberater, Patrick Söll, dar. Demnach wurden bereits eine Vielzahl an Beratungssprechtagen, Workshops und Veranstaltungen entwickelt und terminiert. Der Schwerpunkt liegt dabei zunächst auf den Gebieten eCommerce und Building Information Modeling. Zusammen mit den Themen „Internet of Things“ und „Virtual bzw. Augmented Reality“ wurden diese beiden Gebiete auch als Kompetenzfelder des Digitalisierungszentrums ausgelotet, da dort ein regionales Angebot bis



Feierliche Eröffnung des Digitalisierungszentrums Ulm | Alb-Donau | Biberach mit Konfettiregen
V.l.n.r.: Ralf Miller (Erster Bürgermeister Stadt Biberach), Marcus Schafft (Bürgermeister Stadt Riedlingen), Dr. Jan Stefan Roell (Präsident IHK Ulm), Dr. Heiko Schmid (Landrat Kreis Biberach), Heiner Scheffold (Landrat Alb-Donau-Kreis), Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut (Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg), Alexander Baumann (Oberbürgermeister Stadt Ehingen), Gunter Czisch (Oberbürgermeister Stadt Ulm), Otto Sälzle (Hauptgeschäftsführer IHK Ulm)

dato nicht existiert, ausgebaut werden sollte oder ideal weiterentwickelt werden kann. Selbstverständlich sollen die Angebote aber kontinuierlich an neue Trends und technologische Entwicklungen angepasst werden. Hierfür sieht der Verein auch die Einsetzung eines Fachbeirats mit regionalen Experten und Multiplikatoren vor. Dieser wird im Juni erstmals tagen.

Information:

Das Digitalisierungszentrum Ulm | Alb-Donau | Biberach ist ein Projekt des Vereins Digitalisierungsregion Ulm | Alb-Donau | Biberach e.V. Mitglieder dieses Vereins sind die IHK Ulm, der Alb-Donau-Kreis, der Landkreis Biberach, der Stadtkreis Ulm und die Städte Biberach, Ehingen und Riedlingen. Den Vereinsvorstand bilden die Vertreter der Kreise und der IHK Ulm. Vorstandsvorsitzender ist der Ulmer Oberbürgermeister Gunter Czisch. Geschäftsführender Vorstand ist Jonas Pürckhauer, Mitglied der Geschäftsleitung der IHK Ulm.

Weitere Informationen zum Digitalisierungszentrum Ulm | Alb-Donau | Biberach und den bereits fixierten Angeboten finden Sie unter: www.dz-uab.de

Kooperationsvereinbarung „Lokale Sicherheitskonferenzen – für einen sicheren Alltag“ unterzeichnet

In einer zunehmend digitalisierten und vernetzten Gesellschaft haben vor allem Falschmeldungen mit ihrem manipulativen Charakter und der viralen Verbreitung über das Internet einen erheblichen Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Mit der Idee zu lokalen Sicherheitskonferenzen haben die Kommunalen Landesverbände, die Landeszentrale für politische Bildung und das Innenministerium diesen Punkt aufgegriffen und wollen dem negativen Einfluss entgegenwirken. „Das nehmen wir ernst, wir lassen die Menschen mit ihren Empfindungen nicht alleine“, sagte der Stv. Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung „Lokale Sicherheitskonferenzen – für einen sicheren Alltag“ am 19. Juni 2019 in Stuttgart. Die Zusammenarbeit zwischen den Kommunalen Landesver-



Von links nach rechts: Landesvorsitzender der GdP, Hans-Jürgen Kirstein; Präsident des Landkreistages, Joachim Walter; Präsident des Gemeindetages, Roger Kehle; Innenminister Thomas Strobl; Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetages, Gudrun Heute-Bluhm; Direktor der Zentrale für politische Bildung, Lothar Frick; Leitender Ministerialrat Dietrich Moser von Filseck; Ministerialrätin Sandra Käfer.

bänden und dem Innenministerium hat eine lange Tradition. Bereits seit den frühen 2000er-Jahren befassen sich die Partner mit der Stärkung des Sicherheitsgefühls in Baden-Württemberg, obwohl Baden-Württemberg als eines der sichersten Länder bundes-, ja weltweit, einzuordnen ist.

Lokale Sicherheitskonferenzen vor Ort verfolgen den Zweck, besondere Kriminalitätsformen oder aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen, die sich negativ auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung auswirken können, vor Ort aufzugreifen. Besteht ein aktueller Anlass vor Ort, können der Landkreis, der Stadtkreis, die Städte und Gemeinden im Einvernehmen mit dem zuständigen regionalen Polizeipräsidium gemeinsam zu einer lokalen Sicherheitskonferenz einladen, um der Bevölkerung die tatsächliche Lage und bereits eingeleitete oder geplante Maßnahmen vorzustellen. Dadurch soll der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern intensiviert und das positive Sicherheitsgefühl gestärkt werden.

Die Lokalen Sicherheitskonferenzen umfassen weiterhin Vorträge, die the-

men- und zielgruppenorientiert durch die Landespolizei, die Landeszentrale für politische Bildung und das Landesamt für Verfassungsschutz den Städten und Gemeinden angeboten werden. Das Themenspektrum reicht von Wohnungseinbruchsdiebstahl über Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum bis hin zu politisch motivierter Kriminalität und Reichsbürgern.

Außerdem ist ein Aus- und Fortbildungskonzept von kommunalen Multiplikatoren Bestandteil der Kooperationsvereinbarung. Das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) bietet zur weiteren Bekämpfung des Extremismus auf kommunaler Ebene Fortbildungen bei Berufsgruppen an, die durch ihre tägliche Arbeit Kontakt zu radikalisierten oder radikalierungsgefährdeten Personen haben können.

Jährliche Sicherheitstagungen der regionalen Polizeipräsidien mit den Landkreisen, Stadtkreisen, Städten und Gemeinden sollen das Gesamtkonzept abrunden. Im Rahmen von Bürgermeisterdienstversammlungen oder anderen Formen der Zusammenkunft kann die Leitung

eines regionalen Polizeipräsidiums den politisch Verantwortlichen die Sicherheitslage jeweils landkreisbezogen vorstellen und so über polizeiliche Schwerpunktthemen und präventivpolizeiliche Angebote informieren. Gleichzeitig besteht für den Landkreis und die Kommunen in diesem Zuge die Möglichkeit, eigene Herausforderungen und Problemstellungen zu kommunizieren und auf sicherheitsrelevante Entwicklungen hinzuweisen.


„Durch die vereinbarten lokalen Sicherheitstagungen wird die bereits bestehende intensive Zusammenarbeit zwischen Landkreisen und Polizeipräsidien weiter gestärkt. Sie ermöglichen es, direkt bestehende lokale Herausforderungen anzugehen“, erklärt der Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg und Landrat des Landkreises Tübingen Joachim Walter. Weiter führt Präsident Walter aus: „Beim jetzt gewählten Schwerpunkt ‚Radikalisierung von Jugendlichen‘ ist die Schulung von kommunalen Multiplikatoren ein wichtiger und notwendiger Baustein“.

Beitritt des Landkreistages Baden-Württemberg zum Pakt zur Beendigung der sexuellen Gewalt gegen Kinder

Jedes fünfte Kind („One in Five“) in Europa wurde vermutlich schon einmal Opfer einer Form von sexueller Gewalt. Verschiedene Forschungsobjekte kommen zu diesem erschreckenden Ergebnis. Sexuelle Gewalt kann viele Formen annehmen, beispielsweise Inzest, Pornografie, Menschenhandel, Ansprechen im Internet, sexuelle Ausbeutung und sexueller Missbrauch.

Für die Betroffenen kann dies fatale psychische und körperliche Folgen haben, unter denen sie oft ein Leben lang leiden. Sexuelle Gewalt findet häufig im Verborgenen statt. Deshalb ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Die Opfer er-

halten oft keine adäquate Therapie. Die Landkreise haben als Träger der öffentlichen Jugendhilfe einen besonderen Schutzauftrag. Die Jugendämter stehen an vorderer Front im Kampf gegen die sexuelle Gewalt gegenüber Kindern. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE), eine Institution des Europarats, hat im Jahr 2012 den „Pakt zur Beendigung der sexuellen Gewalt gegen Kinder“ ins Leben gerufen. Darin geht es im Wesentlichen um die Bereiche Prävention, Schutz, Strafverfolgung und Partizipation. Nähere Informationen finden Sie auf der Homepage des Landkreistages Baden-Württemberg und unter dem Link <http://www.congress-pactin5.eu/>.

 Pakt zur Beendigung der sexuellen Gewalt gegen Kinder



Der Sozialausschuss des Landkreistages Baden-Württemberg hat in seiner Sitzung am 21. Mai 2019 den Beitritt zum Pakt beschlossen. Die Unterzeichnung der „One in five“ Erklärung des Europarats durch den Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Dr. Alexis v. Komorowski fand am 28. Juni 2019 im Landtag von Baden-Württemberg statt.

Abgeordneter Frey MdL (GRÜNE) begrüßt den Paktbeitritt des Landkreistages Baden-Württemberg mit folgenden Worten: „2013 wurde der Pakt der Städte und Regionen zur Beendigung von sexueller Gewalt gegen Kinder ins Leben gerufen, durch welchen auch Städte und Regionen in den Kampf gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern tatkräftig aktiv werden sollen.“

Aktuelle Schätzungen gehen von hohen Zahlen von Kindermisbräuchen aus. In Deutschland sollen laut der Polizeilichen Kriminalstatistik 2018 fast 15 000 Kindern sexuelle Gewalt widerfahren sein – im Schnitt sind das 40 Kinder jeden Tag.



V.l.n.r.: Josef Frey MdL, Mitglied im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE), Dr. Alexis v. Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags, Gabriele Neff, Vorsitzendes des Ausschusses für Aktuelle Angelegenheiten des KGRE

Dazu kämen viele weitere unentdeckte Fälle. Dies zeigt die leider hohe Relevanz dieses Themas. Die Mitwirkung von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in dem Bereich ist daher europäisch

von besonderer Wichtigkeit und es sollte daran weitergearbeitet werden, weitere Städte und Regionen ins Boot zu holen. Für die Unterstützung des Landkreistages Baden-Württemberg in dieser Sache

Hintergrundinformationen zum Kongress der Gemeinden und Regionen Europas:

Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE) ist die institutionelle Vertretung der über 200 000 regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der 47 Mitgliedstaaten des Europarates. Er wurde 1994 als Nachfolgeeinrichtung der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas geschaffen. Der Kongress verfolgt die gleichen Ziele wie der Europarat: den Schutz der Menschenrechte, das Eintreten für Rechtsstaatlichkeit und die Entwicklung der Demokratie in den Mitgliedstaaten.

Als beratendes Gremium des Europarates verfasst der Kongress kontinuierlich Berichte, Empfehlungen und Entschlüsse zu Fragen der Kommunal- und Regionalpolitik und richtet sie an das Ministerkomitee. Zudem überwacht er die Einhaltung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung und führt Wahlbeobachtungen in den Mitgliedstaaten durch. Die sachpolitische Arbeit erfolgt in drei Fachausschüssen: dem Monitoring-Ausschuss, dem Governance-Ausschuss und dem Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten („Current Affairs“).

Der Kongress setzt sich aus 318 Delegierten und ebenso vielen stellvertretenden Delegierten zusammen, die von den Mitgliedstaaten des Europarates für jeweils zwei Jahre entsandt werden. Bei der Besetzung wird auf eine ausgeglichene Vertretung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften geachtet. Der Kongress ist in eine Kammer der Kommunen und eine Kammer der Regionen unterteilt. Präsident des Kongresses ist seit 7. November 2018 der Schwede Anders Knappe. Deutschland verfügt im Kongress über 18 ordentliche Mitglieder und ebenso viele Stellvertreter, die jeweils zur Hälfte aus Kommunen und Bundesländern kommen.

durch die Unterzeichnung des Pakts „One in Five“ möchte ich deshalb an dieser Stelle meinen besonderen Dank und Respekt aussprechen.“

Bildungsplattform der Landkreise in Baden-Württemberg

www.qualifiziert-engagiert-bw.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachdem mehr und mehr Landkreise Bildungsnetzwerke zur Planung und Steuerung von Qualifizierungsangeboten für Ehrenamtliche gegründet haben und über Fördermittel den jeweils landkreis-eigenen Aufbau einer digitalen Plattform beantragt haben, schätzt sich der Landkreistag glücklich, durch Unterstützung des Ministeriums für Soziales und Integration eine landesweite Internetseite aufbauen zu können und die guten landkreisbezogenen Ideen in einer landesweiten Strategie verwirklichen zu können. Die Gründung von Bildungsnetzwerken zusammen mit der Bildungsplattform für Engagierte www.qualifiziert-engagiert-bw.de bietet Bildungsträgern, freien Trägern und allen Akteuren, die zur Qualifizierung ehrenamtlich Engagierter beitragen, die Möglichkeit, die Angebote



für ihren Landkreis bedarfsorientiert miteinander zu planen bzw. abzustimmen und zugleich systematisch, immer aktuell und ansprechend öffentlich zu präsentieren. Dadurch können Doppelangebote vermieden und Synergien geschaffen werden.

Da die Bildungsplattform mit den Modellstandorten nun entwickelt ist, können ab 2020 alle weiteren Landkreise in das Projekt einsteigen.

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar J. Herdes

Dezernent für Arbeit, Soziales, Teilhabe

Bürgerschaftliches Engagement profitiert von Qualifizierung

Jeder freiwillig, bürgerschaftlich Engagierte profitiert (auf unterschiedliche Art und Weise) davon, dass Fachkräfte die Freiwilligen bei der Entwicklung ihrer Motivation und auch ihrer Handlungskompetenz durch Qualifizierung, Beratung, Vernetzung, Organisations- und Projektentwicklung stärken. Sowohl das Referat Bürgerengagement im Sozialministerium (Ref.24) als auch die BE-Fachstelle des Landkreistags¹ und auch nahezu alle BE-Fachstellen in den „engagementaktiven Landkreisen“ bieten unterschiedlichen Gruppen von Engagierten den Besuch solcher Qualifizierungsprozesse an. Sie unterstützen sie dabei, erfolgreiche, sozial wirksame, gesellschaftlich und individuell nutzbringende Projekte aufzubauen, zu realisieren und zivile Entwicklungen in Gang zu bringen. Sie anerkennen ihr Aktivsein und tragen dazu bei, sich in ihrer Freiwilligenarbeit so wenig wie möglich zu überfordern.

Dass unsere Landkreise in Baden-Württemberg den Zusammenhang zwischen Engagementförderung, Qualifizierung und Unterstützung seit langem aner-

kennen, zeigten die regelmäßigen Befragungen des Landkreistags. Nahezu alle befragten Landkreise geben (in unterschiedlichem Umfang) dort an, selbst oder über freie Träger Qualifizierungsmaßnahmen anzubieten, insbesondere dort, wo die bürgerschaftlichen Strukturen eng mit den fachlichen Strukturen zusammenarbeiten.

Förderprogramme des Sozialministeriums stärken die Qualifizierung

15 Landkreise beantragten 2018/19 Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Förderlinie „Qualifiziert.Engagiert.“ Weitere drei Landkreise bewarben sich um ein Qualifizierungsprojekt über die Förderlinie „Engagiert in BW“. Der Landkreis Göppingen und die Ehrenamtsakademie im Hohenlohekreis haben im Rahmen der Förderlinie „Gemeinsam sind wir bunt“ zwei eindrucksvolle auf Nachhaltigkeit angelegte Weiterbildungsstrukturen entwickelt. Weitere sieben Landkreise sahen ihr bereits laufendes Qualifizierungsprogramm inhaltlich, methodisch und im Blick auf die Zusammenarbeit mit Trägern schon als so ausgereift an, dass – nach ihrer Aussage – eine entsprechende Antragstellung keinen weiteren Nutzen gebracht hätte. Immer mehr Landkreise sahen zudem eine landkreisweite *Qualifizierungsplattform*, in der alle Bildungsangebote unterschiedlicher Träger regional und landesweit zusammengeführt werden, als notwendig an. Regionale Bildungsplattformen in nicht digitalisierter Form haben verschiedene Landkreise schon seit Jahren (beispielsweise der Bodenseekreis, der Kreis Ravensburg, der Ortenaukreis, der Hohenlohekreis und andere). Seit drei Jahren arbeitet der Kreis Göppingen mit seinen Kooperationspartnern im Bildungsnetzwerk mit einer digitalen Bildungsplattform, deren Aufbau das Land im Rahmen des Förderprogramms „Gemeinsam sind wir bunt“ förderte.

¹ Vom Landkreistag delegiert an das Steinbeis-Transferzentrum Sozialplanung, Qualifizierung und Innovation, Meersburg.

Eine landesweite digitale Bildungsplattform macht BE-Politik

Mit dem Zuwendungsbescheid vom 30. November 2018 hat das Referat „Bürgerschaftliches Engagement“ des Sozialministeriums im Rahmen des Programms „Engagiert in BW“ erstmals dem Landkreistag die Möglichkeit eröffnet, eine digitale Bildungsplattform für alle Landkreise zu entwickeln. Diese Plattform wird unter dem Namen „qualifiziert-engagiert-bw.de“ geführt. Der Landkreistag ist Betreiber der Online-Bildungsplattform für Engagierte. Die einzelnen Landkreise können ihre regional in einem Arbeitskreis zusammengeführten Angebote auf einer jeweils landkreisweiten Seite sowie auf einfache Art auch im Rahmen eines gedruckten Bildungsprogramms regional „vermarkten“.

„Die Erstellung der Online-Plattform ‚qualifiziert-engagiert-bw.de‘ bietet die Möglichkeit, unterschiedliche BE-Bereiche miteinander zu vernetzen und Synergien zu schaffen. Im Netzwerk können so auch gemeinsame Strategien und Maßnahmen für Grundsatzfragen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements entwickelt werden.“ (Anja Marosits, Ehrenamtsbeauftragte im Amt für Migration und Integration im Landkreis Konstanz)



Unter Nutzung der Erfahrungen der einzelnen Landkreise im Rahmen der verschiedenen Förderprogramme stellt die derzeit im Landkreistag im Aufbau befindliche *landesweite digitale Bildungsplattform des Landkreistags* eine

wichtige Weiterentwicklung bei der Umsetzung des Auftrags, durch Zusammenarbeit und Qualifizierung bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft zu fördern, dar.

Ziel des Landkreistags ist es, den Menschen in den Regionen (den Landkreisen) eine Strategie anzubieten, die es ermöglicht, die vielseitigen Bildungsangebote unterschiedlicher Anbieter durch ein zentrales Medium zusammenzutragen und übersichtlich darzustellen. Die gemeinsame Bildungsplattform trägt dazu bei, die Angebote den regionalen Interessenten breitflächig, bedarfsorientiert und immer aktuell zur Verfügung stellen zu können und die öffentliche Wahrnehmung der Qualifizierungsangebote für Engagierte zu erhöhen.

Die Bildungsplattform der Landkreise in Baden-Württemberg will somit eine Sammlung möglichst vieler zur Verfügung stehenden Qualifizierungsangebote sein. Ein weiteres Anliegen ist es, einer zu unübersichtlichen Landschaft von unterschiedlichen Bildungsplattformen in den Landkreisen Baden-Württembergs entgegenzusteuern.

Ein weiterer Vorteil der gemeinsamen Bildungsplattform ist die landkreisübergreifende Transparenz der Angebote. Die sowohl den Engagierten in peripheren Kreisregionen auf der Suche nach einem passenden Angebot hilfreich ist, als auch den Fachkräften auf der Suche nach Referenten, die bestimmte Themenbereiche anbieten.

Mit der „*Bildungsplattform des Landkreistags*“ ist im Rahmen der BE-Förderung des Landkreistags eine neue Seite bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements aufgeschlagen worden: Der Landkreistag entwickelt sich zum Impulsgeber nicht nur für die einzelnen Initiativen und BE-Stellen. Er bietet allen Landkreisen eine Entwicklung an, die durch die Zusammenarbeit mit erfahrenen Landkreisen sowie der Kooperationspartner im Bildungsnetzwerk eine hohe und nachhaltige Qualität bekommt.

Die Schritte des Aufbaus der Bildungsplattform für Engagierte in Baden-Württemberg

Die Vorstellung geht dahin, dass die derzeit noch aus drei Landkreisen bestehende Plattform beständig wächst.

Erster Schritt (Februar bis Juli 2019):

Die Modellplattform des Landkreises Göppingen, die dieser im Rahmen des Förderprogramms „Gemeinsam sind wir bunt“ entwickelt hat, taugt als gutes Beispiel auch für andere Landkreise.

„Über das engagierte Mitwirken von vielen Kooperationspartnern im Bildungsprogramm Ehrenamt freue ich mich sehr. Das ermöglicht neue kreative Formen der Zusammenarbeit. Die Ehrenamtlichen nutzen die Bildungsangebote sehr gerne. Das zeigt uns, dass unsere Arbeit Früchte trägt“, betont Christine Stutz, Landratsamt Göppingen



Mitglieder des Bildungsnetworks Landkreis Göppingen bei der Gründung 2017

Die Göppinger Kolleg(inne)n unterstützen die Entwicklung und bilden zusammen mit zwei weiteren Modellstandorte (die Plattform des Landkreises Karlsruhe und die Plattform des Landkreises Konstanz) sowie mit DIGNUS.De Medien und der Fachberatung für Bürgerschaftliches Engagement des Landkreistags einen Modellarbeitskreis, diese die Struktur einer landkreisweiten Plattform entwickeln. Dabei wird darauf geachtet, dass jeder Landkreis eine „eigene“ Seite der Bildungsplattform bekommt, die sowohl direkt aufgerufen werden können, als auch unter der Browseradresse www.qualifiziert-engagiert-bw.de in die landesweite Bildungsplattform für Engagierte integriert sind.

Die Landkreise Karlsruhe und Konstanz sind über ihre Anträge der Förderprogramme „Qualifiziert.Engagiert.“ und „Engagiert in BW“ Modelllandkreise. Sie und ihre Kooperationspartner der Bildungsnetzwerke sind derzeit dabei, die Angebote auf der online-Plattform einzupflegen.

Herr Janke, Regionalleiter des Malteser Hilfswerks und Kooperationspartner des Bildungsnetzwerks Karlsruhe, zeigt sich erfreut, dass der Landkreis Karlsruhe in die Bildungsplattform einsteigt: „Wir haben mit ähnlichen Portalen immer wieder gute Erfahrungen gemacht, und ich würde mich sehr freuen, wenn auch diese Plattform einfach die Bandbreite der Veröffentlichungen vergrößert.“ Er sieht zugleich die Perspektive der Engagierten und betont: „So lassen sich Gleichgesinnte finden. Und es wird gleichzeitig vermittelt, dass es viele gibt, die sich engagieren.“

Der derzeitige Modellarbeitskreis im Landkreistag berät seinerseits die Arbeitsgruppe der 14 Landkreise, die im Förderprogramm „Qualifiziert.Engagiert.“ gefördert werden, sowie einige weitere Landkreise, die ihrerseits schon regionale Bildungsprogramme entwickelt haben, bzw. sich gerade im Aufbau eines Bildungsnetzwerkes befinden. Weitere Landkreise sind herzlich eingeladen, ihr Interesse zu bekunden.

Zweiter Schritt (Herbst 2019):

Im Spätsommer / Herbst 2019 wird somit die Bildungsplattform mit vier Landkreisen (Göppingen, Hohenlohekreis, Kreis Konstanz und Kreis Karlsruhe) erstmalig mit ihren Bildungsangeboten unter „qualifiziert-engagiert-bw.de“ nutzbar sein.

Nach diesem Sommer sind weitere Landkreise eingeladen, ihre Angebote auf die digitale Plattform einzutragen, so dass im Frühjahr 2020 bereits eine umfangreichere Bildungsplattform Qualifizierungsangebote für Engagierte (wir rechnen im Idealfall mit ca. 10 Landkreisen) präsentiert.



Dritter Schritt

(Weitere Stabilisierung ab 2020):

Der Landkreistag ist Betreiber der Bildungsplattform für Engagierte und bietet allen Landkreisen die Möglichkeit, ab sofort in das Projekt einzusteigen.

Bei Interesse melden Sie sich bitte bei: Steinbeis-Zentren Sozialplanung, Qualifizierung und Innovation
Sigrid Kallfaß und Perpetua Schmid.
Fachberatung Bürgerschaftliches Engagement im Landkreisnetzwerk BE; Projektbegleitung „Qualifiziert.Engagiert.“
Mühlhofer Straße 1
88709 Meersburg,
Perpetua.schmid@stz-sozialplanung.de

Unfallkasse Baden-Württemberg verleiht zum ersten Mal Preis für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz – Zwei Landkreise aus Baden-Württemberg erhalten Auszeichnung

Im Rahmen ihres „UKBW Kommunaldialogs“ hat die Unfallkasse Baden-Württemberg (UKBW) am 8. April 2019 zum ersten Mal den UKBW-Preis verliehen. Mit ihm zeichnet die UKBW Mitgliedsbetriebe aus, die sich in besonderer Weise für sichere und gesunde Arbeitsplätze einsetzen und mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neue Wege gehen. Der Preis wurde zur aktuellen kommunitensch-Kampagne der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) ausgerufen, die sich für eine Kultur der Prävention einsetzt.

„Mit diesem Preis wollen wir Best-Practice in unseren Betrieben zeigen und andere ermutigen, sich für sichere und gesunde Arbeit einzusetzen. Wie das in der Praxis aussehen kann, zeigen unsere Gewinner, die auf ganz unterschiedliche Weise von kleinen Instrumenten bis hin zu strukturellen Änderungen für ihre Beschäftigten große Verbesserungen erzielen. Wir wollen zum Nachahmen aufordern und eine Kultur der Prävention in den Betrieben etablieren. Unsere Preisträger haben vorgemacht, was gemeinsam mit den Beschäftigten im Betrieb erreicht werden kann – herzlichen Glückwunsch“, beglückwünscht Siegfried Tretter, Geschäftsführer der UKBW die Preisträger im Rahmen der Preisverleihung.

Aufgerufen waren alle Mitgliedsunternehmen, die bei der Unfallkasse Baden-Württemberg gesetzlich unfallversichert sind, Projekte einzureichen, wie sie in ihren Betrieben mit guter Führung, Kommunikation auf Augenhöhe, fairem Miteinander und einem gesunden Betriebsklima für ein gesundes und sicheres Arbeiten sorgen.

Die Auswahl der Preisträgerinnen und Preisträger erfolgte im März durch eine Jury. Dem achtköpfigen Gremium gehörten neben der Geschäftsführung der UKBW sowie Klaus Jehle und Dagmar Schorsch-Brandt als Vertreter des UKBW-Vorstands weitere namhafte Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und Arbeitnehmervertreter an. Als Vertreter der kommunalen Spitzenverbände nahmen Dr. Alexis von Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Baden- Württemberg, und Harald Burkhart, Referent für Organisation, Personalwesen und Europa des Gemeindetags Baden-Württemberg, sowie Sina Wildhagen, Referentin und Leiterin zentrale Dienste des Städtetages Baden-Württemberg, die Auswahl der Preisträger vor. Martin Kunzmann, DGB-Landesvorsitzender Baden-Württemberg, war als Arbeitnehmervertreter bei der Jury dabei. Um ein möglichst breites Feld an unterschiedlichen Projekten zu erhalten, wurde der zweite Platz zwei Mal vergeben. Von allen Projekten der Gewinner-Projekte wurde ein kurzer Filmtrailer gedreht.

„Aus unserer beruflichen Praxis wissen wir, dass gesundes und sicheres Arbeiten in den Unternehmen zum Gewinn beiträgt. Wer Sicherheit und Gesundheit zur gemeinsamen Sache der Belegschaft im Betrieb macht, kann von dieser Präventionskultur mit dem „Return on Prevention“ mit dem Faktor 2,2 profitieren“, so Geschäftsführer Siegfried Tretter im Talk mit den Jury-Mitgliedern.

Großer Dank wurde von Siegfried Tretter allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Bewerbung ausgesprochen. Ihr wichtiges und wertvolles Engagement für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz wurde mit einer Anerkennungsurkunde gewürdigt: „Unser Ziel ist es, Betriebe zu ermutigen, Standards für sichere und gesunde Arbeit in den Betrieben zu etablieren – gerne unterstützen wir dabei. Bei unseren Preisträgern haben die Beschäftigten genau das gemacht: Die Herausforderungen in ihren



Freuen sich über die Auszeichnung für sichere und gesunde Arbeit der UKBW: die Preisträgerinnen und Preisträger gemeinsam mit den Jurymitgliedern sowie Siegfried Tretter (Geschäftsführer der UKBW) und Tanja Hund (Stv. Geschäftsführerin)

Betrieben gemeinsam angepackt – herzlichen Dank für Ihr Engagement und weiter so!“

Das Projekt der Technischen Betriebe der Stadt Konstanz „Gestaltung von alternsgerechten Arbeitsplätzen“ erreichte den ersten Platz, dicht gefolgt vom Landkreis Karlsruhe, das zusammen mit dem Polizeipräsidium Aalen den zweiten Preis gewann und dem Hohenlohekreis, der Platz drei für sich entschied.

Hier die beiden ausgezeichneten Projekte auf Landkreisebene:

**Landratsamt Karlsruhe:
Ein starkes Team für eine starke
Zukunft – Arbeitgebermarke**

Das Landratsamt Karlsruhe zeigt mit seinem umfassenden Arbeitgeberkonzept, wie es gelingen kann, gemeinsam mit den Beschäftigten eine lebendige Arbeitgebermarke zu entwickeln. Der ganzheitliche Ansatz reicht von der E-Learning-Plattform des Landratsamtes für Fort- und Weiterbildungen über zahlreiche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Neueinsteigertreffen für neue Mitarbeiter bis hin zu Bausteinen der Gesundheitsplanung, Führungsthemen und vielem mehr – ein umfassendes Konzept, das gemeinsam mit den Beschäftigten kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert wird.

**Landratsamt Hohenlohe:
familienbewusst&demografieorientiert**

Mit dem Projekt „familienbewusst&demografieorientiert“ hat das Landratsamt Hohenlohekreis eine umfassende Organisationsentwicklung angestoßen. In Kooperation mit der Familienforschung BW hat das Landratsamt gemeinsam mit den Beschäftigten sechs Handlungsfelder bearbeitet, um gemein-



Die Unfallkasse Baden-Württemberg ist mit ca. 4 Millionen Versicherten einer der größten Unfallversicherungsträger im kommunalen und Landesbereich in Deutschland. Beschäftigte der Kommunen und des Landes, Kinder, die Tageseinrichtungen besuchen oder die sich in Tagespflege befinden, Schüler, Studierende, Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren und weiterer Hilfeleistungsorganisationen, Organ- und Gewebespende, häusliche Pflegepersonen, Nothelfer usw. sind Versicherte bei der UKBW.

Weitere Informationen zur Kommittensch-Kampagne der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung finden Sie unter <https://www.kommitmensch.de/>

sam im Team ein gesundes und sicheres Arbeitsumfeld aktiv zu gestalten. Das Landratsamt Hohenlohe zeigt damit, wie man als moderne und innovative Verwaltung mit gutem Beispiel vorangehen kann.

Die Filme zu den einzelnen Projekten für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz finden Sie unter <https://www.ukbw.de/informationen-service/komm-mitmenschen/>

Zumeldung zur Landespressekonferenz des Berufsschullehrerverbandes Baden-Württemberg (BLV) zur forsa-Umfrage: Arbeitssituation an Beruflichen Schulen

Der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Dr. v. Komorowski, erklärt hierzu:

„Die vorgestellte Umfrage zur Arbeitssituation macht ein weiteres Mal deutlich, dass die Lehrkräfte an Beruflichen Schulen dringend einer Entlastung bedürfen. So wichtige Themen wie die Digitalisierung und die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund über den beruflichen Schulbereich sind und bleiben enorme Herausforderungen. Die Initiativen des Kultusministeriums zur Erhöhung der Stellenanzahl sind daher sehr zu begrüßen, sollten in Zeiten des Lehrermangels aber zugleich durch ein robustes Konzept zur Gewinnung des Lehrernachwuchses begleitet werden. Die Vorschläge des BLV etwa bezüglich der Information angehender Abiturientinnen und Abiturienten, Stipendien für Studierende einschlägiger Studiengänge sowie die Bereitstellung attraktiver Einstiegsgehälter können wichtige Bausteine eines entsprechenden Nachwuchskonzeptes darstellen.“

Fünf Landkreise starten gemeinsam in die digitale Zukunft

Fünf Landräte aus Baden-Württemberg unterzeichneten am 9. Mai 2019 in Stuttgart im Beisein des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Digitalisierungsministers Thomas Strobl sowie des Präsidenten des Landkreistages Baden-Württemberg Landrat Joachim Walter (Tübingen) einen Konsortialvertrag. Anlass ist die Umsetzung des Modellvorhabens „Vernetzung digitaler Zukunftsvorhaben in Modelllandkreisen“.

Im vergangenen Jahr gingen die fünf Landkreise Karlsruhe, Biberach, Böblingen, Konstanz und Tuttlingen als Sieger aus dem landesweiten Wettbewerb „Digitale Zukunftskommune@bw“ hervor. Ziel des Konsortiums unter dem Namen „Digitale Landkreise@bw“ ist es, gemeinschaftlich und arbeitsteilig die Digitalisierung in ländlich geprägten Räumen voranzutreiben. In den Bereichen Bildung, Mobilität, Gesundheit und Soziales sollen digitale Lösungen entwickelt werden, durch die Bewohner ländlicher Gebiete schneller und einfacher Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge erhalten können.

Jeder Landkreis setzt eine einzelne Projektidee in einem der genannten Themenbereiche um. Das Innenministerium

Baden-Württemberg fördert diese fünf Projektideen mit insgesamt 880 000 Euro. Mit dem unterzeichneten Vertrag regeln die fünf Landkreise unter anderem die konkrete Aufgabenverteilung im Konsortium, die Einbindung weiterer Partner, das Fördermittelmanagement und die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit.

„Die Digitalisierung ist für jede unserer Kommunen im Land eine große Kraftanstrengung – aber auch eine gigantische Chance. Deshalb unterstützen wir als Land auch unsere Städte, unsere Gemeinden und Landkreise mit ganz gezielten Förderprogrammen. Denn eine digitale Stadt ist weit mehr als eine digitale Verwaltung. Wir haben starke Städte, Gemeinden und Landkreise – sie sind ein Qualitätsversprechen und Gütesiegel für den Standort Baden-Württemberg. Das wollen wir auch im digitalen Zeitalter beibehalten. Dafür brauchen wir gerade auch Vordenker, die die Ärmel hochkrempeln, vorgehen und über den Tellerand schauen. Und genau das macht unser Landkreis-Verband. Die Landkreise Karlsruhe, Biberach, Böblingen, Konstanz und Tuttlingen haben sich zusammengesetzt, gebündelt Kräfte, um neue Wege zu gehen. Jeder wird einen Baustein auf dem Weg ins digitale Zeitalter ganz gezielt voranbringen – E-Akte (BC), digitale Kfz-Zulassung (KN), Telemedizin (TUT),



Die Unterzeichnung des Konsortialvertrags. Hintere Reihe von links: Innenminister Thomas Strobl, Präsident des Landkreistags Landrat Joachim Walter, Hauptgeschäftsführer Dr. Alexis v. Komorowski. Vorne von links: Landrat Stefan Bär, Landrat Heiko Schmid, Landrat Christoph Schnaudigel, Landrat Zeno Danner und Landrat Roland Bernhard

interaktive und digitale Lerntische an Schulen (KA) oder intelligente Mobilität (BB) – und den Wissenstransfer, also die Übertragbarkeit auf andere Landkreise und Kommunen sicherstellen. Das ist ein absolutes Vorbildprojekt in Baden-Württemberg!“, betonte Thomas Strobl, Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, bei der Vertragsunterzeichnung.

„Wenn sich fünf Landkreise zusammenschließen, um die Digitalisierung in Baden-Württemberg voranzutreiben, dann ist dies ein starkes Signal ins ganze Land und hat meine volle Unterstützung. Die Teilprojekte sind allesamt so aufgebaut, dass sie nach erfolgreicher Umsetzung in ihrem Pilotlandkreis in weiteren Landratsämtern im ganzen Land ausgerollt werden können“, erklärte Landkreistagspräsident Joachim Walter. Der Landkreistag unterstützt das Modellvorhaben, indem er beispielsweise eine digitale Plattform zur Vernetzung bereitstellt. Diese Plattform soll zur Wissensdatenbank ausgebaut werden, um sich über Best-practice-Beispiele auszutauschen.

„Mit Hilfe des Förderprogramms ‚Digitale Zukunftskommune@bw‘ entwickelt jeder Kreis ein Anwendungsmuster auf einem ganz unterschiedlichen digitalen Feld. Die Ergebnisse werden ausgetauscht und somit können alle Landkreise profitieren“, resümiert Dr. Christoph Schnaudigel, Landrat des Landkreises Karlsruhe und Konsortialführer.

Mit dem Landeswettbewerb „Digitale Zukunftskommune@bw“ unterstützt die Landesregierung 55 Gewinnerkommunen mit insgesamt 7,6 Millionen Euro bei der Digitalisierung. Die Städte Heidelberg, Karlsruhe, Ludwigsburg, Heidelberg, Ulm sowie das Konsortium „Digitale Landkreise@bw“ der fünf Landkreise werden zu Schrittmachern des digitalen Wandels und realisieren konkrete Digitalisierungsprojekte. Dafür erhalten sie jeweils 880 000 Euro Fördermittel vom Land. Darüber hinaus erhalten 50 Kom-

munen eine Förderung von bis zu 45 000 Euro, um eine Digitalisierungsstrategie zu entwickeln. Alle Lösungen sollen auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zugeschnitten sein. Alle Kommunen werden durch das Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO in Kooperation mit dem bwcon-Netzwerk begleitet und unterstützt. Das Ziel: Die Best Practices aus den Modellkommunen sollen auf andere Kommunen in Baden-Württemberg übertragen werden – und damit in der Fläche ausgerollt werden können.

Weitere Informationen zu den Einzelprojekten

Landkreis Karlsruhe:

Der Landkreis Karlsruhe hat den Anspruch, mit neuen Werkzeugen, Kommunikationsmitteln und Best Practices die Digitalisierung im Schulalltag voranzutreiben. Digitale Technologien bieten Möglichkeiten, den Schulunterricht noch wirksamer zu gestalten und erleichtern individualisierte Lernprozesse, was gerade auch im Hinblick auf Lernschwächere und junge Menschen mit Behinderung von besonderer Bedeutung ist. Neue Werkzeuge und Kommunikationsmittel werden in der Praxis erprobt, um Schritt für Schritt digitale Angebote bereitzustellen, die Schüler, Lehrer und Eltern gemeinsam nutzen können.

„Unsere Kinder wachsen in einer digitalen Gesellschaft auf. Die Unternehmen erwarten von uns, dass im Schulunterricht auch Medienkompetenz vermittelt wird, um diese im Betrieb anwenden zu können. Der Landkreis Karlsruhe stellt als Schulträger die erforderliche Infrastruktur wie z.B. eine datenschutzkonforme App, digitale schwarze Bretter oder Active Tables zur Verfügung“, erklärt Landrat Dr. Christoph Schnaudigel, Landratsamt Karlsruhe.

Landkreis Biberach:

Bei dem Biberacher Projekt geht es um die Bereitstellung eines Online-Sozial-

hilfeantrags über das Landesportal service-bw. Der Bürger kann dort einen kurzgefassten, verständlichen Online-Antrag ausfüllen. Die Daten werden über Schnittstellen direkt in das Sozialhilfefachverfahren des Landratsamtes und in die eAkte übertragen. Der Bescheid wird den Antragstellern in das Bürgerkonto bei service-bw zurückübertragen.

„Der Landkreis Biberach führt damit die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe im Landratsamt konsequent fort. Nachdem bereits weite Teile der Landkreisverwaltung ausschließlich digital mit eAkten arbeiten, wollen wir nun den Bürgerinnen und Bürgern weitere Online-Dienste zur Verfügung stellen. Verwaltungsverfahren sollen künftig über Internetportale einfacher und schneller abgewickelt werden können nach der Devise, wir wollen die Daten und nicht die Bürger laufen lassen“, erläutert Landrat Dr. Heiko Schmid, Landkreis Biberach.

Landkreis Böblingen:

Das Projekt des Landkreises Böblingen fokussiert sich auf das Thema Mobilität und wird gemeinsam mit dem Herman-Hollerith-Zentrum der Hochschule Reutlingen, Kommunen und mit Unterstützung lokaler Unternehmen umgesetzt. Kern des Projekts ist die Entwicklung rechtlich zulässiger Konzepte für die Erfassung, Integration und Nutzung von Mobilitätsdaten für einen sicheren Datenzugriff sowie für die Datenverwertung in Form innovativer Mobilitäts-services für den Bürger. Konkrete Anwendungen im Mobilitätsbereich sind prädestiniert für den Landkreis Böblingen.

„Der Landkreis Böblingen ist stark durch die Automobil- und IT-Branche geprägt. Zwei Industrien, die bei der Weiterentwicklung von Mobilitätskonzepten auf Basis von Daten und künstlicher Intelligenz eine wesentliche Rolle spielen. Wir freuen uns auf die Pilotierung innovativer und wegweisender Mobilitätskonzepte im Rahmen der Digitalen Zukunftskommune im Landkreis Böblingen“,



Nach der Unterzeichnung des Konsortialvertrages „Digitale Landkreise@bw“ in Stuttgart – v.l.n.r.: Dr. Alexis von Komorowski (LKT), Landrat Zeno Danner (Konstanz), Landrat Stefan Bär (Tuttlingen), Innenminister Thomas Strobl, Landrat Dr. Christoph Schnaudigel (Karlsruhe), Landrat Dr. Heiko Schmid (Biberach), Landrat Roland Bernhard (Böblingen), Landrat Joachim Walter (Präsident LKT)“

betont Landrat Roland Bernhard, Landratsamt Böblingen.

Landkreis Konstanz:

Die digitale Kfz-Zulassung soll ein ganzheitlicher, medienbruchfreier und wirkungsorientierter Prozess werden, sodass natürliche sowie juristische Personen auf einfachstem Wege Kfz-Anmeldungen elektronisch durchführen können. Der vom Bund erarbeitete Zulassungsprozess, welcher auf verschiedene Teilprojekte aufgeteilt ist (iKFZ 1 bis aktuell iKFZ 4), wird aufgegriffen und durch innovative und effiziente Elemente ergänzt bzw. weiterentwickelt. Hierfür werden die Erfahrungen von Praxisexperten sowie die Forschungsergebnisse zu den Best-Practices-Beispielen aus dem Forschungsauftrag der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl aufgegriffen und in den SOLL-Prozess eingearbeitet. Sofern die rechtlichen Hürden genommen wurden und eine entsprechende Softwarelösung programmiert werden kann, wird die digitale Kfz-Zulassung in eine erste Testphase übergeleitet. Wichtig ist, dass die Digitalisierung nicht heißt, analoge Prozesse digital umzusetzen, sondern durch intelligente Kombinationen von Geschäftsprozessoptimierungen und digitaler/technischer Unterstützung der

Nutzen und die Möglichkeiten für die Zielgruppe erhöht werden soll.

„Solche Projekte, wie das von uns angedachte, zeigen, ob wir es in Deutschland ernst meinen mit der Digitalisierung. Die Bürgerinnen und Bürger werden uns daran messen, wie sie es bereits heute bei Online-Dienstleistern im privaten Bereich Service erleben: Einfach, schnell und von jedem beliebigen Ort aus!“, erläutert Landrat Zeno Danner, Landratsamt Konstanz.

Landkreis Tuttlingen:

Der Landkreis Tuttlingen möchte die Digitalisierung im Gesundheitsbereich voranbringen. Gemeinsam mit den Akteuren vor Ort werden telemedizinische Anwendungen für pflegebedürftige und chronisch kranke Bürgerinnen und Bürger ausgewählt und erprobt. Die telemedizinischen Anwendungen sollen in Pflege- und Betreuungseinrichtungen sowie im häuslichen Umfeld zum Einsatz kommen.

„Im Landkreis Tuttlingen sind die Weichen in Richtung Telemedizin zukunftsorientiert gestellt. Ich freue mich, dass wir in einem ersten Schritt die Videosprechstunde in einer stationären Pflegeeinrichtung einführen können. Das neue Versorgungskonzept ermöglicht es uns, einen Beitrag zur Sicherstellung der

ärztlichen Versorgung von Pflegebedürftigen im ländlichen Raum zu leisten sowie Ärztinnen und Ärzte wie auch das Pflegepersonal zu entlasten“, erklärt Landrat Stefan Bär, Landkreis Tuttlingen.

Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 51/2019 des Staatsministeriums: „Landesregierung stellt Online-Portal zu Musterprojekten der EU in Baden-Württemberg vor“

Zu dem von der Landesregierung vorgestellten Online-Portal zu Musterprojekten der EU in Baden-Württemberg erklärt der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen):

„Die europäische Förderpolitik muss für die Menschen in Baden-Württemberg erfahrbar sein. Hierzu trägt das vom Land bereitgestellte Online-Portal zu Musterprojekten der EU in hervorragender Weise bei. Europäische Förderprogramme bieten Chancen gerade auch für die kommunale Entwicklung. Darauf hinzuweisen, ist mir im unmittelbaren Vorfeld der Europawahl ein besonderes Anliegen.

Wünschenswert wäre, dass das Online-Portal auch in der Zukunft fortgeführt und aktuell gehalten wird. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um deutlich zu machen, wie sehr die Menschen in Baden-Württemberg in ihrem praktischen Alltag von Europa profitieren.“

Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 040/ 2019 des Ministeriums für Soziales und Integration: Land fördert Digitalisierung der Krankenhäuser mit zu- sätzlichen 10 Millionen Euro

Zu den zusätzlichen Fördermitteln für die Digitalisierung der Krankenhäuser in Höhe von 10 Millionen Euro erklärt der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags

Baden-Württemberg, Dr. Alexis v. Komorowski:

„Die Digitalisierung der Krankenhäuser bietet große Chancen für die kommunalen Krankenhäuser im Land. Sie ermöglicht beispielsweise, dass auch Patienten in kleineren, ländlichen Krankenhäusern vom Spezialistenwissen an großen Medizinentren profitieren können. Die Digitalisierung stärkt damit die Qualität der Versorgung im ganzen Land. Es ist ein gutes Signal, dass das Land frisches Geld in die Hand nimmt, um im Interesse der Patienten, aber auch des Klinikpersonals, die Digitalisierung der Krankenhäuser voranzutreiben. Diese zusätzliche finanzielle Unterstützung von IT-Investitionen im Krankenhausbereich beruht auf dem Finanzpaket, das Land und Kommunen im vergangenen Jahr vereinbart haben. Diese Förderlinie muss nun noch verstetigt und vom Volumen her nach oben angepasst werden, damit die Krankenhäuser die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung weiterhin erfolgreich angehen können.“

**Zumeldung zur
Pressemitteilung Nr. 042/
2019 des Ministeriums für
Soziales und Integration:
„Runder Tisch Geburtshilfe“
beschließt Maßnahmen zur
gesicherten Versorgung von
Schwangeren, Gebärenden
und Wöchnerinnen**

Zu den Beschlüssen des Runden Tisches Geburtshilfe erklärt der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Dr. Alexis v. Komorowski:

„Auch in Baden-Württemberg wird es zunehmend schwieriger, Hebammen für die Schwangeren- und Wochenbettbetreuung zu finden. Wir begrüßen es daher, dass der von Staatssekretärin Bärbl Mielich moderierte Runde Tisch Geburtshilfe eine Reihe von Maßnahmen beschlossen hat, um die Hebammenversorgung zu stärken.

Besonders wichtig ist uns, dass lokale Gesundheitszentren mit geburtshilflichem Schwerpunkt modellhaft gefördert werden sollen. Solche lokalen Gesundheitszentren können perspektivisch einen entscheidenden Beitrag zur flächendeckenden Versorgung von Schwangeren, jungen Familien und Neugeborenen leisten. Zugleich eröffnen sie die Chance, die frauenärztliche Versorgung in unzureichend versorgten Gebieten wieder zu stärken.“

**Zumeldung zur
Pressemitteilung der
Baden-Württembergischen
Krankenhausgesellschaft e.V.:
Krankenhaus-Rating-Report
mit Höchstwert bei
den Krankenhausdefiziten
im Südwesten**

Zu den Zahlen des veröffentlichten Krankenhaus-Rating-Reports erklärt der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Dr. Alexis v. Komorowski:

„Es ist in hohem Maße alarmierend, wenn in Baden-Württemberg die Hälfte der Krankenhäuser rote Zahlen schreibt. Der Bundesgesetzgeber muss endlich regeln, dass das in Baden-Württemberg überdurchschnittlich hohe Lohn- und Preisniveau bei der Finanzierung der Krankenhäuser berücksichtigt wird.

Es kann doch nicht sein, dass die Menschen hier im Land wegen des hohen Lohnniveaus überdurchschnittlich in die Krankenkassen einzahlen, das überdurchschnittliche Lohnniveau bei der Finanzierung der Krankenhäuser aber keine Rolle spielt.“

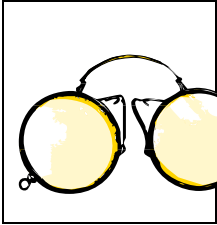
**Zumeldung zur dpa-Meldung
„Bundesweit erster
Docmorris-Apotheken-
automat bleibt verboten“**

Zur Entscheidung des Oberlandesgerichts (OLG) Karlsruhe erklärt der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Dr. Alexis v. Komorowski:

„Zu einer guten und wohnortnahen medizinischen Versorgung gehört nicht nur die Hausarztpraxis vor Ort, sondern auch die Apotheke am Marktplatz. Wir begrüßen daher die Entscheidung des OLG Karlsruhe zum Verbot von Apothekenautomaten. Die auf den ersten Blick vielleicht vorteilhaft wirkende Möglichkeit, Medikamente an Automaten zu beziehen, kann die qualifizierte, persönliche Beratung durch einen Apotheker, auch in der Nacht und am Wochenende, nicht ersetzen.“

**Zumeldung zur
Pressemitteilung
Nr. 052/2019 des
Ministeriums für
Soziales und Integration:
„Land stellt Gesundheitsver-
sorgung für die Zukunft auf /
Fördergelder und
Handlungsempfehlungen für
Kommunen bereitgestellt“**

„Die Probleme und Herausforderungen der Gesundheitsversorgung der Zukunft können nur sektorenübergreifend gelöst werden“, so Dr. Alexis v. Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags. „Daher begrüßen wir ausdrücklich die Bemühungen des Landes, die kommunalen Akteure bei der passgenauen, örtlichen Lösungsfindung zu unterstützen.“



PERSONALIEN

Der Landkreistag Baden-Württemberg trauert um

Herrn Landrat Thomas Reinhardt

Landrat des Landkreises Heidenheim,

der am 12. Juli 2019 im Alter von 60 Jahren verstarb. Thomas Reinhardt war seit dem 1. Februar 2012 Landrat des Landkreises Heidenheim. In den Gremien des Landkreistags Baden-Württemberg, insbesondere im Rechts- und Verfassungsausschuss sowie im Kulturausschuss, genoss er aufgrund seines fachkundigen Engagements hohe Anerkennung und wurde wegen seiner zugewandten Art sehr geschätzt.

Geboren wurde Thomas Reinhardt in Ulm. Nach dem Abitur studierte er Jura an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg und arbeitete nach dem Referendariat als Rechtsanwalt in Ulm, bevor er 1988 ans Regierungspräsidium Stuttgart wechselte. Ab diesem Zeitpunkt war Thomas Reinhardt im Landesdienst tätig und hat Erfahrungen auf allen Verwaltungsebenen, unter anderem in zwei Ministerien, gesammelt. In den Jahren 2009 bis 2012 war er Erster Landesbeamter im Landkreis Heidenheim. Als Landrat des Landkreises Heidenheim waren ihm insbesondere die Themen Klinikum, Brennbahn, Schulen und Bildung, Wirtschaftsförderung und Tourismus ein Herzensanliegen.

Der Landkreistag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. Das Mitgefühl des Landkreistags gilt der Familie von Thomas Reinhardt.

Joachim Walter
Präsident

Verleihung der Justinus-Kerner-Medaille 2019 an Dr. Alexis von Komorowski für seine besonderen Verdienste um den Öffentlichen Gesundheitsdienst

Unter ganz besonderen Umständen wurde Herrn Dr. Alexis v. Komorowski am 23. Mai 2019 die Justinus-Kerner-Medaille verliehen, die höchste Auszeichnung, die der Baden-Württembergische Ärzteverband für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) e.V. vergeben kann.

Die Verleihung fand nämlich, dem Ereignis angemessen, bei strahlendem Frühlingswetter in der Geschäftsstelle des Landkreistags statt. Die Medaille wurde vom Vorstand des Ärzteverbandes und ausnahmsweise nicht im Rahmen der Mitgliederversammlung im Landesgesundheitsamt überreicht, sondern in den schönen, toskanisch anmutenden Räumen in der Panoramastraße.

Der Ärzteverband ehrt mit Dr. Alexis von Komorowski eine Persönlichkeit, die sich seit vielen Jahren intensiv für die Belange des ÖGD einsetzt und sich als stets aufgeschlossener, interessierter und mit der Materie vertrauter Ansprechpartner erwiesen hat. Seit seiner Wahl zum stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Landkreistages im Jahr 2010 war er neben anderen Bereichen auch für das Querschnittsthema Gesundheit zuständig. Von Beginn an suchte er den regelmäßigen Austausch und kontinuierlichen Kontakt zu Vertretern des öffentlichen Gesundheitswesens. Es ist ihm insbesondere gelungen, die „Arbeitsgemeinschaft Gesundheitswesen“ zu einer vielfach be-

achteten Kommunikations- und Beratungsplattform für die Leiterinnen und Leiter der Gesundheitsämter auszubauen.

In der gegenwärtig schwierigen Situation, den Spagat zwischen den drängenden Problemen des Nachwuchsmangels im ärztlichen Bereich bei gleichzeitiger Ausweitung des Aufgabenspektrums des ÖGD zu bewältigen, hat er die Reform des Öffentlichen Gesundheitsdienstes mit der Erarbeitung gesundheitspolitischer Leitlinien des Landkreistags maßgeblich vorangetrieben. Es war ihm stets ein Anliegen, die Gesundheitsverwaltung auf kommunaler Ebene zu stärken und regional besser zu verankern.

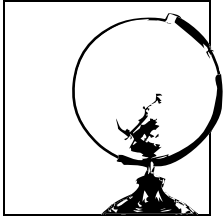
Er hat die Novellierung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst 2015 wesentlich mit vorbereitet und begleitet. Als Befürworter der Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg war ihm immer wichtig, die Präventionsarbeit des ÖGD zu fördern und den bevölkerungsorientierten Ansatz über die individualmedizinischen Angebote der Gesundheitsämter zu stellen. Die Etablierung und Stärkung der regionalen Gesundheitskonferenzen und die Wahrnehmung planerischer und steuernder Aufgaben in Zusammenhang mit einer kleinräumigen, regionalen Gesundheitsversorgung gehören zu seinen Zielen. Immer setzt er sich auch für eine verbesserte Qualifizierung in allen Bereichen des ÖGD ein und befürwortet die universitäre Anbindung der Fortbildungsangebote.

Seit 2017 ist Dr. Alexis v. Komorowski Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Baden-Württemberg. Er ist Jahr-



gang 1970, verheiratet und hat drei Kinder. Er studierte Rechtswissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg, wo er auch promovierte. Bis 2010 hatte er verschiedene Beschäftigungen in der Ministerial- und Innenverwaltung des Landes Baden-Württemberg inne. Wir freuen uns, weiterhin als direkten Ansprechpartner im Landkreistag seinen Nachfolger Dr. Tim Gerhäuser zu haben, um den lösungsorientierten Gedanken- und Gesprächsaustausch mit dem Ärzteverband auch in Zukunft fortsetzen zu können. Herrn Dr. von Komorowski ist nicht zuletzt dafür zu danken, dass er den Prozess der Transition der Gesundheitsämter begleitet hat und die Gesundheitsämter in Baden-Württemberg in den Kommunen angekommen sind.

*Ein Beitrag des Ärzteverbandes
Baden-Württemberg*



SPEKTRUM

Soziales

Netzwerk für ein gewaltfreies Zuhause – Der runde Tisch Göppingen

Unter dem Motto „Ein gewaltfreies Zuhause“ stand am 24. Juni 2019 der Auftakt des neuen Netzwerks gegen häusliche Gewalt in Stadt und Landkreis Göppingen. 34 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren der Einladung der Gleichstellungsbeauftragten von Stadt und Landkreis gefolgt, mit dem Ziel, die Vernetzung der Angebote und damit die Hilfen für Betroffene zu verbessern.

Das erste Treffen des Netzwerks, galt in erster Linie dem gegenseitigen Kennenlernen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen von Polizei, Kommunalverwaltungen, Kliniken und sozialen Einrichtungen und der Festlegung der thematischen Schwerpunkte und Ziele des Netzwerks. In der Vorstellungsrunde der vertretenen Einrichtungen wurde deutlich, dass zwar vielfältige Angebote für Betroffene vorhanden sind, jedoch diese Hilfesysteme nicht ausreichend transparent sind. Aufgabe des Netzwerks für ein gewaltfreies Zuhause – der runde Tisch Göppingen soll deshalb sein, Akteur/-innen und Fachleute in der Arbeit gegen häusliche Gewalt stärker zu vernetzen, bestehende Angebote bekannt zu machen, miteinander vernetzen und verbessern, neue Angebote zu erarbeiten, für das Thema häusliche Gewalt auch in der Öffentlichkeit zu sensibilisieren.

Der Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen in Baden-Württemberg definiert „Häusliche Gewalt“ als physische,



sexuelle und psychische Gewalt in aktuellen oder ehemaligen Ehen und Lebenspartnerschaften und nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften, unabhängig vom Tatort. Ein gemeinsamer Wohnsitz ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen „häuslicher Gewalt“. Im Jahr 2017 gab es im Landkreis Göppingen 149 Polizeieinsätze bei häuslicher Gewalt. 86 Wohnungsverweise wurden ausgesprochen. Bei diesen Zahlen muss von einer mindestens fünf Mal so hohen Dunkelziffer ausgegangen werden, denn häusliche Gewalt“ wird selten polizeilich angezeigt: „War der Täter ein Partner, Ex-Partner oder Geliebter, wurde in nur 13 Prozent der Fälle (von körperlicher Gewalt) die Polizei eingeschaltet, war es der aktuelle Partner, mit dem die Frau noch zusammenlebte, nur in sieben Prozent.“ Um die Situation dieser Betroffenen verbessern zu können, ist die Vernetzung und Zusammenarbeit aller Akteure essentiell. Während der Auftaktveranstaltung konnten in der Diskussion schon viele Lücken und offene Themen identifi-

ziert werden, deren sich in der weiteren Arbeit des Netzwerks Arbeitsgruppen annehmen werden. „Um die Ziele des Netzwerks zu erreichen, setzen wir auf die Arbeit in konkreten Projektgruppen“, so Anja Verena Schick, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Göppingen, und Lidwine Reustle, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, „anders ist die Arbeit, die auf das Netzwerk zukommt, nicht zu bewältigen.“ Am 25. November trifft sich das Netzwerk im Göppinger Rathaus. Hier werden die einzelnen Arbeitsgruppen berichten.

Infos zum Netzwerk über die Koordinatorinnen:

Anja Verena Schick, Gleichstellungsbeauftragte Stadt Göppingen,
Telefon 0 71 61/6 50-10 80,
aschick@goeppingen.de und
Lidwine Reustle, Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Göppingen,
Telefon 0 71 61/2 02-10 08,
l.reustle@lkgp.de.

Ansprechpartnerin

Landratsamt Göppingen
Büro für Kreisentwicklung und
Kommunikation

Gleichstellungsbeauftragte im Landkreis
Lidwine Reustle

Telefon: 0 71 61/20 2-10 08

Fax: 0 71 61/2 02-10 91

E-Mail: l.reustle@lkgp.de

Web: www.landkreis-goepingen.de

**Flächendeckendes Beratungsangebot
rund um das Thema Alter und Pflege –
Fünfter Pflegestützpunkt im Landkreis
Karlsruhe in Waghäusel eröffnet**

Es ist geschafft – mit der Eröffnung des Pflegestützpunktes des Landkreises Karlsruhe am Standort Waghäusel am 30. April wurde die fünfte Anlaufstelle rund um die Themen Alter und Pflege eingerichtet. „Gemeinsam mit den Kranken- und Pflegekassen ist es uns gelungen, ein landkreisweites Angebot für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen vorzuhalten. Wir sind der erste Landkreis in ganz Baden-Württemberg, der fünf Pflegestützpunkten eingerichtet hat“, zog Landrat Dr. Christoph Schnaudigel bei der Eröffnungsfeier zufrieden Bilanz. Bereits 2009 hat der Kreistag des Landkreises Karlsruhe die Notwendigkeit und Vorzüge dieser Einrichtungen erkannt und sich für diese kostenfreien und neutralen Beratungsstellen an fünf Standorten ausgesprochen. Durch das frühzeitige Engagement wurden dem Kreis 2010 (Bruchsal) und 2011 (Ettlingen) zwei Pflegestützpunkte zugesprochen. Nach intensiven Verhandlungen mit den Pflege- und Krankenkassen konnte erreicht werden, dass 2016 ein weiterer Pflegestützpunkt in Bretten in Betrieb ging. „Im April haben wir den vierten Pflegestützpunkt in Stutensee eingeweiht, der in den ersten Wochen gut angenommen wird. Das zeigt einmal mehr, wie groß der Informationsbedarf der Bevölkerung ist und wie hilfreich es ist, sich umfassend über die vielfältigen Pflege- und Unterstützungsangebote,

Präventionsmaßnahmen oder auch finanzielle Ansprüche informieren zu können“, so Landrat Dr. Christoph Schnaudigel.

„Mit dem im Januar wirksam gewordenen Landespflegestrukturgesetz haben wir in Baden-Württemberg die Möglichkeit geschaffen, dass Kommunen die Initiative ergreifen können, Pflegestützpunkte zu errichten. Ich freue mich sehr, dass der Landkreis Karlsruhe von diesem kommunalen Initiativrecht Gebrauch macht, um eine gute Pflegeberatungsinfrastruktur für das gesamte Kreisgebiet aufzubauen“, überbrachte Peter Schmeiduch vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg die Glückwünsche des Landes.

„Ich freue mich sehr, mit der Eröffnung des Pflegestützpunktes den Bürgerinnen und Bürgern der Großen Kreisstadt Waghäusel und der näheren Umgebung eine Beratungsstelle rund um das Thema

Pflege hier vor Ort anbieten zu können“, berichtete der Oberbürgermeister von Waghäusel, Walter Heiler, bei der Eröffnung. „Es ist eine zentrale Anlaufstelle für Menschen mit pflegerischem Hilfebedarf und deren Angehörige, die diese Pflege und Betreuung organisieren möchten. Das Personal des Pflegestützpunktes arbeitet für die Ratsuchenden kostenlos, individuell und neutral. Die Sprechzeiten bei uns im Rathaus waren seit Anfang des Jahres 2014 einmal wöchentlich und fanden großen und kontinuierlichen Andrang. Ich bin zuversichtlich, dass auch der neu eröffnete Stützpunkt viel Zuspruch der Bevölkerung erlangt. Diesen großen Zuspruch kann man auch in den anderen Pflegestützpunkten deutlich erkennen. Und somit schaue ich positiv und voller Vorfreude der Eröffnung des Pflegestützpunktes, dem fünften im Landkreis Karlsruhe, hier in der Großen Kreisstadt Waghäusel entgegen.“



V.l.n.r.: Landrat Dr. Christoph Schnaudigel stellte die Mitarbeiterinnen des Pflegestützpunktes Stephanie Lorei und Janette Köhler bei der Eröffnung vor.

„Mit dem beschlossenen Ausbau der Pflegestützpunkte ist eine gute und richtige Entscheidung für die Menschen in Baden-Württemberg getroffen worden, die bundesweit einzigartig ist! Diese positive Entwicklung kommt nun auch den Menschen im Landkreis Karlsruhe unmittelbar zugute“, freute sich auch Dietmar J. Herdes vom Landkreistag Baden-Württemberg darüber, dass das gemeinsame Ziel erreicht ist.

Seit der gesetzlichen Einführung der Pflegestützpunkte hatte der Landkreis Karlsruhe mit der AOK Mittlerer Oberrhein einen verlässlichen Partner an seiner Seite. „Durch das Pflegestärkungsgesetz II sind gute Voraussetzungen geschaffen worden, um die Lebensqualität von Pflegebedürftigen entscheidend zu verbessern. Wir freuen uns, gemeinsam mit dem Landkreis Karlsruhe ein engmaschiges Netz aus nunmehr fünf Pflegestützpunkten spannen zu können, das Betroffene und ihre Angehörige in der Lebensphase Pflege trägt. Die Menschen in Waghäusel können ab heute direkt am Wohnort persönlich und ausführlich beraten werden. Ziel ist es, Leistungen am tatsächlichen, individuellen Bedarf auszurichten und möglichst aus einer Hand zu erteilen“, freute sich Geschäftsführer Harald Röcker über das gemeinsam erreichte Ziel.

Der Pflegestützpunkt ist im 2. OG des Jakob-Giesser-Hauses in Waghäusel-Wiesental, Valentin-Wohlfahrt-Weg 1, untergebracht. Dort stehen die zwei Mitarbeiterinnen, Janette Köhler und Stephanie Lorei, persönlich sowie telefonisch unter 0721/93671410 zu festen Sprechzeiten zur Verfügung. Diese sind Montag bis Donnerstag von 9.00–12.00 Uhr, zusätzlich Dienstag von 13.30–16.00 Uhr und Donnerstag von 13.30–18.00 Uhr sowie Freitag von 9.00–13.00 Uhr. Zudem werden Sprechzeiten in Graben-Neudorf, Oberhausen-Rheinhausen und Philippsburg angeboten, deren genaue Zeiten in den jeweiligen Amtsblättern veröffentlicht werden.

Für mehr Durchblick im Pflege-Dschungel: Ortenaukreis baut Beratungsleistungen aus

Seit 2011 gibt es im Ortenaukreis einen Pflegestützpunkt mit Beratungsstandorten in Offenburg, Kehl, Achern/Oberkirch, Lahr und Haslach. Der Pflegestützpunkt Ortenaukreis (PSP) ist eine wohnortnahe, unabhängige Auskunft- und Beratungsstelle für ältere, behinderte und kranke Menschen und deren Angehörige, die sich mit dem Thema Pflege konfrontiert sehen. Speziell geschulte Mitarbeiter beraten dort zu unterschiedlichsten Themen wie Demenz, Pflegebedürftigkeit oder Vorsorgevollmacht und geben wertvolle Tipps und Informationen zur Patientenverfügung oder bei Fragen zu Sozialleistungsansprüchen und Tagespflege. Über 4300 Anfragen werden jedes Jahr unabhängig und umfassend bearbeitet. „Der Pflegestützpunkt mit seinen dezentralen und wohnortnahen Beratungsstandorten ist für viele Betroffene eine wichtige Anlaufstelle. Mit seinem neutralen und kostenlosen Beratungsangebot ist er im Vor- und Umfeld der Pflege inzwischen nicht mehr wegzudenken“, erklärte Georg Benz, Sozialdezernent des Ortenaukreises, in der Sitzung des Kreis-Sozialausschusses am 25. Juni 2019. Benz informierte über die Umsetzung des neuen Landes-Rahmenvertrags zur Arbeit und Finanzierung der Pflegestützpunkte in Baden-Württemberg, der nach einjähriger Verhandlung zwischen Kranken- und Pflegekassen und den kommunalen Landesverbänden Ende 2018 vereinbart wurde. Darin enthalten ist unter anderem ein sogenanntes „Initiativrecht“, das den Landkreisen als zuständige Träger der Sozialhilfe bis Ende 2021 die Möglichkeit einräumt, weitere Pflegestützpunkte vor Ort einzurichten. „Der Bedarf ist da, gerade in so großen Einzugsgebieten wie im Ortenaukreis. Wir sprechen jetzt mit allen Partnern, Entscheidungsträgern und Gremien und prüfen, ob wir das Initiativrecht in

Anspruch nehmen und ein Gesamtkonzept zum Ausbau der Pflegeberatung entwickeln“, so Benz. Dazu werde sich der Sozialausschuss Ende 2019, Anfang 2020 weiter befassen.

Benz erläuterte die veränderten Finanzierungsregelungen des neuen Landesrahmenvertrags. Bisher betrug der pauschale Gesamtzuschuss für den Pflegestützpunkt mit seinen drei Vollzeitstellen 168 000 Euro, von denen die Kranken- und Pflegekassen 112 000 getragen haben. 56 000 Euro finanzierte der Ortenaukreis mit seinen fünf Kooperationspartnern. Künftig erfolgt die Kostenerstattung nach einer „Ist-Kosten-Finanzierung“ auf der Grundlage der tatsächlich entstandenen Ausgaben. Der jeweilige Finanzierungsanteil von Zwei-Drittel (Kranken- und Pflegekassen) zu Ein-Drittel (Landkreis) bleibt bestehen.

Die veränderten Finanzierungsregelungen ergeben danach eine zusätzliche Kostenbeteiligung des Ortenaukreises für 2019 in Höhe von rund 31 500 Euro sowie eine Nachzahlung an die Kooperationspartner für 2018 in Höhe von rund 15 200 Euro. Die Kreisrätinnen und Kreisräte gaben dafür grünes Licht und ermächtigten die Verwaltung, den Kreiszuschuss für 2020 in Höhe von 33 Prozent der Ist-Kosten festzusetzen.

„Auch wenn der neue Landesrahmenvertrag zu einem höheren Finanzierungsanteil des Ortenaukreises führt, begrüßen wir die Neuregelungen, denn die Kranken- und Pflegekassen verabschieden damit die unbefriedigende und unzureichende Pauschalfinanzierung und wenden nun erheblich mehr Mittel auf“, so Benz. Zudem werde die Beratungsqualität im Pflegestützpunkt Ortenaukreis deutlich ausgebaut. „Hilfesuchende können im Bedarfsfall nach dem Sozialgesetzbuch eine umfassende und individuelle Pflegeberatung in Anspruch nehmen im Sinne eines Einzelfallmanagements“, erklärte der Sozialdezernent. In Anbetracht der demografischen Entwicklungen sei die Weiterentwick-

lung der Pflegestützpunkte in Baden-Württemberg unerlässlich. Mit den neuen Richtlinien wurden dafür die Voraussetzungen geschaffen, schloss Benz.

„Stark. Sozial. Vor Ort.“:

Das Jobcenter des Landkreises Waldshut



„Stark. Sozial. Vor Ort.“: So lautet der Titel einer bundesweiten Kampagne, die der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städtetag mit den 104 kommunalen Jobcentern im November 2018 ins Leben gerufen haben. Auf das Jobcenter des Landkreises Waldshut treffen diese Attribute mit Sicherheit zu. Die Behörde mit ihren 110 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den beiden Standorten Bad Säckingen und Waldshut ist derzeit für 5500 Personen im Bereich des SGB II verantwortlich. Sie integriert jährlich rund 1100 Personen in sozialversicherungspflichtige und etwa 400 Personen in geringfügige Beschäftigung. Ebenso erfreulich ist die Bilanz bei den „Unter 25-Jährigen“. So konnte das Jobcenter zum Stichtag 30. September 2018 alle Jugendlichen in Ausbildung, weiterführende Schulen oder Arbeit bringen.

„Diese hohe Vermittlungsquote hat zweifellos auch mit der guten Wirtschaftslage zu tun. Aber das ist selbstverständlich nicht der alleinige Grund. Das Jobcenter des Landkreises Waldshut ist gut aufgestellt und konnte sich seit seinem Bestehen den sich ändernden Rahmenbedingungen erfolgreich anpassen“, so Landrat Dr. Martin Kistler. So hat zweifellos die von Anfang an praktizierte

Bündelung der Kompetenzen in den verschiedenen Fachbereichen zur Erhöhung der Effizienz beigetragen.

Um eine gezielte Beratung und effektive Vermittlung bestimmter Personengruppen sicherstellen zu können, ist die Abteilung „Beratung und Vermittlung“ in gruppenspezifische Fachbereiche gegliedert. Denn für jede Gruppe braucht es spezifische Kenntnisse und Netzwerke. Bei „unter 25-Jährigen“ (U25) werden beispielsweise Kenntnisse über Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten, Ausbildungsbegleitende Hilfen oder Studiengänge benötigt. Bei „über 25-Jährigen“ (Ü25) braucht es vertiefte Kenntnisse zum Arbeitsmarkt und über Maßnahmen des Jobcenters. Bei über 50-Jährigen stehen das Thema Gesundheit und die Möglichkeiten der Rentenversicherungen (z.B. vorgezogene Rente wegen langer Arbeitslosigkeit) im Vordergrund. Auch beim Themenkomplex „Reha/Schwerbehinderung“ ist ein umfangreiches Fachwissen erforderlich, z.B. über Rehamöglichkeiten oder über Angebote der Krankenkasse und Rentenkassen. Und last but not least sind bei „Sprachkunden“ (anerkannte Personen mit Fluchtmigrationshintergrund) Kenntnisse über die Sprachfördermöglichkeiten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und zur Anerkennung von Berufen oder im Ausland erworbenen Kenntnissen erforderlich.

Von den rund 1600 Personen mit Fluchtmigrationshintergrund sind übrigens ca. 950 Personen „erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ (eLb) und stehen damit dem allgemeinen Arbeitsmarkt mindestens drei Stunden täglich zur Verfügung. Somit haben 27 % der insgesamt 3500 eLb einen Fluchtmigrationshintergrund. Dies stellt eine bisher nicht gekannte neue Herausforderung dar und bedarf neuer Herangehensweisen an diesen Personenkreis.

Die erfolgreiche Arbeit des Jobcenters hat ihre Ursachen nicht zuletzt auch darin, dass die Behörde gut vernetzt ist mit anderen Akteuren innerhalb und

außerhalb des Landratsamtes. Diese gute Vernetzung ist beispielsweise auch behilflich bei der „virtuellen Jugendberufsagentur“ – hier sind Jugendamt, Agentur für Arbeit, Schulamt und Jobcenter Mitglied; es besteht (natürlich unter Wahrung des Sozialdatenschutzes) ein reger Austausch zum Wohle der jungen Menschen.

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass der Landkreis Waldshut in seiner Sozialpolitik schon früh neue Wege gegangen ist. Bereits im Jahr 1996 gründete er zusammen mit der Handwerkskammer Konstanz eine eigene Beschäftigungsgesellschaft zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen: die GWA gemeinnützige GmbH. Die Arbeit der GWA umfasst eine große Palette an Angeboten. Dazu gehören die verschiedensten Kurse bis zu individuellem Coaching für den Arbeitsmarkt. Nicht zuletzt durch die guten Verbindungen zu Betrieben und Anbietern von Dienstleistungen konnten zahlreiche arbeitslose Menschen im Landkreis Waldshut wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Beleg für die erfolgreiche Arbeit des Jobcenters sind auch die zahlreichen Bundes- und Landesprogramme, an denen es sehr erfolgreich teilgenommen hat. Beispielhaft zu nennen sind hier die Programme Bürgerarbeit, Bundesprogramm „Perspektive 50plus“, ESF-Bundesprogramm zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser SGB II Empfänger in den 1. Arbeitsmarkt, Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“, Landesprogramm „PAT“ (Passiv-Aktiv-Tausch) und „PAT plus“.

„Nichts ist so beständig wie der Wandel! Der gesellschaftliche Wandel und die Digitalisierung der Arbeit werden weiter voranschreiten. Darauf muss sich das Jobcenter einstellen, um auch für die Herausforderungen der Zukunft gut gerüstet zu sein“, so der Landrat.

Schule

Berufsschulstufe an der Schule Gröninger Weg in Bietigheim-Bissingen eingeweiht – „Die Berufsschulstufe in Wohnortnähe bringt Stabilität und Verlässlichkeit“

Seit dem Schuljahr 2018/2019 gibt es wieder eine Berufsschulstufe an der Schule Gröninger Weg in Bietigheim-Bissingen, deren Träger der Landkreis Ludwigsburg ist. Die Schülerinnen und Schüler mit geistiger Behinderung bekommen dadurch die Möglichkeit, die Schule von der ersten Klasse bis zum Ende ihrer Schullaufbahn zu besuchen. Die Berufsschulstufe wurde am 24. Mai 2019 im Rahmen einer kleinen Feier offiziell eingeweiht. Bettina Beck, Finanzdezernentin der Landkreisverwaltung: „Wir freuen uns, dass das Kultusministerium den Bedarf bei uns im Landkreis erkannt hat und eine weitere Berufsschulstufe genehmigt hat. Die Berufsschulstufe in Wohnortnähe bringt Stabilität und Verlässlichkeit für die Schülerinnen und Schüler der Schule Gröninger Weg.“

Die Einrichtung einer zusätzlichen Berufsschulstufe im Landkreis wurde wegen des Zuwachses an Schülerinnen und Schülern an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung dringend notwendig. Finanzdezernentin Bettina Beck, zuständig für die Schulen in Trägerschaft des Landkreises, berichtete in ihrem Grußwort, dass die Einrichtung der Berufsschulstufe zügig innerhalb nur weniger Monate, genehmigt wurde. Nach einstimmigem Beschluss des Kreistags im Dezember 2017 habe das Kultusministerium die neue Berufsschulstufe im Juli 2018 bewilligt. Bettina Beck betonte vor allem, dass keine zusätzlichen räumlichen, personellen oder sachlichen Kapazitäten neu geschaffen werden mussten. „Die Berufsschulstufe hat den Auftrag, die Schülerinnen und Schüler

auf das nachschulische Leben vorzubereiten“, so Bettina Beck. Gerade diesen Abschnitt in der Nähe des gewohnten Umfelds zu verbringen, ist für die Schülerinnen und Schüler mit geistiger Behinderung ein enormer Vorteil und verbessert die gesellschaftliche Teilhabe“, sagte Bettina Beck.

Derzeit besuchen 102 Schülerinnen und Schüler die Schule Gröninger Weg und werden von 40 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet. Es gibt insgesamt drei Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung im Kreis Ludwigsburg. Neben der Schule Gröninger Weg sind das die Schule am Favoritpark in Ludwigsburg und die Paul-Aldinger-Schule Steinheim-Kleinbottwar.

Landrat Frank Scherer freut sich über Zuschüsse aus dem Schulsanierungsprogramm des Landes

Der Landrat des Ortenaukreises Frank Scherer freut sich über rund 7,6 Millionen Euro, die aus dem Schulsanierungsprogramm des Landes Baden-Württemberg in den Ortenaukreis fließen: „Dieses Geld

hilft unseren Gemeinden dabei, ihre Schulgebäude auf den neuesten Stand zu bringen. Das sind Investitionen in die Bildung unserer Kinder und damit in die Zukunft unserer Region.“

Besonders erfreulich sei, dass auch die Gewerbliche Schule in Lahr, die Badische Malerfachschule und die Kaufmännische Schule in Offenburg, deren Träger der Ortenaukreis ist, von der Förderung mit insgesamt 3,5 Millionen Euro profitieren. „Der Landeszuschuss für die Sanierung der drei Schulen entlastet den Landkreis finanziell und gewährleistet in Kombination mit den zur Verfügung stehenden Eigenmitteln eine solide Finanzierung. Diese Landesmittel sind gut angelegt“, so der Landrat.

Sowohl an der Gewerblichen Schule als auch der Badischen Malerfachschule in Lahr stehe eine umfangreiche Sanierung der über 50 Jahre alten Haustechnik an. Die in die Jahre gekommenen Bereiche Elektro, Sanitär und Heizung erforderten besonders aus Sicherheitsaspekten eine dringende Erneuerung. Hierfür werde der Ortenaukreis in den kommenden Jahren in beide Schulen insgesamt über acht Millionen Euro investieren.



Das Land bezuschusst die Sanierung der Haustechnik in der Badischen Malerfachschule Lahr mit rund 2,3 Millionen Euro.

„Weil an unserer Malerfachschule in Lahr viele Schüler aus ganz Deutschland unterrichtet werden, ist sie von hoher überörtlicher Bedeutung. Deshalb gewährt uns das Land für die Sanierung der Schule über das Doppelte des Regelzuschusses, nämlich insgesamt rund 2,3 Millionen Euro. Damit erhöht sich erfreulicherweise auch unser Spielraum“, ergänzt Finanzdezernentin Jutta Gnädig. Mit weiteren 139 000 Euro werde die Sanierung der Schultoiletten an der Kaufmännischen Schule am Kreisschulzentrum in Offenburg bezuschusst. In den Gebäuden A und B würden die in die Jahre gekommenen sanitären Anlagen modernisiert, so Gnädig weiter.

Neue Berufsschule SHK in Waldshut-Tiengen – eine Schule mit Vorbildcharakter

Am 15. Mai 2019 wurde die neue Berufsschule für Anlagenmechaniker/innen für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (SHK) an den Gewerblichen Schulen Waldshut im Beisein von Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer, dem Präsidenten der Handwerkskammer Konstanz, Gotthard Reiner, Kreishandwerksmeister Thomas Kaiser und Architekt Udo Stritt-

matter feierlich eingeweiht. Untergebracht ist die neue Berufsschule sowie eine Werkstatt für die Abteilung Fahrzeugtechnik in der Bildungsakademie in Waldshut. Insgesamt rd. 3,0 Mio. Euro hat der Landkreis Waldshut in den Erwerb der Flächen, den Umbau sowie in die Ausstattung der Klassenräume und Werkstätten/Labore investiert. „Jeder Euro, der in Bildung investiert wird, ist ein guter Euro“, sagte Landrat Dr. Kistler bei der Einweihung. Und die Regierungspräsidentin betonte den Modellcharakter unterschiedlicher Bildungsträger unter einem Dach. In der neuen Berufsschule können sich die rund 120 Auszubildenden über eine hochmoderne Labor- und Werkstatt-Technik freuen. Hier treffen Handwerk und High-tech zusammen, hier wird auf zeitgemäße und spielerische Art und Weise das Interesse am Beruf geweckt. „Die Lust am Beruf wecken“, titelte das Heizungsjournal einen längeren Artikel, der in Ausgabe 06-2019 erschien und der ebenfalls den Vorbildcharakter der Schule hervorhob.



Fröhliche Gesichter bei der Einweihung der neuen Berufsschule. Von links nach rechts: Christian Herz, Frank Decker, Gotthard Reiner, Bärbel Schäfer, Landrat Dr. Martin Kistler, Rainer Albicker

Jugend

Der Landkreis Böblingen hat die höchste Jugendbeteiligungsquote im Landesvergleich – Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg veröffentlichte ihre neue Studie von 2018 zur Kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung – Landrat Roland Bernhard ist stolz auf das Ergebnis

Aktuell ist die Studie zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg der Landeszentrale für politische Bildung erschienen. Es ist die dritte Studie dieser Art nach 2012 und 2015. Sie bescheinigt dem Landkreis Böblingen die höchste Jugendbeteiligungsquote im Landesvergleich. „Wir haben allen Grund, auf unsere Kommunen stolz zu sein, denn sie leisten bei der Jugendbeteiligung ganz hervorragende Arbeit“, so Landrat Roland Bernhard.

Im Zeitraum von März bis April 2018 hatten die Kommunen in Baden-Württemberg Gelegenheit, mittels eines Online-Fragebogens an der Studie der Landeszentrale für politische Bildung teilzunehmen. Auf diesem Weg sind insgesamt 400 Fragebögen ausgefüllt und zurückgeschickt worden. Im Jahr 2018 wurden erstmals auch Daten zur Situation der Kinderbeteiligung in den Kommunen sowie zur digitalen Beteiligung erfasst. Laut Studie ist auch bei der Kinderbeteiligung der Landkreis Böblingen mit Spitzenreiter.

Die Kreisjugendreferentin des Landkreises Böblingen, Beate Renninger, lud die Herausgeber der Studie bereits im Januar 2019 in das Landratsamt Böblingen ein. Im Rahmen eines halbtägigen Fachtages wurden die Ergebnisse der Studie den Jugendreferenten der Kommunen vorgestellt. Da es viele Formate der Jugendbeteiligung gibt, bekamen die Jugendreferenten zusätzlich die Möglichkeit, ihre Form der Jugendbeteiligung aus ihrer Kommune vorzustellen.

Beispielhaft stellte der Stadtjugendring Herrenberg sein sehr umfangreiches und vielfältiges Programm der Jugendbeteiligung vor. Es besteht aus verschiedenen Bausteinen, z.B. einem Jugendforum, Projektgruppen, einer Jugenddelegation sowie Formen der Online-Beteiligung. Der Stadtjugendring ist sehr aktiv an den Herrenberger Schulen und kann somit eine Vielzahl von Jugendlichen erreichen und für ein aktives Mitwirken in ihrer Kommune begeistern.

Das Jugendreferat Waldenbuch stellte eine ganz andere Form der Jugendbeteiligung vor. Mit dem Waldenbacher Beteiligungskonzept „ProjectZ – Verändern, Gestalten, Entwickeln“ werden Jugendliche dazu angeregt, praktische Projekte einzusenden, die bis zu einer Höhe von 400 € gefördert werden können.

In der landesweiten Studie werden vor allem drei Formen der Jugendbeteiligung beschrieben. Hierzu gehören die offenen Jugendbeteiligungsformen, die in der Regel Einzelveranstaltungen sind. Im Weiteren sind dies projektbezogene Beteiligungsformen mit einem klar umrissenen Thema und mit einer zeitlichen Begrenzung. Schließlich gibt es mit den Jugendgemeinderäten repräsentativ-parlamentarische Beteiligungsformen.

Die Beteiligung der Kommunen im Landkreis Böblingen an der Studie war hervorragend: Von 26 Kommunen im Kreis Böblingen haben sich 25 beteiligt. In 22 Kommunen werden Jugendliche in unterschiedlichen Formen beteiligt. In 14 Kommunen in Form einer offenen Beteiligung, in 16 Kommunen erfolgt die Beteiligung projektbezogen und in 9 Kommunen gibt es repräsentativ-parlamentarische Formen der Beteiligung. In 11 Kommunen werden nicht nur Jugendliche, sondern auch Kinder beteiligt.

Die Frage, ob die Kommunen Jugendbeteiligung als Bürde oder Chance sehen, wurde mit Hilfe einer Skala von 1 bis 5 abgefragt. Die teilnehmenden Kommunen aus dem Landkreis sehen das Thema Jugendbeteiligung mit einem Durch-

schnittswert von 4,2 sehr deutlich als Chance für ihre Gemeinwesen. Auch hier weist der Landkreis Böblingen den besten Wert auf im Vergleich zu den anderen Landkreisen in Baden-Württemberg. „Die Kommunen im Landkreis Böblingen und auch wir vom Kreisjugendreferat“, so Kreisjugendreferentin Beate Renninger, „sehen die Kinder- und Jugendbeteiligung insgesamt als etwas Positives, das in den kommenden Jahren noch weiterentwickelt werden kann.“

Ortenaukreis wird Modellstandort für Kindertagespflege – 416 000 Euro Förderung aus Bundesprogramm

Im Rahmen des Bundesprogramms „Pro Kindertagespflege: Wo Bildung für die Kleinsten beginnt“ fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) den Ortenaukreis bis 2021 bei der Weiterentwicklung der Kindertagespflege mit insgesamt rund 416 000 Euro. Der Ortenaukreis ist damit einer von bundesweit 43 Modellstandorten.

„Mit den Mitteln aus dem Bundesprogramm haben wir die Möglichkeit, die

Qualität der Kindertagespflege weiter zu verbessern“, freut sich Jugendamtsleiter Heiko Fallner.

Zentraler Inhalt des Bundesprogramms ist der Ausbau der Qualifizierung der Kindertageseltern von 160 auf 300 Stunden. Daneben soll die Kindertagespflege inhaltlich weiter entwickelt werden, unter anderem durch die Erarbeitung von Konzepten zur Vertretungsregelung und der Inklusion. Der Prozess wird begleitet und gesteuert durch eine geförderte Koordinierungsstelle im Landratsamt Ortenaukreis.

„Als Modellstandort erhoffen wir uns nun, neue Tagespflegepersonen zu gewinnen und das wichtige Tätigkeitsfeld der Kindertagespflege im Ortenaukreis weiter zu stärken. Viele Eltern im Ortenaukreis schätzen an der Kindertagespflege das flexible Angebot und die individuelle Betreuung in kleinen Gruppen. Die Kindertagespflege leistet damit einen wertvollen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, so Fallner.

Aktuell werden in der Kindertagespflege 749 Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren von rund 200 aktiven Tagespflegepersonen betreut. Im Bereich der Betreuung unter Dreijähriger erfüllt die Kinder-



Von links: Melanie Maulbetsch-Heidt, Sachgebietsleitung Planung, Steuerung, Controlling, Jennifer Leclair und Denise Walter, Projektkoordinatorinnen, und Heiko Fallner, Leiter des Jugendamtes, freuen sich über die Qualifizierung des Ortenaukreises zum Modellstandort.

tagespflege gleichwertig zur institutionellen Krippenbetreuung den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. „Die Betreuungsplätze werden auch im Ortenaukreis unter anderem aufgrund der Geburtensteigerungen der letzten Jahre immer knapper. Laut Prognosen des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg wird bis 2025 ein zusätzlicher Bedarf von 50 000 Betreuungsplätzen im U3-Bereich und 30 000 Plätzen im Ü3-Bereich in Baden-Württemberg entstehen. Vor diesem Hintergrund stellt die Kindertagespflege eine unverzichtbare Säule in der Betreuungslandschaft und darüber hinaus ein zukunftsfähiges Tätigkeitsfeld dar“, teilt Faller mit.

Tagespflegepersonen, die sich mit 300 Stunden qualifizieren lassen, sowie bereits mit 160 Stunden qualifizierte Tagespflegepersonen, die sich im Rahmen der neuen Qualifizierung weiterbilden, erhalten bei erfolgreichem Abschluss eine Prämie von 400 Euro. Die Kurse, die im Rahmen des Bundesprojektes durchgeführt werden, sind für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kostenlos. Die neuen Kurse starten in 2020. Wer Interesse an der Tätigkeit als Tagesmutter bzw. Tagesvater hat, kann sich unter <https://www.ortenauer-kindertagespflege.de/> informieren und mit dem zuständigen Träger Kontakt aufnehmen.

Krankenhaus – Gesundheit

Landkreis Esslingen stellt neuen Bildungscampus für Pflegeberufe vor

Unter der Überschrift „Bildungscampus für Pflegeberufe – Landkreis Esslingen“ bündeln die Ausbildungseinrichtungen für Pflegeberufe unter der Trägerschaft des Landkreises Esslingen künftig ihre Kompetenz, um optimale Voraussetzungen für die Neuausrichtung des Ausbildungskonzeptes für Pflegeberufe

im Rahmen der generalistischen Ausbildung zu schaffen.

Über 14 000 offene Pflegestellen werden in Deutschland schon heute jeden Monat gemeldet. Studien zufolge soll der Bedarf an Pflegekräften in der sozialen Pflegeversicherung bis 2035 auf 150 000 Fachkräfte ansteigen.

Auch vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen soll das Gesetz zur Reform der Pflegeberufe den Grundstein für eine zukunftsorientierte und sichere Ausbildung zum Pflegefachmann / zur Pflegefachfrau legen. Drei Berufsbilder – nämlich die bisherigen Ausbildungsberufe zum/zur Gesundheits- und Krankenpfleger/-in, Altenpfleger/-in und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-in werden zu einer neuen generalistischen Pflegeausbildung zusammengefasst.

Die Ausbildungsform, die mit dem einheitlichen Berufsabschluss Pflegefachfrau/-fachmann endet, soll den veränderten Anforderungen an die Pflege gerecht werden.

Um den neuen Rahmenbedingungen bestmöglich Rechnung zu tragen werden die drei Ausbildungseinrichtungen unter der Trägerschaft des Landkreises Esslingen – die Schulen für Pflegeberufe der medius KLINIK NÜRTINGEN und OSTFILDERN-RUIT sowie die Fritz-Ruoff-Schule – künftig ihr Ausbildungsangebot unter einem Dach zusammenführen. Der neue Bildungscampus für Pflegeberufe – Landkreis Esslingen vereint die Stärken der drei Einrichtungen und bildet so für bis zu 261 Azubis der neuen generalistischen Ausbildung ein attraktives Ausbildungsangebot.

„Mit dem Bildungscampus für Pflegeberufe – Landkreis Esslingen bieten wir als Ausbildungsträger optimale Voraussetzungen, die Pflegeberufe zukunftsgerecht weiter zu entwickeln“, betont Landrat Heinz Eininger.

„Ziel des Gesetzes ist es, ein modernes, gestuftes und durchlässiges Pflegebildungssystem zu schaffen.“ Der Bildungscampus soll möglichst vielen das Aus-

bildungsangebot zugänglich machen und unterstützt und integriert auch Schüler mit Förderungsbedarf.

Diverse Angebote wie Helferausbildungen für Ausbildungswillige auch ohne mittleren Bildungsabschluss und Sprachkurse speziell für Migranten sollen dazu befähigen, die generalistische Ausbildung beginnen und erfolgreich abschließen zu können.

Auf Grund der in Pilotprojekten vielseitig gesammelten Erfahrungen können die drei Ausbildungsträger bestens voneinander profitieren. So bietet die Schule für Pflegeberufe der medius KLINIK NÜRTINGEN gemeinsam mit der Fritz-Ruoff-Schule die generalistische Ausbildung bereits als Modellversuch seit 2008 an.

Auch die Vernetzung zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen soll mit dem Bildungscampus weiter gestärkt werden. „Altenpflegeeinrichtungen sind wichtige Partner für uns“, so Eininger, „von einer intensiven Zusammenarbeit profitieren alle Seiten – neben Ausbildungsträger und Auszubildenden – natürlich auch die Altenpflegeeinrichtungen.“

So bietet die AKADEMIE der medius KLINIKEN bereits jetzt Fortbildungskurse zur Praxisanleitung an, die zu einem hohen Anteil von externen Teilnehmern besucht werden. Insbesondere kleine Pflegeeinrichtungen nehmen das Weiterbildungsangebot häufig in Anspruch.

Organisatorisch werden die medius KLINIKEN die strategische Verantwortung – und damit die Leitung – für den Bildungscampus übernehmen, während die Fritz-Ruoff-Schule die stellvertretende Leitungsposition besetzen wird und damit vor allem die Unterrichtsplanung sowie die Koordination des Praxiseinsatzes übernimmt. Die pädagogische Verantwortung tragen die Ausbildungseinrichtungen gemeinsam.

Interessierte an einer pflegerischen Ausbildung können sich bereits jetzt an den Schulen für Pflegeberufe der medius KLINIK OSTFILDERN-RUIT und der me-

dus KLINIK NÜRTINGEN für einen Ausbildungsplatz zur generalistischen Ausbildung bewerben. Ausbildungsbeginn ist in Ruit der 1. April 2020. In Nürtingen auf dem Säer beginnt der erste generalistische Kurs nach den Sommerferien 2020. Die Träger der praktischen Ausbildung können Ihre Auszubildenden bereits jetzt an der Fritz-Ruoff-Schule oder an der Schule für Pflegeberufe der medius KLINIK NÜRTINGEN anmelden. Für die Träger der praktischen Ausbildung fand bereits im Juni eine Informationsveranstaltung in der Fritz-Ruoff-Schule statt.

STAUfrei: Klinikum Heidenheim gibt Keimen keine Chance

Die Kliniken Landkreis Heidenheim gGmbH arbeitet derzeit im Projekt STAUfrei an einer deutlichen Reduzierung der Keimbelastung durch Staphylokokken im Klinikum. Das Forschungsprojekt wird mit fast drei Millionen Euro durch den Innovationsfonds der Bundesregierung gefördert und gemeinsam mit Haus- und Facharztpraxen und dem Gesundheitsamt im Landkreis Heidenheim sowie zahlreichen weiteren Projektpartnern durchgeführt.

Jeder dritte Patient trägt laut Expertenschätzung das an sich harmlose Bakterium Staphylokokkus aureus auf der Haut oder den Schleimhäuten. Eine Besiedlung stellt keine Infektion dar und ist daher unproblematisch. Dringt dieser häufig vorkommende „normale“ Hautkeim allerdings durch Wunden ins Körperinnere vor, kann er schwere Infektionen auslösen. Wundinfektionen können dann Komplikation nach operativen Eingriffen darstellen.

Liegen keine Resistenzen vor, spricht man von einem Methicillin-sensiblen Staphylokokkus aureus (MSSA). Liegen Resistenzen vor, spricht man von einem Methicillin-resistenten Staphylokokkus aureus (MRSA). Häufig bleiben beim MRSA mehrere therapeutisch eingesetzte Antibiotika wirkungslos und man bezeichnet ihn



Dekontaminationsset

als multiresistenten Stamm. MSSA und MRSA werden vorwiegend über Hände- und Hautkontakt übertragen. Es sind also fast ausschließlich Patienten selbst, die die Staphylokokken bei der Aufnahme ins Klinikum mitbringen.

Bei Patienten, die für einen geplanten operativen Eingriff in ein Krankenhaus kommen, kann durch eine gezielte Maßnahme die Keimlast bereits vorab reduziert, im Optimalfall eliminiert werden, was wiederum die Sicherheit aller Patienten eines Krankenhauses erhöhen würde. Deshalb werden im Rahmen des Projektes STAUfrei Patienten, denen ein geplanter Eingriff im Klinikum Heidenheim bevorsteht, zuvor von ihrem behandelnden Arzt auf den Bakterienstamm Staphylokokkus aureus getestet. 53 Arztpraxen im Landkreis Heidenheim beteiligen sich an dem Projekt, die beteiligten Ärzte durchliefen eine Qualifizierungsmaßnahme mit anschließender Zertifizierung. Ziel ist es, knapp 12.000 Patienten innerhalb eines Zweijahreszeitraums in das Projekt einzubinden. Die Teilnahme an der Studie ist freiwillig. Patienten aus Praxen, die sich nicht am Projekt beteiligen, werden nach der derzeit gültigen Regelversorgung behandelt. Dies entspricht den geltenden Standards des Robert-Koch-Instituts.

Bereits seit dem 1. April 2019 läuft die zweijährige Interventionsphase. Wenn sich ein Patient als Keimträger heraus-

stellt, wird er von speziell geschulten Mitarbeiterinnen in den Arztpraxen angeleitet, sich vor der Krankenhausaufnahme mit Hilfe eines Desinfektionssets von dem Keim zu Hause zu sanieren. Rund 180 Praxismitarbeiterinnen haben dazu an speziellen Link-Nurse-Schulungsmaßnahmen teilgenommen, um für ihre Arbeit vorbereitet zu sein. Die Therapie der Patienten erfolgt innerhalb von fünf Tagen im häuslichen Umfeld. Um Infektionen auch nach einer OP zu vermeiden, werden Patienten bei STAUfrei nach dem Krankenhausaufenthalt weiter betreut.

Bis zum Projektende werden die Effekte auf die Besiedlungs- und Infektionsraten erfasst. Ausgewertet wird auch der Einfluss auf die Kosten. Die Annahme ist, dass sich die Anzahl der Übertragungen in der Klinik reduziert und so weniger Wundinfektionen auftreten. Basierend auf dieser Evaluation bewertet der Gemeinsame Bundesausschuss in Berlin, ob das Projekt auf ganz Deutschland ausgeweitet werden soll und alle Patienten deutschlandweit von den zusätzlichen Leistungen profitieren können.

Der Kampf gegen multiresistente Keime hat im Landkreis Heidenheim nicht erst mit STAUfrei begonnen. Bereits 2009 haben sich Gesundheitsamt, Klinikum, ambulante Pflegedienste und Pflegeheime, niedergelassene Ärzte, Labore, das DRK und Krankenkassen zu einem



Abstrichprobe

MRE (Multiresistente Erreger)-Netzwerk zusammengeschlossen, auf das nun mit dem Projekt STAUfrei aufgebaut werden konnte.

Beteiligte Partner und Förderung

Die Kliniken Landkreis Heidenheim gGmbH ist Konsortialführer und koordiniert das gesamte Projekt STAUfrei. Zu den geförderten Konsortialpartnern gehören: AOK Baden-Württemberg, BKK Landesverband Süd, Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, Landratsamt Heidenheim – Fachbereich Gesundheit, Steinbeis Hochschule Berlin GmbH Stiftungslehrstuhl Gesundheitsökonomie, Universitätsklinikum Tübingen (Institut für Allgemeinmedizin und interprofessionelle Versorgung, Institut für medizinische Mikrobiologie und Hygiene, Institut für klinische Epidemiologie und angewandte Biometrie). Zu den weiteren kooperierenden Projektpartnern, ohne Förderung, gehören IKK Classic, Knappschaft, SVLFG (Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau), Kreisärzteschaft Heidenheim, Deutsches Rotes Kreuz Heidenheim gGmbH sowie Ökumenische Sozialstation Heidenheimer Land.

Ansprechpartner:

Kliniken Landkreis Heidenheim gGmbH
Medizinische Klinik I
Chefarzt Privatdozent
Dr. Martin Grünwald (Projektleiter)
Hans Eberhardt (Projektmanager),
Telefon: 073 21/33-9 40 05
E-Mail: Martin.Gruenewald@Kliniken-Heidenheim.de
Hans.Eberhardt@Kliniken-Heidenheim.de

Weitere Infos unter
www.staufrei-hdh.de.

Tourismus

Premiumwege der „hochgehberge“ feierlich eingeweiht

Ausgezeichnet wandern im und um das von der UNESCO zertifizierte Biosphärengebiet Schwäbische Alb – unter der Produktmarke »hochgehberge« werden mit vereinten Kräften zahlreicher Partner neue Premiumwander- und Premiumspazierwanderwege ausgewiesen. Insgesamt 21 Rundtouren mit einer Gesamtlänge von 170 Kilometern sind zur

Zertifizierung vorgesehen. Mit den ersten acht zertifizierten Rundtouren wurden die „hochgehberge“ jetzt feierlich aus der Taufe gehoben – pünktlich zum 10-jährigen Jubiläum der UNESCO-Anerkennung des Biosphärengebiets Schwäbische Alb. Am 19. Mai 2019 fand die offizielle Eröffnung in Anwesenheit von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Regierungspräsident Klaus Tappeser sowie den Herren Landräten Heinz Eininger (Landkreis Esslingen) und Thomas Reumann (Landkreis Reutlingen) und zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern des Projekts bei der Burg Hohenneuffen statt. „Als Naturliebhaber und leidenschaftlichen Wanderer braucht man mich für die Schwäbische Alb und das Wandern an sich nicht mehr zu begeistern. Ich bin ein Fan dieser Landschaft und sehr gerne hier unterwegs. Umso mehr freue ich mich, dass ich heute die ‚hochgehberge‘ mit künftig einundzwanzig zertifizierten Wanderwegen einweihen darf. Das Kooperationsprojekt vieler kommunaler Akteure verkörpert den Zeitgeist eines sanften Wandertourismus. Daher hoffe ich, dass die ‚hochgehberge‘ gut angenommen und im Sinne eines nachhaltigen Tourismus ein gut bekannter Geheimtipp werden“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Für die „hochgehberge“ haben sich kreisgrenzen-überschreitend die Landkreise Esslingen und Reutlingen, das Land Baden-Württemberg, vertreten durch die Geschäftsstelle Biosphärengebiet Schwäbische Alb beim Regierungspräsidium Tübingen, die Tourismusgemeinschaft Mythos Schwäbische Alb sowie 18 Kommunen zusammengeschlossen.

Schon die ersten acht Prädikatswanderwege mit Streckenlängen zwischen vier und zehn Kilometern tragen phantasievolle Namen und versprechen erlebnisreiche Ausflüge in die Natur. Sie heißen „hochgekeltert“, „hochgefestigt“ oder „hochgehgrenzt“, werden „hochgebürzelt“, „hochgehütet“ und „hochgeh-



Feierliche Eröffnung der hochgehberge: v. l. n. r. erste Reihe Landrat Heinz Eininger (Landkreis Esslingen), Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Regierungspräsident Klaus Tappeser (Regierungspräsidium Tübingen), Stefanie Bläsing (Geschäftsstelle hochgehberge)

sprudelt“ genannt oder sind als „hochgehnießen“ oder „hochgeschätzt“ tituliert. Kriterien für ihre Auszeichnung als Premiumwander- und Premiumspazierwanderweg sind u.a. eine naturnahe Wegeföhrung mit einem sehr geringen Anteil asphaltierter Strecken, ein abwechslungsreiches Landschaftsbild und eine ausreichende Beschilderung und Markierung, die das Wandern ohne Karte ermöglicht.

„hochgehberge“, das steht künftige für „Ausgezeichnet Wandern im Biosphärengebiet Schwäbische Alb“. Der Slogan „hochgehen um runterzukommen“ will Gäste zu Entspannung und Erholung in abwechslungsreicher Landschaft einladen. Die Premiumwege eröffnen Zu-

gänge zu ganz unterschiedlichen Landschaftsformationen. In Wäldern, auf Blumenwiesen, in einer Auenlandschaft, an Felsformationen vorbei, entlang von Feldern und über Hügel geht es in die Natur – „hochgehberge“ bietet Wandern je nach persönlichen Vorlieben und eigener Kondition. Landwirtschaftliche Betriebe und Gastronomen der Wanderregion bieten vielfältige regionale Lebensmittel und Produkte an. Burgen und Festungen verbunden mit einer langen Geschichte, zuweilen umwoben von Mythen und Sagen, bieten einen Einblick in die Kulturgeschichte der Region.

Von alldem konnten sich alle Interessierten anlässlich der offiziellen Einweihung der »hochgehberge« bei einem bunten Veranstaltungsprogramm mit Markt- und Infoständen, geföhrten Wanderungen und Präsentationen ausführlich informieren.

Ein ausführlicher Wanderföhrer mit Routenbeschreibungen, Empfehlungen und vielen Fotos zu den Premiumwander- und Premiumspazierwanderwegen der „hochgehberge“ ist erschienen unter dem Titel: „hochgehberge“ zum Runterkommen – Wandern im und um das Biosphärengebiet Schwäbische Alb von Dieter Buck, Silberburg Verlag, 14,99 €, ISBN: 9783842521285.

Kontakt

Geschäftsstelle hochgehberge,
Stefanie Bläsing, Pulverwiesen 11,
73726 Esslingen a.N.,
Telefon 0711/39 02-4 20 95,
Fax 0711/39 02-5 20 95,
info@hochgehberge.de,
www.hochgehberge.

Landrat Scherer: „Schwarzwälder Flößerei ist ein wertvolles Kulturgut“ – Frank Scherer informiert sich über die historische Gestörflößerei im Kinzigtal

Vom 14. bis Ende des 19. Jahrhunderts schipperten gewerbliche Flöße die Kinzig hinab, um Holz aus dem Schwarzwald zum Rhein zu transportieren. „Die histo-



Urkundenübergabe: v. l. n. r. BM Daniel Gluiber (Gemeinde Beuren), BM Matthias Bäcker (Stadt Neuffen), Stefanie Bläsing (Geschäftsstelle hochgehberge), Landrat Heinz Eininger (Landkreis Esslingen), BM Kevin Dorner (Stadt Hayingen), Daniel Tress (Tourismusverein Naturerlebnis Hayingen e. V.), Mike Münzing (Stadt Münsingen), Regierungspräsident Klaus Tappeser (Regierungspräsidium Tübingen), Horst Reiner (Gemeinde Gomadingen)



V.l.n.r.: Erwin Wolber, Holger Wöhrle, Thomas Kipp und Landrat Frank Scherer auf dem nach historischem Vorbild gebauten Floß auf der Kinzig

rische Tradition der Schwarzwälder Flößerei ist ein wertvolles Kulturgut, das wir in der Ortenau lebendig halten und bewahren wollen“, sagte Landrat Frank Scherer kürzlich bei einem Vor-Ort-Termin mit den Schiltacher Flößern e.V. an der Kinzig. Bei einer Fahrt von Hausach nach Haslach informierte sich der Landrat über das traditionelle Gewerbe und überzeugte sich persönlich davon, wie aufwändig und mühevoll die Gestörflößerei einst war.

„Ich bin sehr dankbar, dass es Menschen in der Region gibt, die das Wissen um dieses für den Schwarzwald und die historische Waldwirtschaft bedeutende Handwerk bei zahlreichen Veranstaltungen, in Ausstellungen und weiteren touristischen Themenangeboten erhalten und erlebbar machen“, lobte Scherer die Arbeit der ehrenamtlichen Flößer und der Tourismusverantwortlichen. Es gelte, die Flößerei als Kulturgut weiter zu erhalten und zu fördern. Deshalb sei er froh und dankbar, dass die Flößerei vor vier Jahren von der UNESCO-Kommission als „Immaterielles Kulturerbe“ anerkannt worden sei.

„Die Kinzig mit den Zuflüssen Wolf, Schiltach und Kleine Kinzig war über Jahrhunderte hinweg die Transport- und Lebensader des Tals“, erklärte Floß-

meister Thomas Kipp, der auch im „Arbeitskreis Erhaltung Kinzigflößerei“ tätig ist. Der Holzverkauf nach Straßburg, an andere Städte am Rhein und sogar nach Holland sei zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig geworden, der die Entwicklung des Kinzigtals und seiner Seitentäler maßgeblich beeinflusst habe. Der Flößerverein wolle die Geschichte der Flößerei weiter erforschen, das alte Handwerk der Gestörflößerei aktiv betreiben und für kommende Generationen am Leben halten.

Zudem nutzte der Floßmeister die Gelegenheit, um dem Landrat ein aktuelles Anliegen der Flößer vorzutragen: „Die Flößer begrüßen die Veränderungen der Kinzig zu Gunsten einer verbesserten Ökologie ausdrücklich. Wir alle sind der Meinung, dass die Lachswiederansiedlung und die Ökologisierung nicht in Konkurrenz zur Flößerei stehen müssen.“ Deshalb bitte er den Kreis und das Regierungspräsidium, im Zuge von ökologischen Aufwertungsmaßnahmen etwa Störsteine, Verengungen oder Inseln so zu gestalten, dass auch weiterhin Floßfahrten möglich seien. Scherer sicherte zu, dass der Ortenaukreis sich weiterhin dafür einsetzen wird, dass die Flößerkultur erlebbar bleibt.

Hintergrundinformation:

Historische Flößerei

Mit der sogenannten Gestörflößerei („gebundene Langholzflößerei“), die sich im Schwarzwald und im Kinzigtal in besonderer Weise entwickelt hat, konnten große Holzmen gen mit wenig Personal auf dem Wasser befördert werden. Die bis zu 600 Meter langen Flöße mit bis zu 200 mächtigen Tannenstämmen steuerten die Kinzig hinunter bis in den Rhein. Dort wurden sie zu kapitalen Rheinflößen umgebaut, die bis nach Holland fuhren. Die Langholzflöße wurden mit „Wieden“, also gedrehten Haselnussstücken, zusammengebunden. Es dauerte drei bis vier Tage bis sie von Schiltach oder Wolfach aus den Rhein erreichten. Der Beruf des Flößers mit dem breitkrepfigen schwarzen Hut und den langen Stulpenstiefeln erforderte viel Mut und war einst hoch angesehen.

Touristische und Freizeit-Angebote zur Flößerei

- Flößerpfad entlang der Kinzig in Lossburg, Alpirsbach, Schenkenzell, Schiltach und Wolfach (www.floesserpfad.de)
- Flößerpark in Wolfach
- Museen in der Region, wie unter anderem das Schwarzwälder Freilichtmuseum Vogtsbauernhof in Gutach (www.vogtsbauernhof.de)
- Feste und Feiern mit Vorführungen und historischen Fahrten, wie das Flößerfest in Schiltach oder das Wolfacher Floßhafenfest

Grenzüberschreitende Touristiker-schulung im Landkreis Waldshut – Positive Resonanz zum Fachvortrag Barrierefreiheit im Tourismus

Über 30 Tourismusfachleute aus den vier Regionen der grenzüberschreitenden Randenkommision (Kanton Schaffhausen und die Landkreise Konstanz, Schwarzwald-Baar-Kreis und Waldshut) haben sich am 14. Mai 2019 zum jähr-



Tourismusfachleute der Randenkommission beim Portal des Wolfssteigs Schwarzwald in Höchenschwald

lichen Fachaustausch getroffen. Dieses Jahr fand die Fachtagung turnusmäßig im Landkreis Waldshut statt.

Im Rahmen abwechslungsreicher Vorträge präsentierten die Regionen ihre neuen touristischen Projekte und Angebote und stellten die Highlights des Jahres 2019 vor. Gespannt waren die Teilnehmer auf den Fachbeitrag zum Thema „Reisen für Alle: Barrierefreiheit als Qualitäts- und Komfortmerkmal für den Tourismus – Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz“. Den Fachvortrag hielt Nathalie Hartenstein von der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH. Zahlreiche Anregungen für die tägliche Praxis sowie wertvolle Denkanstöße konnten die Tourismusfachleute daraus mitnehmen.

Nachmittags besichtigten die Teilnehmer das Schwarzwaldhaus der Sinne in Grafenhausen und lernten dort, wie das Mitmachmuseum Familien mit Kindern das Thema Sinne näherbringt. Danach ging es zu den Wolfswegen Schwarzwald. Nach einem kurzen Abstecher zum Portal des Wolfssteigs wanderten die Tourismusfachleute ein Stück auf dem Wolfspfad.

Die Organisatoren freuten sich über das rege Interesse an der Veranstaltung. Besonderer Dank galt dem Landkreis Waldshut, der Gemeinde Höchenschwald und der Südbadenbus GmbH für

die Unterstützung bei der Gestaltung des Programms.

**Albsteig Schwarzwald
gewinnt beim trekking Award
„beliebteste Wanderung 2018“
den ersten Platz**

Der Albsteig Schwarzwald gewann bei einer Online-Abstimmung des bekannten Trekking Magazins den ersten Platz als „beliebteste Wanderung 2018“.

Auf den Plätzen 2 und 3 folgen die Wanderregionen „Dolomiten“ und „Bergsteigerdorf Ramsau“.

Der Albsteig Schwarzwald ist das neueste Fernwanderprojekt des Landkreises Waldshut und ist gerade mal vor zwei Jahren an den Start gegangen.

Verkehr

**Remstal-Radweg steigt in die Liga
der besten Radfernwege auf –
Vier-Sterne-Auszeichnung:
Im Beisein von Verkehrsminister
Winfried Hermann haben
Landrat Dr. Richard Sigel und
Oberbürgermeister Matthias Klopfer
die Urkunde in Schorndorf erhalten**

Die erweiterte Strecke des Remstal-Radwegs wurde am Tag der Region der Remstal Gartenschau 2019 am 23. Juni gemeinsam mit Verkehrsminister Winfried Hermann feierlich eröffnet. Zudem erhielt der Remstal-Radweg eine Auszeichnung als Qualitätsradroute des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) mit vier Sternen. Landrat Dr.



Landrat Dr. Martin Kistler (links), Tourismusbeauftragter Klaus Nieke und Katharina Maier (v.r.n.l.) von der Projektstelle Wandern freuen sich über den ersten Platz für den Albsteig Schwarzwald.

Richard Sigel und Oberbürgermeister Matthias Klopfer, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Remstal Gartenschau, freuten sich über die Auszeichnung und nahmen die Urkunde im Sportpark Schorndorf entgegen.

„Der Remstal-Radweg bündelt aufgrund seiner Lage im zum Teil dicht besiedelten Remstal Freizeit- und Alltagsverkehr. Die ausgezeichnete Klassifizierung des Weges ist eine motivierende Belohnung für die Radverkehrsförderung im Rems-Murr-Kreis. Für den Erfolg gratuliere ich dem Rems-Murr-Kreis ganz herzlich. Gerne haben wir den Rems-Murr-Kreis beim Ausbau und bei der Beschilderung des Remstal-Radwegs unterstützt. Auch in Zukunft möchten wir den Landkreis dabei unterstützen, sein großes Engagement zur Förderung des Radverkehrs fortzuführen. So können wir die stauanfällige B 29 und die vollen Züge der Remstalbahn entlasten“, lobt Minister Winfried Hermann.

Koordiniert hat das Projekt der Rems-Murr-Kreis – für die 16 Kommunen und drei Landkreise am Radweg. Mit über 100 Einzelmaßnahmen wurde die Strecke in puncto Sicherheit, Befahrbarkeit, Rad-Infrastruktur und Marketing deutlich aufgewertet und zählt ab sofort zu den besten Radfernwegen in Baden-Württemberg. „Die Förderung nachhaltiger Mobilität ist ein Schwerpunkt der Arbeit des Rems-Murr-Kreises. Die Auszeichnung des Remstal-Radwegs als ADFC-Qualitätsradroute war eine erste Etappe. Die Beliebtheit des Remstal-Radwegs zeigt, wie wichtig diese Radachse ist. Deshalb ist es unser Ziel, eine Radschnellverbindung im Remstal zu schaffen“, so Landrat Dr. Richard Sigel, Projekt-Koordinator der Sterne-Auszeichnung.

Der erweiterte Remstal-Radweg bietet auf 106 Kilometern Flussenerlebnis, Genuss und Gartenschau-Highlights, wie neu angelegte Parks, Aussichtspunkte, Erlebnisspielplätze und Remsstrände. Auf den ersten Anlauf erreichte der Remstal-Radweg vier Sterne – ein hervorragendes



Ergebnis. Die Anstrengung hat sich für alle Projektpartner gelohnt. Erste Auswirkungen des gemeinsamen Radwegeausbaus werden schon jetzt deutlich. Egal ob in Essingen, Remseck oder Weinstadt, der Remstal-Radweg ist fast bei jedem Wetter und an jedem Wochentag sehr gut frequentiert. Und die Zahl der Radfahrer steigt spürbar an. „Der Remstal-Radweg ist eine Wucht. Die letzten Wochen konnte ich mich schon selbst davon überzeugen. Alle freuen sich darüber, ob Rennfahrer, Tandem- oder Pedelecfahrer, Mountainbiker oder Freizeitradler“, stellt Oberbürgermeister Matthias Klopfer fest.

Die Aufwertung des Remstal-Radwegs ist nach der Auszeichnung mit vier Sternen noch nicht abgeschlossen. Nach drei Jahren wird die Strecke vom ADFC erneut untersucht und bewertet werden. „Der Remstal-Radweg hat im vergangenen Jahr ganz deutliche Verbesserungen in der Infrastruktur erfahren und ist jetzt ein attraktiver Radfernweg, der die vier Sterne zu Recht trägt. Wenn die beteiligten 16 Kommunen jetzt kontinuierlich weiter daran arbeiten, dass Wege und Beschilderung jederzeit aktuell gepflegt sind, kann der Weg auch überregionale Anziehung ausüben“, so Dr. Gudrun Zühlke vom ADFC Baden-Württemberg.

Grundlage der erfolgreichen Klassifizierung des Remstal-Radwegs war die Zusammenarbeit über Kreis- und Gemeindegrenzen hinweg – getragen vom Wir-Gefühl der Remstal Gartenschau 2019. „Zum ersten Mal wird bei einer Gartenschau ein ganzer Landschaftsraum und nicht nur eine Stadt bespielt. Bei dieser räumlichen Ausdehnung der Gartenschau auf über 80 Kilometer ist es wichtig, dass es hervorragende Rad- und Wanderwege gibt. Auch dafür hat sich die Region Stuttgart stark gemacht und diese gefördert. Jetzt kann man bequem und in schönster Landschaft die vielen Attraktionen der Remstal Gartenschau – wie zum Beispiel auch die 16 Architektur-Stationen – mit dem Rad anfahren und erkunden. Die Rad- und Wanderwege sind bleibende Werte, weil sie über die Gartenschau hinaus erhalten bleiben“, so Thomas Bopp, Vorsitzender des Verbands Region Stuttgart.

Rechtzeitig zur Eröffnung des erweiterten Remstal-Radwegs ist die neue Radbroschüre „Der Remstal-Radweg – mit fünf Touren in die Seitentäler und auf die Höhen“ erschienen. Diese ist ab sofort beim Tourismusverein Remstal-Route in Weinstadt-Endersbach erhältlich, Bahnhofstraße 21, 71384 Weinstadt, www.remstal-radweg.de.

Für weitere Informationen:

Landratsamt Rems-Murr-Kreis,
Stabsstelle Wirtschaftsförderung,
Telefon: 0 71 51/5 01-12 01,
E-Mail: tourismus@rems-murr-kreis.de,
www.rems-murr-kreis.de.

Verschiedenes

Ministerin Hoffmeister-Kraut eröffnet AAccelerator in Aalen – Landkreis, Stadt Aalen, und Hochschule Aalen schaffen Rahmen fürs Verwirklichen neuer Geschäftsideen von Start-ups und Kreativen

Baden-Württembergs Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut hat gemeinsam mit Aalens OB Thilo Rentschler, Landrat Klaus Pavel, Hochschulrektor Prof. Dr. Gerhard Schneider sowie IHK-Hauptgeschäftsführerin Michaela Eberle den „Beschleuniger“ für kreative Geschäftsideen und Start-ups (AAccelerator) eröffnet. Bei der Feier im ehemaligen IHK-Bildungszentrum mit rund 100 Gästen hob die Wirtschaftsministerin die Wichtigkeit einer gut funktionierenden Unterstützung für kreative Gründer hervor. Das Wirtschaftsministerium unterstützt im Rahmen des zweijährigen Verbundprojekts „Start-up Region Ostwürttemberg“, das mit rund 300 000 Euro gefördert wird, die Einrichtung des AAccelerators in Aalen.

„Es überzeugt, wie Sie mit dem Thema Innovation umgehen. Es ist überragend, in welchem durchdachten und strukturierten Prozessen hier in Ostwürttemberg Innovationen vorangetrieben werden“, sagte Hoffmeister-Kraut. Der AAccelerator sei der Lückenschluss in diesem Prozess. Gründen sei risikobehaftet, aber wichtig für die Wirtschaft. „Wir müssen die Gründerkultur stärker ins Land hineinragen und Innovationspotenziale ausschöpfen“, sagte die Ministerin. Sie betonte, dass ihr Ministerium allein in den Jahren 2018 und 2019

etwa 68 Millionen Euro zur Verfügung stellt, um die Gründerkultur im Land zu stärken.

Für OB Thilo Rentschler birgt die neue Einrichtung für die Region die Chance, aus den Herausforderungen der Digitalisierung und des daraus resultierenden Transformationsprozesses in der Wirtschaft gestärkt hervorzugehen. „Als größte Stadt in Ostwürttemberg wollen wir Verantwortung beim Stärken der Gründerkultur in der Region übernehmen. Im AAccelerator haben junge Firmen die Chance, im Umfeld der forschungsstarken Hochschule Aalen, etablierten Mittelständlern und weiterer starker Partner ihre Geschäftsideen zum Erfolg zu führen. Uns ist wichtig, einen Raum zur Verfügung zu stellen, in dem durch Kreativität und professionelle Betreuung erfolgreiches Wirtschaften von Start-ups ermöglicht wird“, sagte Rentschler. Er lud die Firmen der Region ein, sich in den AAccelerator mit einzubringen und selbst von einer lebendigen Gründerszene zu profitieren.

Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut sprach von einem „fulminanten Auftakt“ für eine noch aktivere Gründerkultur in Ostwürttemberg. Die

Verankerung des Themas im Curriculum der Hochschule Aalen, die Möglichkeit des Ausprobierens von Geschäftsideen im INNO-Z sowie das gezielte Fördern und Beschleunigen dieser neuen Ansätze bilde eine durchgängige Kette, entlang derer Gründen erfolgreich gelingen könne. Sie verwies auf den rasanten Transformationsprozess durch die vierte industrielle Revolution. „Wir müssen bei der Digitalisierung die zweite Halbzeit gewinnen“, sagte Hoffmeister-Kraut und verwies auf ihre jüngst abgeschlossene einwöchige Chinareise.

Der Stadt Aalen ist dabei wichtig, dass die Gründerszene frühzeitig mit den Mittelständlern aus der Region sowie den Forschungsansätzen der Hochschule Aalen verknüpft wird. „Der AAccelerator steht für alle innovativen Ansätze offen und soll eine Plattform für vernetztes kreatives Denken sein“, sagte Rentschler weiter.

Landrat Klaus Pavel dankte der Wirtschaftsministerin dafür, dass das Land einige Projekte in der Region mitfinanziert. „So viel Unterstützung wie in Ihrer Amtszeit haben wir aus dem Wirtschaftsministerium noch nie erfahren“, lobte Pavel. Hochschulrektor Prof. Dr. Gerhard



V.l.n.r.: IHK-Hauptgeschäftsführerin Michaela Eberle, Landrat Klaus Pavel, Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Oberbürgermeister Thilo Rentschler, Hochschulrektor Prof. Dr. Gerhard Schneider und Wirtschaftsförderer der Stadt Aalen Wolfgang Weiß.

Schneider bekannte, dass er häufig gefragt werde, was genau der AAccelerator sei. „Wenn wir diese Einrichtung genau erklären und beschreiben könnten, würde beim AAccelerator etwas schief-laufen. Ich hoffe, dass es hier in zwei Jahren komplett anders aussehen wird“, sagte Schneider.

Im AAccelerator selbst konnte sich die Ministerin Ansätze einer künftigen Nutzung bei einem Rundgang mit mehreren Stationen schildern lassen. Unter anderem wurden Maker- und Coworking Space besichtigt, das Mitmachcenter explorhino zeigte 3D-Druck. Das E-Motion Rennteam der Hochschule Aalen machte neueste Entwicklungen erlebbar. Die künftigen Mieter im AAccelerator, die Kompetenzstelle Netzwerk Energieeffizienz (KEFF), das digiZ, die Kreissparkasse Ostalb sowie die Start-up Region Ostwürttemberg informierten die Gäste über geplante Aktivitäten. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Aalen wird im AAccelerator ein Büro zur Betreuung der Start-ups und Koordinierung von Veranstaltungen unterhalten. Die Eröffnung klang mit einer Eröffnungsparty aus.

Vor der Eröffnung des AAccelerators hatte die Wirtschaftsministerin das 2015 eröffnete Innovationszentrum INNO-Z am Hochschulcampus im Burren besucht. Dessen Geschäftsführer Dr. Andreas Ehrhardt präsentierte ein mit rund 50 Start-ups voll belegtes Haus. Im Anschluss an die Eröffnungsfeier besichtigte Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut zudem das Ende 2017 eröffnete IHK-Bildungszentrum. Dessen Leiter Bernd Schimpf führte sie durch die Räume und erläuterte das Nutzungskonzept des überbetrieblichen Ausbildungszentrums.

Kitzrettung per Drohne

Ehrenamtliche Jäger retten Kitze vor dem Mähtod – Landrat Bernhard: „Für vorbildlichen Tierschutz stellt der Landkreis Böblingen rund drei Monate im Jahr die Drohne des Katastrophenschutzes zur Verfügung.“ Kreisjägermeister Kissel und Sigloch: „Aus unserer Sicht ist die Zusammenarbeit zwischen dem Landratsamt und den Kreisjägereinigungen Böblingen und Leonberg absolut vorbildlich und einzigartig und das nicht nur in Sachen Kitzrettung.“

Morgenstund' hat Gold im Mund. Bei Sonnenaufgang stellten am 28. Mai die Kreisjägereinigungen Böblingen (KJV BB) und Leonberg (LEO) ihr neuestes Projekt vor, das in Kooperation mit dem Landratsamt Böblingen Rehkitzen das Leben rettet – durch eine Drohne mit Wärmebildkamera. Kitze halten sich zum Schutz vor Feinden nach der Geburt häufig im hohen Gras von Wiesen auf, die genau in diesen ersten Lebenswochen gemäht werden. Die Kitze sind aus der Kabine großer Traktoren und durch die heutzutage hohe Arbeitsgeschwindigkeit so gut wie nicht zu entdecken – und anstatt vor der drohenden Gefahr davonzulaufen, löst ihr Instinkt einen Duckmechanismus aus. Der hilft gegen Greifvögel, Fuchs und Co., aber eben nicht gegen ein Mähwerk. Jährlich werden etwa 100 000 Rehkitze durch Mäh-

maschinen getötet. Dabei werden viele Jungtiere durch den tiefen Schnitt des Kreiselmähers zuerst verstümmelt und sind nicht sofort tot. Um den Tieren dieses Leid zu ersparen, haben sich die Jägerin und Jäger Julia Döttling, Steffen Benzinger, Marc Lachenmann (KJV BB) sowie Phillip Kuntze, Andreas Rentschler und Martin Rentschler (KJV LEO) zu ehrenamtlichen Drohnenpiloten ausbilden lassen. Die Kitzrettung ist den Jägern und Landwirten schon immer ein großes Anliegen. Hatte man früher mit Hunden gesucht, Vogelscheuchen aufgestellt oder mit ganzen Schulklassen die Wiesen „verstänkert“, so hilft nun die moderne Technik mit viel Effektivität beim Tierschutz.

Teamarbeit

Das Rettungssystem besteht aus einem Miteinander von Landwirt, Jagdpächter und Drohnenteam. Dabei hat der Jagdpächter die Aufgabe, den Kontakt zu den Landwirten zu halten, damit diese den Mähzeitpunkt möglichst frühzeitig bekanntgeben. Dadurch können die Drohnenpiloten die Einsätze zeitsparend planen, um beispielsweise in der derzeitigen Hauptsetzzeit viel Fläche abzufliegen. Der Jagdpächter übernimmt beim Einsatz die Aufgabe, das gefundene Kitz zu binden, also zu fangen. Angefasst wird es mit Gummihandschuhen und Grasbüscheln, um keinen Menschengeroch



zu hinterlassen. Danach legt man es vorsichtig in den Jutesack. „Sobald das Kitz im dunklen luftigen Sack liegt, wird es ganz ruhig“, erklärt Döttling, die bereits einige Kitze gerettet hat. „Die ganz frisch geborenen sind noch nicht mobil, aber ab dem fünften Tag wird das Fangen zur sportlichen Herausforderung, denn die Kitze laufen weg“, ergänzt Marc Lachenmann, Chef des Drohnenteams der KJV BB. Nach der erfolgreichen Rettungsaktion ist der Landwirt wieder am Zug: Er muss zügig die Wiese mähen, damit die Kitze so schnell als möglich freigelassen werden können. Dies geschieht durch den Jagdpächter, der die Tiere am Waldrand der Wiese frei gibt. Es ist ein echtes Glücksgefühl, zu beobachten wie sich Geiß und Kitz wiederfinden, so ein Jagdpächter der im Jahr 2018 sechs Kitze durch die Mahd verlor und letzte Woche zusammen mit dem Drohnenteam drei in einer Wiese retten konnte.

Die Praxis

Um 4.00 Uhr klingelt der Wecker bei den Drohnenpiloten, damit spätestens um 5.00 Uhr die Drohne am ersten Einsatzpunkt fliegt. Zu dieser frühen Morgenstunde beginnen gerade sehr viele Tage des Drohnenteams. Fällt beim Überfliegen der Felder eine rot dargestellte Wärmesignatur auf dem Bildschirm auf, steuert der Drohnenpilot den Punkt exakt an. Je näher die Drohne kommt, desto genauer erkennt man, ob es sich auch um ein Kitz handelt. „Fliegen können wir bis circa 8.30 Uhr. Danach zeigt die Wärmebildkamera leider auch Steine und Maulwurfshügel an, die dann bereits durch die Sonne aufgeheizt wurden. Das sind dann einfach zu viele Fehlalarme“, erklärt Lachenmann. „Dank der sehr guten Wärmebildtechnik der Drohne können wir jedoch viel länger fliegen als manch andere Vereine“, ergänzt der 35-Jährige, der sich bei den zuständigen Mitarbeitern des Katastrophenschutzes in Böblingen bestens betreut sieht.



Ohrmarken für Forschungszwecke

Durch die Kitzrettung ergibt sich zudem die Möglichkeit, die jungen Tiere mit Ohrmarken für die Wildforschungsstelle des Landes Baden-Württemberg in Aulendorf zu markieren. Auf diese Art und Weise erhoffen sich die Forscher weitere und neue Erkenntnisse zur Biologie des Rehwilds. Altersaufbau, Geschlechterverhältnis, Lebensdauer, Wanderrichtung, Todesursachen und Abwanderungsentfernungen stehen hierbei im Fokus. Wer ein markiertes Tier findet oder erlegt, schickt die entsprechenden Daten zusammen mit der Ohrmarke an die Forschungsstelle.

Spenden können helfen

Während die Drohne und weitere Hilfsmittel die Abteilung Katastrophenschutz im Landkreis Böblingen kostenfrei zur Verfügung stellt, sind die Kitzretter ehrenamtlich unterwegs. „Letzte Woche konnten wir an einem Morgen drei Kitze aus einer Wiese retten, das ist ein fast unbeschreibliches Gefühl“, so Döttling glücklich, die wie alle anderen Drohnenpiloten mit vollem Herzblut bei der Sache ist. Selbst Kitze, deren Mutter bei einem Wildunfall ums Leben kam, können mit ein bisschen Glück auf diese Art und Weise aufgespürt werden. Landrat Roland Bernhard freut sich: „Wir unterstützen gerne die Rettung der Rehkitze mit unseren technischen Geräten. Das Projekt ist vorbildlich und unterstreicht das Verantwortungsbewusstsein bei unseren Jägern und Landwirten im Kreis

Böblingen für den Schutz der heimischen Tierwelt.“ „Die Leistung ist für Landwirte und Jagdpächter kostenfrei. Unsere Drohnenpiloten arbeiten mit vollem Einsatz auf absolut ehrenamtlicher Basis. Deswegen freuen wir uns über jede Spende, die es uns ermöglicht, in unsere Ausrüstung zu investieren und so die Kitzrettung im Landkreis weiter auszubauen“, lautet das gemeinsame Statement der beiden Kreisjägermeister Claus Kissel (BB) und Bodo Sigloch (LEO). Beispielsweise wäre das langfristige Ziel, die Drohne im Rasterflug über die Wiesen fliegen zu lassen, um an einem Morgen noch mehr Hektar in kürzerer Zeit absuchen zu können. Dr. Wilhelm Hornauer, Leiter Veterinärdienst und Lebensmittelüberwachung, ergänzt: „Die Rettung der Kitze ist nicht nur ein Beitrag zum Tierschutz, sondern auch zur Futtermittelsicherheit. Kadaver sind nämlich im Silagefutter für Nutztiere ein erhebliches Gesundheitsrisiko. Bei der Verwesung unter Luftabschluss entstehen gefährliche Giftstoffe, die beispielsweise die tödliche Krankheit Botulismus verursachen.“ Dabei handelt es sich um eines der gefährlichsten natürlichen Gifte, für die auch Rinder und andere Pflanzenfresser empfänglich sind.

Braunkohle und Breitband: Bodensee-Kreisräte auf Visite im Landkreis Leipzig

Die Partnerschaft der beiden Landkreise Leipzig und Bodenseekreis wurde mit einem weiteren kommunalpolitischen Austausch gepflegt und gefestigt. 19 Räte und Führungskräfte des Landratsamts Bodenseekreis sind mit Landrat Lothar Wölfler an der Spitze vom 19. bis 22. Juni 2019 in den sächsischen Landkreis gereist, um sich dort über aktuelle Projekte und Entwicklungen zu informieren. Raumgreifendes Thema war dabei insbesondere der Strukturwandel der Kohleregion. Leipzigs Landrat Henry Graichen machte deutlich, dass der Kohleausstieg bis –



Die Besuchergruppe vor einem Braunkohlebagger im Tagebau Vereinigtes Schleenhain



Landrat Henry Graichen übergibt Landrat Lothar Wölfle einen Bauhaus-Bildband als Gastgeschenk.

wie derzeit von der Bundespolitik geplant – 2038 auch ein emotionaler Prozess sei: „Die Kohle hat diese Region und die Menschen hier über Jahrzehnte geprägt. Damit können viele gefühlsmäßig nicht mal eben abschließen.“ Zwischenzeitlich werde der anstehende und vielerorts bereits laufende Veränderungsprozess von der großen Mehrheit der politischen Akteure im Landkreis Leipzig aber positiv gesehen. „Die Chancen überwiegen“, so Graichen. Man sei nun intensiv damit befasst, den Konsequenzen des Braunkohleausstiegs und der damit endlichen Tagebauindustrie mit zukunftsweisenden Industrien und neuen Wirtschaftszweigen zu begegnen. So beschäftige man sich beispielsweise

intensiv mit dem Energieträger Wasserstoff. Ein Unternehmen in Grimma will beispielsweise demnächst Stadtreinigungsfahrzeuge damit ausstatten. Die aktuelle Ausprägung und Bedeutung des Braunkohleabbaus haben sich die Kreisräte vom Bodensee dann auch aus nächster Nähe anschauen können. Im Tagebau Vereinigtes Schleenhain näherten sich die Kommunalpolitiker einem der riesigen Schaufelradbagger – dort wo vor 40 Millionen Jahren noch riesige Mammutbäume standen. Die hier abgebagerte Braunkohle wird über kilometerlange Förderbänder direkt zum Kraftwerk Lippendorf transportiert, wo daraus durch Verbrennung Strom und Fernwärme wird.

Weiteres Thema des kommunalpolitischen Austausches war der Ausbau der Breitband-Infrastruktur. Wie am Bodensee stehen die Kommunalpolitiker an den neuen Leipziger Seen ebenfalls vor der Herausforderung, die schnellen Datenanschlüsse auch in entlegene Gebiete zu bringen, wenn kommerzielle Anbieter kein Interesse daran haben. Der Landkreis Leipzig bereite dazu gerade die Gründung einer kommunalen GmbH vor, informierten die Fachleute des dortigen Landratsamts in der Kreisstadt Borna.

Auch wurde in Augenschein genommen, wie sich das Großprojekt eines Hochwasserschutzes für die Stadt Grimma entwickelt. Erst wenige Tage zuvor war hier das letzten Fluttor installiert und eingeweiht worden. Nun ist die hiesige Feuer- und Wasserwehr in der Lage, innerhalb von etwa zwei Stunden alle 78 Öffnungen der Sperrmauer zu schließen und die Stadt vor einer Hochwasserkatastrophe wie zuletzt 2013 zu schützen. Rund 60 Millionen Euro hat der Freistaat Sachsen für dieses anspruchsvolle Ingenieurbauwerk ausgegeben. Denn die etwa vier Meter hohe Mauer reicht auch bis zu zwölf Meter in die Tiefe, um dort die losen Gesteinsschichten abzudichten.

Die Abfallentsorgung von Stadt und Landkreis Leipzig, Klimaschutzprojekte und die Auswirkungen der jüngsten Kommunalwahl in beiden Landkreisen



Die Besuchergruppe vor einem aufwändigen Fluttor-Bauwerk, der das Schulgelände des Gymnasiums abschotten kann

waren ebenfalls intensiv diskutierte Themen des Partnerschaftsbesuchs.

Im Jahr 2020 wird der nächste Besuch der Leipziger Kreispolitikerinnen und -politiker im Bodenseekreis erwartet. Die dynamische Region will sich dann auch auf der Landesgartenschau in Überlingen vorstellen.

Info: Der Landkreis Leipzig erstreckt sich südlich und östlich um die Großstadt Leipzig. Rund 260 000 Menschen leben hier auf 1651 Quadratkilometern.

Landkreis Esslingen: Blatt für Blatt für die Wilhelma – Im Forstrevier „Sauhag“ wird der Wintervorrat für die Blattfresser im Zoo gewonnen

Eine ungewöhnliche Ernte lief Ende Juni 2019 im Forstrevier Sauhag im Landkreis Esslingen: Ein Team von Tierpflegern der Wilhelma schwärmte in den Wald aus, um während zwei bis drei Wochen Blätter zu sammeln. Die Blätter werden als Winterfutter für die Zootiere gebraucht. Revierleiter Hartmut Scheuter sorgt seit 26 Jahren dafür, dass die passenden Baumarten in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden können. Rund 3700 Kilogramm Blätter benötigt der Zoologisch-Botanische Garten pro Jahr

für die Tiere im Winter. Die Blätter werden in circa 1800 Einzelbeutel luftdicht abgepackt, bei minus 20 Grad Celsius schockgefrostet und als Vorrat in der Futterküche der Wilhelma eingelagert.

Wegen seiner besonderen Baumartenvielfalt ist der Staatswalldistrikt „Sauhag“ bei Neuhausen auf den Fildern für die Blatternte geradezu ideal. Gefragt sind vor allem die Blätter von Eiche, Bergahorn und Linde. Die Blätter dieser Baumarten lassen sich gut einfrieren und vor allem wieder auftauen, denn Grünzeug, das nach dem Auftauen zu matschig ist, fressen die Tiere im Zweifel nicht. Sowohl Brüllaffen und Menschenaffen als auch Giraffen wollen zum Beispiel im Winter mit den Blättern versorgt werden. Aber auch die kleinsten Wilhelma-Tiere, die Blattschneiderameisen, wollen im Winter mit Eiche versorgt werden. Haubenlanguren und Okapis sind sogar ganzjährig auf Blätternahrung angewiesen.

In diesem Jahr hat sich die Ernte etwas länger hingezogen, denn durch die Regentage musste das Team die Arbeit immer wieder unterbrechen. „Der Feuchtigkeitsgehalt der Ernte darf nicht zu hoch sein, sonst besteht die Gefahr, dass sich beim Schockfrost Eisklumpen bilden“, erläutert Einsatzleiter der Wil-

helma, Stephan Paspalaris. Dann gehen die Nährstoffe verloren und die Blätter sind nach dem Auftauen nicht mehr als Tiernahrung geeignet. Auch dürfen die Blätter noch nicht zu alt sein, sonst bilden sich Bitterstoffe, die das Futter ebenfalls entwerten.

Forstrevierleiter Hartmut Scheuter bespricht mit Tierpfleger Stephan Paspalaris, in welchen Baumbeständen das Wilhelma-Team tätig werden kann. An Ahorn- und Eichenflächen besteht niemals ein Mangel. „Am ehesten klemmt es mal bei der Linde“, berichtet der Forstmann. Das Laub wird von der Forstverwaltung kostenlos an die Wilhelma abgegeben. Im Gegenzug erledigen die Tierpfleger einen kleinen Teil der Jungbestandspflege im Revier.

Zwei Motorsägenführer bringen die armdicken Bäumchen zu Boden. Auf einer großen Plane werden die einzelnen Blätter mit der Rebschere abgezwickelt – eine echte Fleißarbeit. Doch die Tierpfleger mögen die Arbeit im Wald und so kann Einsatzleiter Stephan Paspalaris täglich auf ein sechsköpfiges Team von motivierten Mitarbeitern zurückgreifen. Im Hochsommer geht die Arbeit dann nach einer kurzen Pause gleich weiter: Dann rücken die Mitarbeiter des Elefantenhauses an, um für die Dickhäuter frisches Buchenlaub zu gewinnen. Dieses wird dann allerdings nicht eingefroren, sondern umgehend von den Elefanten verspeist.

Hochrheinkommission tagt erstmalig mit neuer Präsidentin Marion Dammann

Am 6. April 2019 tagte der Vorstand der Hochrheinkommission (HRK) in Rheinfelden (Baden). Themen waren die Möglichkeiten der künftigen EU-Förderung im Hochrheinraum, die grenzüberschreitende Verkehrsuntersuchung des Landes Baden-Württemberg in der Grenzregion zur Schweiz und die Erschließung eines Gewerbegebiets auf dem grenznahen schweizerischen Sisslerfeld.



Ein großer Haufen von Ahornblättern ist die Ausbeute des heutigen Arbeitstages. Am Ende der Erntekampagne werden die Tierpfleger der Wilhelma rund 3700 Kilogramm an Blättern geerntet haben. Revierleiter Hartmut Scheuter (dritter von links) hat die Waldflächen vorbereitet.



HRK-Vorstand in der Osypka AG in Rheinfelden (Baden)

Im Jahr 2019 hat die Hochrheinkommission viel vor: In Kooperation mit dem Staatsministerium Baden-Württemberg werden von Mai bis Oktober gleich drei Europadialoge am Hochrhein durchgeführt. Ziel ist es, Europa künftig bürgernäher zu gestalten. Dazu werden so genannte „Zufallsbürger“ zu den Europadialogen eingeladen, die einen repräsentativen Gesellschaftsdurchschnitt darstellen sollen. „Wir wollen unseren Bürgern zuhören, allen Bürgern, auch denjenigen, die sich nicht lauthals Gehör verschaffen“, erläutert die Vorsitzende der HRK, Landrätin Marion Dammann. Anfang des Jahres übernahm die Landrätin turnusmäßig für zwei Jahre den Vorsitz. „An Hoch- und Oberrhein ist Europa für die Menschen direkt erlebbar. Hier erfahren sie, was funktioniert und wo Grenzen wirklich noch Barrieren sind. Es bietet sich an, genau hier mit den Bürgerinnen und Bürgern über unser künftiges Europa zu sprechen.“

Wie für künftige grenzüberschreitende Projekte Fördermittel am Hochrhein vergeben werden, wurde mit Alexander Wolny besprochen. Wolny leitet die Verwaltungsbehörde von Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (ABH). Das Interreg-Programm (ABH) ist ein EU-Förderprogramm, das für die grenzüberschreitende Kooperation zwischen

Österreich, Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein geschaffen wurde. „Die laufende Förderperiode hat gezeigt, wie viel Potenzial die Hochrheinregion für gute Projekte bietet. Jetzt gilt es, die Grundlagen für weitere innovative Projekten für die kommende Förderperiode 2021–2027 zu legen“, so Alexander Wolny.

HRK-Präsidentin Dammann betonte die Bedeutung der EU und der EU-Förderung für den Hochrhein: „Die erfolgreichen kleinen Projekte am Hochrhein stärken unsere Region. Durch die Hochrheinelektrifizierung und die A 98 wird das Gebiet zwischen Hoch- und Oberrhein noch attraktiver.“

HRK unterstützt Begegnungsprojekte

Erfreuliche Nachrichten gab es vom so genannten Kleinprojektfonds der HRK, mit dem grenzüberschreitende Begegnungsprojekte finanziell unterstützt werden. Für sechs Projekte konnten Fördermittel zwischen 500,-€ und 2500,-€ bewilligt werden. Sie wurden an grenzüberschreitende Kultur- und Naturveranstaltungen vergeben, darunter ein Künstleratelier, ein Chorfestival oder ein Naturerlebnisprogramm „Insekten“. „Unser Kleinprojektfonds für grenzüberschreitende Begegnungsprojekte ist inzwischen so gut nachgefragt, dass er

für dieses Jahr bereits ausgeschöpft ist“, so Geschäftsführerin Vanessa Edmeier. Das Gremium begrüßte das Engagement und den Ideenreichtum der Antragsteller, bedauerte aber gleichzeitig, dass der Erfolg des Programmes auch heißt, dass erst in 2020 wieder neue Mittel bewilligt werden können.

Die Sitzung fand in den Räumlichkeiten der Osypka AG in Rheinfelden (Baden) statt. Die Osypka AG ist ein „hidden global champion in unserer Region“ im Bereich der hochspezialisierten Medizintechnik, wie Oberbürgermeister Eberhardt den Gastgeber vorstellte. Der Geschäftsführer Achim Kitschmann erläuterte, wie sich in seiner Branche das Zulassungsverfahren der Europäischen Union für medizinische Produkte und sogar der Brexit konkret auswirkten.

Die Hochrheinkommission

Die Hochrheinkommission (HRK) ist eine partnerschaftliche Einrichtung zur weiteren Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Hochrhein. Partner der HRK sind die Kantone Aargau und Schaffhausen, das Land Baden-Württemberg, die Landkreise Lörrach und Waldshut, der Regionalverband Hochrhein-Bodensee und die Planungsverbände Fricktal Regio und Zurzibiet. www.hochrhein.org

Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein

Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (ABH) ist ein Regionalprogramm der Europäischen Union zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Schweizer Bundes und der neun am Interreg ABH-Programm beteiligten Schweizer Kantone. www.interreg.org

Osypka AG

Die Osypka AG ist seit über 40 Jahren Hersteller zuverlässiger, hochwertiger Medizinprodukte und bietet innovative Lösungen und Kompetenzen inklusive Auftragsfertigung auch anderen Medi-

zintechnik-Unternehmen an. Osyka ist spezialisiert auf die Entwicklung, Herstellung, Verpackung, Sterilisation und den Vertrieb von Medizinprodukten im Bereich der Herzstimulation, Elektrophysiologie, Herzchirurgie, interventioneller und pädiatrischer Kardiologie sowie Neurostimulation.

Mit einer umfangreichen Produktpalette und einer sehr hohen Fertigungstiefe über viele Herstellungsbereiche ist das Unternehmen weitgehend von Zulieferern unabhängig und bietet damit auch eine große Zahl von vielfältigen und interessanten Arbeitsplätzen für die gesamte Region. Osyka ist aufgrund innovativer Medizinprodukte international bekannt und ein Anziehungspunkt für viele Fachkräfte, die in der Health Care Industrie arbeiten wollen. Das Leben in Rheinfelden und in der Region des Dreiländerecks wird von den Mitarbeitern als besonderes Lebenswert empfunden.

Kontakt:

Hochrheinkommission
Vanessa Edmeier
Amthausstraße 1
D-79761 Waldshut-Tiengen
Tel.: +49 (0) 7751 91 87 7 82
Vanessa.Edmeier@hochrhein.org

Finnische Gäste informieren sich über Architektur und Bauprojekte im Landkreis Rastatt

Eine Delegation der finnischen Landkreis-Partnerstadt Vantaa weilte zu einer viertägigen Informationsreise in Baden-Württemberg. Der stellvertretende Stadtdirektor Hannu Penttilä war mit einem Team aus den Bereichen Bauen, Stadtentwicklung und Finanzen im Landkreis Rastatt, Stuttgart und Freiburg zu Gast.

Nach der Begrüßung durch den Ersten Landesbeamten Jörg Peter im Landratsamt Rastatt gab es eine Führung durch das Gebäude mit Erläuterung der architektonischen Besonderheiten durch Jochen Klebsch, den Leiter der Gebäude-



wirtschaft. In Muggensturm präsentierte Bürgermeister Dietmar Späth das vorbildlich umgebaute Rathaus. Anschließend führte Standortleiter Jörg Meyer die finnischen Gäste durch das erst vor wenigen Tagen eröffnete weltweit größte Distributionszentrum der Firma L'Oréal in Muggensturm, das CO₂-neutral betrieben wird.

Die Gruppe hatte sich zuvor in Stuttgart unter anderem über die Messe, den Flughafen, das Bahnprojekt Stuttgart 21 und Regionalplanung informiert, in Freiburg stand das Thema Nachhaltigkeit in der Stadtplanung im Mittelpunkt.

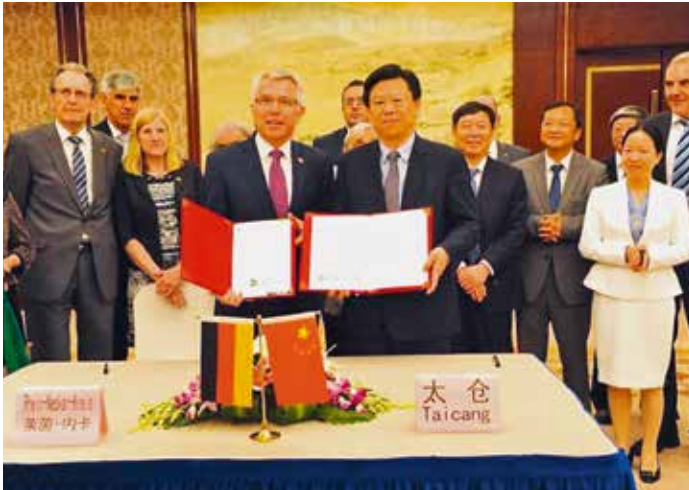
Der Rhein-Neckar-Kreis und die chinesische Stadt Taicang sind kommunale Partner / Landrat Stefan Dallinger unterzeichnet bei einer Delegationsreise des Kreises in China eine entsprechende Vereinbarung

Die chinesische Stadt Taicang und der Rhein-Neckar-Kreis werden zukünftig im Rahmen einer kommunalen Partnerschaft zusammenarbeiten. Eine entsprechende Vereinbarung wurde am 29. Mai 2019 bei einer Delegationsreise nach Taicang von Landrat Stefan Dallinger und Jianguo Wang, Oberbürgermeister von Taicang, unterzeichnet.

„Mit der Unterzeichnung der Vereinbarung ist nun eine Partnerschaft geschlossen, die bereits im Jahr 2011 mit der

Schulpartnerschaft zwischen der kreiseigenen Hubert-Sternberg-Schule in Wiesloch und der Berufsschule in Taicang ihren Anfang nahm. Seither hat ein reger schulischer Austausch stattgefunden. Oberbürgermeister Wang und ich waren uns in den Gesprächen einig, dass dieser Austausch ausgebaut und auf weitere Gebiete ausgeweitet werden soll. Deshalb bin ich mir sicher, dass beide Partner diese Vereinbarung mit Leben füllen möchten und werden“, beurteilt Landrat Dallinger die Dienstreise. In der Vereinbarung wurde eine Zusammenarbeit und Kooperation unter anderem in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Kultur und Tourismus festgelegt. „Wichtig ist, dass sowohl Herr Oberbürgermeister Wang und ich im Ziel übereinstimmen, dass es in diesen Bereichen unabdingbar ist, dass Menschen sich persönlich begegnen. Es hat mich sehr gefreut, dass dies von ihm in den Gesprächen explizit so formuliert wurde“, erklärt Landrat Dallinger.

Weiterhin wurde in der Vereinbarung festgelegt, einen informativen Austausch in den Bereichen Umweltwirtschaft und Wirtschaftsförderung zu pflegen. Die Teilnehmer der Delegationsreise konnten sich – neben Besuchen eines Kindergartens sowie einer Grund- und Berufsschule – auch bei Betriebsbesichtigungen deutscher Unternehmen davon überzeugen, wie weit das wirtschaftliche



Engagement Deutschlands in Taicang reicht. Rund 300 deutsche Unternehmen haben einen Standort in Taicang. „Mit SAP in Shanghai und Freudenberg in Taicang haben wir bei der Reise unter anderem auch zwei Unternehmen besucht, deren Hauptsitz im Rhein-Neckar-Kreis beheimatet ist. Man erkennt – wirtschaftlich ist der Kreis bereits in Taicang angekommen. In Angelegenheiten innovativer Berufsausbildung hat der Kreis ebenfalls wichtige Impulse in Taicang gesetzt. Mit der Unterzeichnung der Vereinbarung sollen jetzt nochmals neue Anreize folgen“, erläutert Dallinger.

Die vereinbarte kommunale Partnerschaft erfährt dabei Unterstützung sowohl seitens des Bundes als auch des Landes Baden-Württemberg, wie dem Landrat bei einem Termin mit Dr. Christine D. Althausen, deutsche Generalkonsulin in Shanghai, mitgeteilt wurde. „Frau Althausen hat in diesem Gespräch die Bedeutung dieser Unterstützung von Seiten des Bundes und des Landes betont. Aus diesem Grund sehe ich mich darin bestätigt, die Inhalte der Vereinbarung mit dem Auswärtigen Amt und dem Land Baden-Württemberg besprochen zu haben. Christine Althausen hat mir zugesichert, auch den weiteren Weg der Partnerschaft positiv begleiten zu wollen – und dies gerne auch einmal bei einem Besuchstermin in Heidelberg“, so Landrat Dallinger.

Digitalisierung

Sieger des landesweiten Wettbewerbs „Leuchttürme des digitalen Wandels“ ausgezeichnet

Als einziger Landkreis wurde der Hohenlohekreis im Rahmen eines Festakts am 23. Mai 2019 in der Villa Reitzenstein in Stuttgart ausgezeichnet. Damit endet der vierte Leuchtturmwettbewerb des Staatsanzeigers. Erstmals ging es in diesem Jahr um die Digitalisierung. Die Vorgängerwettbewerbe hatten sich mit dem Thema Bürgerbeteiligung beschäftigt. Der Wettbewerb stand unter der doppelten Schirmherrschaft von Gisela

Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, und Thomas Strobl, Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration. Zu den Partnern gehörten der Gemeindetag Baden-Württemberg, der Landkreistag Baden-Württemberg und der Städtetag Baden-Württemberg. Von September 2018 bis Januar 2019 wurden insgesamt 21 Projekte in Form von Reportagen im Staatsanzeiger vorgestellt. Anschließend entschieden eine Online-Abstimmung und eine Bürgerjury über die Preisträger. Unter den Preisträgern war das Projekt „Digitalisierung der verkehrsrechtlichen Anordnung“ aus dem Hohenlohekreis, das mit einem Preisgeld in Höhe von 2500 € dotiert wurde. Der Landkreistag gratuliert herzlich!



Breitbandausbau im Neckar-Odenwald-Kreis: Förderbescheid über 15,75 Millionen Euro in Berlin übergeben – Schulen, Gewerbegebiete und Randlagen profitieren

Nun hat es der Neckar-Odenwald-Kreis schwarz auf weiß: Der Bund fördert den weiteren Ausbau des superschnellen Internets mit 15,75 Millionen Euro. Das sind 50 Prozent der geschätzten Investitionskosten, die Kreis und Kommunen im nächsten Schritt dafür aufbringen müssen. Der Bescheid wurde am 7. Juni 2019 in Berlin offiziell durch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Steffen Bilger MdB an Landrat Dr. Achim Brötel übergeben. Mit dabei waren auch die beiden Bundestagsabgeordneten Nina Warken und Alois Gerig, die sich sehr für die Förderung eingesetzt hatten.

Alle Schulen im gesamten Kreisgebiet – von der kleinsten Grundschule bis zum größten Gymnasium oder Berufsschulzentrum – sowie weitere Bildungseinrichtungen erhalten dadurch Glasfaseranschlüsse im Gigabit-Bereich direkt in ihre Gebäude. Über „Turbo-Internet für jede Schule“, das nun in greifbare Nähe gerückt sei, freut sich Landrat Dr. Brötel: „Wer Schülerinnen und Schüler für die digitale Welt vorbereiten will, braucht zwingend die notwendige Infrastruktur. Das heißt ganz konkret: Digitales Lehren und Lernen zugleich. Und das kann dank dieser Förderung nun Realität werden.“ Gleiches gelte für den ebenfalls geförderten Ausbau sämtlicher 69 Gewerbegebiete im gesamten Kreisgebiet auf FTTB-Standard: „Wenn das schnelle Internet erst einmal bis in die Unternehmen verlegt ist, werden aus vermeintlichen Standortnachteilen im ländlichen Raum ganz schnell sogar handfeste Standortvorteile“, wies Brötel auf eine weitere positive Auswirkung des geplanten weiteren Breitbandausbaus hin. Wie auch bei den Schulen sind

dann in den Firmen Internet-Geschwindigkeiten im Gigabit-Bereich möglich. Darüber hinaus seien aber auch Nachverdichtungen im Bereich der noch unterversorgten Ortsrand- und Außerortslagen vorgesehen, so dass dort möglichst viele Bürgerinnen und Bürger von den hohen Geschwindigkeiten profitieren werden.

Die Bundestagsabgeordneten Nina Warken und Alois Gerig unterstrichen ebenfalls die große Bedeutung der Förderung. „Heute ist ein guter Tag für die Menschen und die Unternehmen im Neckar-Odenwald-Kreis. Ich freue mich sehr, dass es uns gemeinsam gelungen ist, für den weiteren Breitbandausbau im Gigabit-Bereich Bundesmittel in dieser Größenordnung in unsere Region zu lenken. Denn wir im Neckar-Odenwald-Kreis stehen in Konkurrenz und im Wettbewerb zu anderen Regionen und den Ballungszentren. Von daher ist für uns diese Bundesförderung enorm wichtig“, sagte Warken bei der Übergabe. Zudem wies sie darauf hin, dass die digitalen Datenautobahnen für die Kommunen ein Standortfaktor mit höchster Priorität seien, der den Menschen und Unternehmen wichtige Chancen und bessere Möglichkeiten im täglichen Leben und

Wirtschaften eröffneten. „Die 15,75 Millionen Euro sind hervorragend angelegtes Geld“, so Warken.

Alois Gerig betonte, der ländliche Raum dürfe bei der Digitalisierung nicht abgehängt werden, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu erreichen: „Deshalb investiert die Große Koalition bis 2021 bis zu 12 Milliarden Euro in flächendeckende Glasfaser-Netze. Mit Digitalisierung kann Arbeit, Mobilität, Bildung und Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum verbessert werden – diese Chance gilt es zu nutzen! Wenn die Menschen mehr Lust aufs Land bekommen, werden Ballungszentren entlastet. Der Bund leistet mit der kräftigen Breitbandförderung für den Neckar-Odenwald-Kreis einen wichtigen Beitrag, den Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern. Zudem werden unsere Schulen besser in die Lage versetzt, junge Menschen auf ein Leben in der digitalen Welt von morgen vorbereiten zu können. Keine Frage: Der Förderbescheid hilft, unsere Heimat ein Stück attraktiver und zukunftsfester zu machen“, erklärte Gerig. Dadurch bleibe der Kreis Vorreiter bei der Digitalisierung des ländlichen Raums.



Übergabe des 15,75 Millionen-Förderbescheids in Berlin: (v.l.) Alois Gerig MdB, Parlamentarischer Staatssekretär Steffen Bilger MdB, Landrat Dr. Achim Brötel, Nina Warken MdB

Zusätzlich zu der Bundesförderung hof-fen Kreis und Kommunen jetzt auf wei-tere 12,6 Millionen Euro Fördergelder des Landes, so dass sich der voraussichtlich zu leistende Eigenanteil für den Ausbau dann auf nur 10 Prozent der Kosten be-laufen würde.

Das für den Ausbau notwendige, mehr-stufige und sehr aufwändige Ausschrei-bungsverfahren wird vom Landratsamt zeitnah gestartet, sobald die erhoffte Förderzusage des Landes ebenfalls vor-liegt. Mit einem Baubeginn ist allerdings wahrscheinlich erst im Herbst 2020 zu rechnen.

Hintergrund:

Aufgrund des bereits unter der Regie von Kreis und Kommunen getätigten Breit-bandausbaus stehen derzeit schon für mehr als 97 Prozent aller Anschlüsse Ge-schwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s im Download und 40 Mbit/s im Upload zur Verfügung. In absehbarer Zeit und ganz ohne weiteren Ausbau können zudem Geschwindigkeiten von bis zu 250 Mbit/s im Download erreicht werden. Möglich macht dies die sogenannte Super-Vectoring-Technologie, mit deren Einführung die Telekom auch im Kreis bereits begonnen hat.

Der Neckar-Odenwald-Kreis war 2018 der erste Landkreis in Baden-Württemberg, der seinen Bürgerinnen und Bürgern eine flächendeckende Breitbandversorgung in dieser Qualität und Leistungsfähigkeit bieten konnte. 9,6 Millionen Euro hatten der Kreis sowie die Städte und Gemein-den innerhalb von zwei Jahren dafür in die Hand genommen. Die Telekom hat ergänzend dazu noch einmal mehr als 30 Millionen Euro investiert.

Europa

Vorstellung des Regionalen Übergangsmanagements Schule – Beruf im Ostalbkreis mit dem aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ESF geförderten Projekt „Zukunft“ auf der Europäischen Konferenz des Sozialwesens (ESSC) am 7. Juni 2019 in Mailand

Vom 5. bis zum 7. Juni 2019 diskutierten über 530 internationale Expertinnen und Experten aus 35 Ländern in Mailand unter dem Motto „Qualität als Ziel – Qualität guter Dienste für mehr Lebensqualität“. Die 27. Auflage der ESSC bot den Expertinnen und Experten aus allen Ebenen der Verwaltung, der Wohlfahrtsverbände und privaten Unternehmen die Gelegenheit, strategisch wichtige soziale Themen zu diskutieren, Best Practice Erfahrungen auszutauschen und sich mit gleichgesinnten Kolleginnen und Kollegen zu vernetzen. Die diesjährigen Schwerpunkte waren

- wie verbessern die neuesten Innovationen bei der Planung, Aufsicht und Bewertung von sozialen Diensten die Qualität von Pflege und Betreuung

- welche neuen Trends und Entwicklungen gibt es, um die Qualität und Wirkung kommunaler sozialer Dienste zu verbessern und eine umfassende personenzentrierte Pflege anzubieten
- wie arbeiten Fachleute mit Wissen-schaftlern, Geldgebern und Dienst-leistungsnutzern zusammen, um gemeinsam Dienstleistungen zu er-bringen, die die Lebensqualität ver-bessern.

Wie bereits im vergangenen Jahr in Sevilla war die ESF-Beratungsstelle beim Landkreistag Baden-Württemberg ein-geladen, um dieses Mal über die Um-setzung der regionalisierten Förderung des Europäischen Sozialfonds (ESF) in Baden-Württemberg am Beispiel des Regionalen Übergangsmanagements Schule – Beruf mit dem Projekt „Zukunft“ des Ostalbkreises zu berichten. Das Re-gionale Übergangsmanagement im Rah-men der Modellregion umfasst dabei die Moderation und die Abstimmung der regionalen Aktivitäten und Akteure am Übergang Schule – Beruf sowie die regio-nale Steuerung des Modellversuchs. Der regionalisierte ESF fördert das Projekt „Zukunft“ als wichtigen Baustein eines Gesamtkonzeptes. Der zentrale Ansatz



„after every graduation a connection“ des Projektes und die koordinierende Arbeit des Bildungsbüros fand bei den internationalen Zuhörern besonderes Interesse.

Die Europäische Konferenz des Sozialwesens findet jährlich in einem anderen EU-Staat statt und ist die wichtigste Veranstaltung des Jahres für das European Social Network ESN. Die Veranstaltung in Mailand wurde in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit der Regionalregierung der Region Lombardei in Italien organisiert.

Spitzenplatz für den Ortenaukreis – Ortenauer Schüler erzielen beim Europäischen Wettbewerb die meisten Preise im Land

Der Europäische Wettbewerb ging in diesem Jahr in die 66. Runde. Landrat Frank Scherer zeichnete im Juni 2019 im Europa-Park in Rust rund 500 Ortenauer Schülerinnen und Schüler bei der gemeinsamen Preisverleihung des Ortenaukreises und des Landkreises Emmendingen aus.

„Ich freue mich, dass sich so viele junge Menschen im Ortenaukreis für Europa begeistern“, freute sich Scherer über die hohe Teilnahmezahl. Insgesamt 2606 Schülerinnen und Schüler hatten kreisweit an dem Wettbewerb teilgenommen. 498 von ihnen erzielten einen Preis. Neben den Preisträgern aus dem Ortenaukreis und dem Landkreis Emmendingen nahmen bei der Verleihung Vertreter des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, der Europa-Union, Lehrer sowie Mitglieder verschiedener Institutionen und Gremien beider Landkreise teil. Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von der fast vierzig Mann starken Schüler Big Band des Hans-Furler-Gymnasiums in Oberkirch. Markus Knoll von Hitradio Ohr führte durch das Programm. Neben den Urkunden erhielten die Landes- und Bundespreisträger Gutscheine sowie Geld- und Sachpreise rund um Europa.



Das Motto des diesjährigen Wettbewerbs lautete: „YOUrope – es geht um dich!“.

Der Slogan rief die Schüler dazu auf, sich für die Zukunft Europas zu engagieren und sich aktiv mit den großen Fragen der Europäischen Union auseinanderzusetzen.

„Der diesjährige Wettbewerb hat dazu beigetragen, dass sich Kinder und Jugendliche europäischer Schulen mit politischen Fragestellungen auseinandergesetzt haben und für sich definieren konnten welche Richtung Europa in Zukunft einschlagen sollte“, lobte der Landrat die Themenwahl. Die Wähler von morgen für politische Themen zu begeistern sei besonders wichtig, so Scherer.

Er ermunterte die anwesenden Preisträger, ihre kreativen Ideen zu europäischen Gedanken beizubehalten und ambitioniert weiter zu machen. Er dankte in diesem Zusammenhang den Lehrkräften für deren Engagement, ihre Schüler jedes Jahr aufs Neue zu begeistern, mitzumachen und sie bei den Arbeiten zu begleiten. Sein Dank galt auch den beteiligten Institutionen für die Unterstützung des Wettbewerbs, insbesondere der Europa-Union des Ortenaukreises und des Landkreises Emmendingen sowie dem Europa-Park, der die Veranstaltung erneut durchgeführt und die Eintrittskarten zum Besuch des Parks großzügig bereitgestellt hat. Für die teilnehmenden Schülerinnen und Schülern biete das einen zusätzlichen Anreiz.

Die Zahlen für den Ortenaukreis: 2606 Teilnehmende (im Vergleich: landesweit ca. 19 000)

498 Preisträger:
davon 388 Ortspreise und 93 Landespreisträger, von den Landespreisträgern sind 17 Bundespreisträger

Neue Broschüre „Europa im Ostalbkreis“ jetzt erhältlich

Am 18. Mai 2019 wurde die neue Broschüre des EUROPOINT Ostalb „Europa im Ostalbkreis“ auf der Remstal Gartenschau in Schwäbisch Gmünd vorgestellt. Landrat Klaus Pavel machte anhand verschiedener Beispiele den zahlreichen interessierten Besucherinnen und Besuchern deutlich, wie vielfältig Fördermittel der EU im Landkreis zum Einsatz kommen.

Immer wieder haben Bürgerinnen und Bürger das Gefühl, dass Europa, oder genauer gesagt die Europäische Union, weit weg in Brüssel passiert und nur wenig davon bei uns vor Ort im Ostalbkreis ankommt. Das EuropaInformationszentrum EUROPOINT Ostalb hat dies zum Anlass genommen, in Form einer Broschüre zu einer europäischen Reise durch den Ostalbkreis einzuladen. In dieser Publikation werden zahlreiche Projekte, Einrichtungen und Aktionen vorgestellt, von denen viele mit Fördermitteln und Initiativen der Europäischen Union realisiert werden konnten.



Landrat Klaus Pavel und die Leiterin des EUROPoint Ostalb, Andrea Hahn, präsentieren die neue Broschüre „Europa im Ostalbkreis“.

Wie unterschiedlich die Facetten der Förderung und der Projekte sind, zeigen schon die Überschriften der Kapitel. Diese reichen von „Wachstum & Beschäftigung“ über „Landwirtschaft & Ländlichen Raum“, „Wald & Flur“, „Forschung & Innovation“, „Bildung & Beruf“, „Begegnung & Partnerschaft“ bis hin zu „Rechte & Bürgerservice“. Auf 52 Seiten werden konkrete Projekte und die damit verbundenen Fördersummen vorgestellt. Das Innovationszentrum INNO-Z an der Hochschule Aalen, die eule gmünder wissenswerkstatt oder die Europäische Ausbildungs- und Transferakademie in Ellwangen gehören ebenso dazu, wie das Projekt Zukunft Beruf. Direktzahlungen für die Landwirtschaft oder der Vertragsnaturschutz sind weitere Beispiele. Der römische Wasserspielplatz am Bucher Stausee oder der Archäopark Ipf sind EU-geförderte Projekte in der LEADER-Kulisse Jagstregion. Im Bereich der Forschung konnte beispielsweise am fem Forschungsinstitut Edelmetalle + Metallchemie ein neues Metallurgielabor mit Unterstützung der EU eingerichtet werden. Nicht zu vergessen sind zahlreiche Mobilitätsprojekte, die es Studierenden, Auszubildenden und Schüler(Inne)n ermöglichen, wertvolle Erfahrungen bei Auslandsaufenthalten oder bei Kooperationen mit Schulen in anderen europäischen Ländern zu

sammeln. Die Broschüre liegt für alle Interessierten kostenfrei zur Mitnahme beim EUROPoint Ostalb im Landratsamt in Aalen und in Schwäbisch Gmünd (Haußmannstraße) sowie bei allen Rathäusern im Ostalbkreis aus. Sie kann auch beim EUROPoint Ostalb unter E-Mail info@europoint-ostalb.de oder Telefon 07361 503-1215 angefordert werden.

Technische Verwaltung

Verwaltungsstab des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis übt beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Was passiert, wenn im Schwarzwald-Baar-Kreis und benachbarten Landkreisen bei erheblichen Schneefällen der Strom lange ausfällt? Wenn Dächer drohen durch die Schneelast einzustürzen, Straßen gesperrt werden müssen und durch die einsetzende Schneeschmelze vereinzelt mit Überflutungen zu rechnen ist? Wenn die Wetterexperten dann noch einen Sturm ankündigen ... In solch einem Fall würden zahlreiche kreisan-

gehörige Feuerwehren und Rettungsdienste im Einsatz sein. Aber auch das Krisenmanagement des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis – der Verwaltungsstab würde einberufen. Wie genau die einzelnen Verwaltungsbereiche ineinander greifen und welche Strukturen bei einem Katastrophenfall helfen können, übten jetzt 13 Mitarbeiter des Landratsamtes sowie sechs Angehörige der Blaulichtorganisationen sowie von Bundeswehr und Polizei sowie der Stadtwerke Villingen-Schwennigen (SVS). Landrat Sven Hinterseh nahm ebenfalls an der Übung teil, die an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler stattfand. Die Übung empfand Landrat Sven Hinterseh für die weitere Arbeit als sehr wertvoll: „Ich halte es für besonders wichtig, dass wir uns als untere Katastrophenschutzbehörde auf Krisenfälle vorbereiten und regelmäßig Übungen durchführen. Routinemäßig üben wir im eigenen Haus. Doch es war gut, über den Tellerrand hinauszuschauen und von Experten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe Tipps zu erhalten. Wir konnten viele Erkenntnisse gewinnen, die wir jetzt in Strukturen umsetzen werden.“



An der Fortbildung an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler nahmen Landrat Sven Hinterseh, 13 Mitarbeiter des Landratsamtes sowie Claus Geiselhardt, Technisches Hilfswerk (THW), Jürgen Riegger, Malteser Hilfsdienst, Thomas Nagel, Freiwillige Feuerwehr, Hans-Joachim Hall, Bundeswehr, Markus Menzer, Polizei, Maximilian Ebert, SVS, und Referent Ulf Krüger von der AKNZ teil.

LANDKREIS BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD



Regierungsbezirk Freiburg
Einwohnerzahl: 262 406 (Stand 31.12.2017)
Fläche in km²: 1378,3 (Stand 31.12.2017)
Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 50
davon Große Kreisstädte: 0

Hausanschrift:
Landratsamt Breisgau-
Hochschwarzwald
Stadtstraße 2
79104 Freiburg im Breisgau

Postanschrift:
Landratsamt Breisgau-
Hochschwarzwald
Stadtstraße 2
79104 Freiburg im Breisgau

Zentrale:
Telefon: 0761 / 2187-0
Telefax: 0761 / 2187-9999
E-Mail: poststelle@lkbh.de

Pressestelle:
Telefon: 0761 / 2187 8120
Telefax: 0761 / 2187 77 8120
E-Mail: pressestelle@lkbh.de

Wirtschaftsförderung:
Telefon: 0761 / 2187 5300
Telefax: 0761 / 2187 77 5300
E-Mail: strukturfoerderung@lkbh.de

Tourismus:
Telefon: 0761 / 2187 5312
Telefax: 0761 / 2187 77 5312
E-Mail: andrea.loewl@lkbh.de



Landrätin:
Dorothea
Störr-Ritter
seit 3.3.2008

Mandatsverteilung:
Gesamt 66 Sitze, davon

CDU:	20
FWG-BH:	15
GRÜNE:	14
SPD:	9
FDP:	4
AfD:	3
LIBS:	1

Geografische Lage:



Mehr Infos:
www.breisgau-hochschwarzwald.de

Wissenswertes

Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald liegt in einer der landschaftlich und klimatisch attraktivsten Regionen im Südwesten Deutschlands. Das Kreisgebiet umfasst 50 Städte und Gemeinden zwischen 1000 bis hin zu knapp 20 000 Einwohnern. Insgesamt leben im Landkreis derzeit rund 265 000 Menschen.

Die Nähe zur Universitätsstadt Freiburg mit der Albert-Ludwigs-Universität und zahlreichen Forschungs-, Entwicklungs- und Transfereinrichtungen wirkt sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Region aus.

Vom Rhein erstreckt sich der Landkreis in West-Ost-Richtung über 65 Kilometer und reicht bis zu den höchsten Gipfeln des Südschwarzwalds. Die Länge in Nord-Süd-Richtung beträgt 40 Kilometer und reicht vom Kaiserstuhl über die Breisgauer Bucht bis in das Markgräflerland hinein.

Der Reiz des Landkreises liegt in der topographischen und visuellen Vielfalt seiner Landschaften und seinen unterschiedlichsten Klima- und Vegetationszonen. In der flachen Rheinebene dominiert die landwirtschaftliche Nutzung. Der Kaiserstuhl mit seinem vulkanischen Ursprung ist eine der wärmsten Gegenden Deutschlands mit einzigartiger Pflanzen- und Tierwelt. Hier und auf den sanften Hügeln des Markgräflerlands wird vor allem Wein und Obst angebaut. Im Hochschwarzwald bietet sich ein anderes Bild: Die subalpine Landschaft ist dominiert von Wäldern und offenen Bergkuppen mit einzigartigen Fernsichten. Hier liegen die höchsten Schwarzwaldberge, allen voran mit seinen 1493 Metern der Feldberg, höchster Berg der deutschen Mittelgebirge.

Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald ist gemessen an den Übernachtungszahlen der tourismusstärkste Landkreis in Baden-Württemberg und zählt zu den meistbesuchten Zielen in Deutschland.

Die Wirtschaftsstruktur ist geprägt von mittelständischen Unternehmen. Die stärkste Einzelbranche im Kreis ist das Gesundheitswesen mit mehreren Krankenhäusern der Grundversorgung, Spezialkliniken sowie Kur- und Reha-Einrichtungen.

